BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

November 1961 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Die Lage: Die Stunde der deutschen Öffentlichkeit S. 983
- Prof. Dr. Linus Pauling: Dringender denn je: Allgemeine und totale Abrüstung S. 993
- Anton Zischka: Wir sind gerüstet, und wir werden beschützt — aber ... S. 996
- Hans W. Goldschmidt: Hinweise zur Disengagement-Diskussion S. 1000
- Hildegard Forres: Realistische Idealisten — Nonkonformismus in Großbritannien S. 1009
- Max Winiger, Zürich: Die schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung S. 1014
- Gerd Lauschke: England und die EWG (I) S. 1016
- Heinz Abosch: Das Ende des Zaubers S. 1025
- Wolfgang Baranowsky: Strafrechtsreform und Todesstrafe S. 1029
- Dr. Horst Lademacher: Von Brest-Litowsk nach Rapallo S. 1037
- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 1056
- Buchbesprechungen S. 1062
- Dokumente zum Zeitgeschehen S. 1066

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VI. Jahrgang Heft 11

Vorgesehen sind u. a.:

Heinz Abosch:
Dokumentation zum Algerien-Krieg

Klaus Ehrler:
Der Kongreß der KPdSU

Prof. Gerhard Gollwitzer:
Politik für Deutschland

Dr. Hermann Rauschning:
Die Freie Stadt Danzig

Julius Silverman, M. P.:
Großbritanniens Wirtschaftskrise

Peter Hartmut Wittke:
Liberalismus, Kommunismus und wir

Alfons Vogel:
Rüstungslasten ohne Ende

In den letzten Heften u. a.:

Earl Bertrand Russell:
Sollte Großbritannien einseitig abrüsten? (5/61)

Prof. Dr. Erich Kahler:
Kapitalismus, Sozialismus und der Weltfriede (7/61)

Prof. Dr. Geoffrey Barraclough:
Das Ende einer Illusionspolitik (9/61)

Dr. Horst Lademacher:
Der Friede von Brest-Litowsk (9/61)

Prof. Dr. Erich Fromm:
Das neue kommunistische Programm (10/61)

Dr. Hermann Rauschning:
Der Riß in der deutsch-amerikanischen Politik (9 und 10/61)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon 21 53 36; Postscheckkonto Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank, Köln.

Erscheinungsweise Anfang jeden Monats zum Preise von DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.

Sprechstunde der Redaktion: Montags von 15 bis 17 Uhr.

Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

Hans W. Goldschmidt:

Hinweise zur Disengagement-Diskussion

Theorie und Praxis einer begrenzten oder vollständigen Entmilitarisierung geographisch beschränkter „Gewitter-Zonen" sind älter als die hier besprochenen und in letzter Zeit wieder stark in den Vordergrund gerückten „Lösungsvorschläge" für Mitteleuropa, die sich hinter dem Schlagwort vom „Disengagement" verbergen. Schon in den letzten Jahren des zweiten Weltkrieges gab es in der Diskussion über die europäische Nachkriegsordnung Stimmen, die für eine militärisch „tote Zone" nach der Beendigung aller Feindseligkeiten plädierten. Auf der Moskauer Konferenz der Außenminister (Molotow, UdSSR; Eden, Großbritannien; Hull, USA, und Foo Ping-Sheung, China) vom Oktober 1943 kam es zu einem bemerkenswerten, in Deutschland kaum bekannten Beschluß. In einer „Erklärung der vier Nationen über allgemeine Sicherheit" [1]) vereinbarten die Großmächte

> „daß sie nach Einstellung der Feindseiligkeiten ihre militärischen Streitkräfte nicht innerhalb der Gebiete anderer Staaten verwenden werden, außer — nach Rücksprache miteinander — für die in dieser Erklärung ins Auge gefaßten Ziele."

Berücksichtigt man, daß neben diesem Stützpunktverbot die alliierten Vereinbarungen für Deutschland, also das Kernstück Mitteleuropas, die völlige Abrüstung vorsahen (nach einem Vorschlag des amerikanischen Außenministers Byrnes für mindestens 25 Jahre), so hätte hier der Ausgangspunkt für eine Sicherheitszone liegen können.

Wer sich die Mühe macht, weiter in die Geschichte zurückzugehen, wird zahlreichen Verträgen begegnen, deren Ziel es ebenfalls war, gegensätzliche und sich berührende Partner an der „Nahtstelle" — freiwillig oder gewaltsam — zu „disengagieren", um plötzliche militärische Explosionen zu verhindern. Im Jahre 1817 vereinbarten die Vereinigten Staaten und das unter britischer Herrschaft stehende Kanada die an ihren Grenzen liegenden großen Seen zu neutralisieren und für Kriegsschiffe zu sperren. Als Inspirator dieser Regelung gilt Präsident Monroe. 15 Jahre lang (1856—1870) blieb auch das Schwarze Meer neutralisiert und auch die 1936 abgeschlossene Konvention von Montreux modifizierte und beschränkte wiederum das Recht der „Nicht-Ufer-Staaten", mit ihrer Kriegsflotte die Meerengen zu passieren. Ungeachtet ihrer Motivierung kann die Entmilitarisierung des Rheinlandes nach dem Ersten Weltkrieg [2]) ebenfalls als ein Beispiel für militärisches Auseinanderrücken angesehen werden. Ein Gebiet von 150 Quadratmeilen längs der Küste, bekannt als „Gaza-Streifen", trennt seit dem Waffenstillstand heute noch die Truppen Israels und der arabischen Staaten.

In einem anderen Teil der Erde, südlich des 60. Grades südlicher Breite, besteht sogar heute schon unter der gemeinsamen Autorität von Ost und West ein entmilitarisiertes Gebiet. Dreizehn Staaten, darunter alle Atommächte, schlossen am 1. Dezember 1959 den „Vertrag über die Antarktis", aus dem uns hier einige Artikel und vor allem die Kontrollvorschriften interessieren:

„Artikel 1 — 1. In der Antarktis sind nur friedliche Betätigungen gestattet. Untersagt sind u. a. alle Maßnahmen militärischen Charakters, wie die Anlage von Stützpunkten, der Bau von Befestigungen, Manöver sowie Versuche mit Waffen aller Art . . .

Artikel 5 — 1. In der Antarktis sind jede Kernexplosion und jede Ablagerung radioaktiver Abfälle verboten . . .

Artikel 7 — ... 2. Die nach Maßgabe des Absatzes 1 benannten Beobachter haben jederzeit ungehinderten Zugang zu einzelnen oder allen Gebieten der Antarktis.

3. Alle Gebiete der Antarktis, alle Stationen und Anlagen, alles dort vorhandene Material sowie alle Schiffe und Luftfahrzeuge an den Aus- und Einschiffungspunkten für Fracht und Personal in der Antarktis sind jederzeit allen nach Maßgabe des Absatzes 1 benannten Beobachtern zwecks Inspektion zugänglich.

4. Jede der zur Benennung von Beobachtern befugten Vertragsparteien kann jederzeit die Luftinspektion einzelner oder aller Gebiete der Antarktis durchführen ..." [3])

Das Vertragswerk erlaubt natürlich keine Übertragung auf mitteleuropäische Verhältnisse, aber einzelne Bestimmungen und die bei der Kontrolle gewonnenen Erfahrungen könnten künftigen Regionalvereinbarungen doch als Vorlage dienen.

Der Inhalt des Disengagements

„Was allgemein Disengagement genannt wird" — so lesen wir bei Eugene Hinterhoff [4]) — „ist ein ganzer Komplex von militärischen Maßnahmen: beiderseitiger Abzug von Truppen und militärischen Einrichtungen aller Art, Neuaufstellung der NATO-Truppen und der sowjetischen Truppen, Festlegung des Umfangs und der Bewaffnung der nationalen Streitkräfte und Methoden der internationalen Inspektion und Kontrolle ... also alles Maßnahmen, die in hohem Grade einer begrenzten Abrüstung gleichkommen." Zu möglichen militär-politischen Regelungen eines Disengagements zählt Hinterhoff u. a. europäische Sicherheitsvereinbarungen sowie den Austritt Deutschlands aus der NATO und der osteuropäischen Länder aus dem Warschauer Pakt. Die offiziöse Londoner Diplomatische Korrespondenz hält das englische Wort Disengagement für unübersetzbar und gibt folgende politische Definition:

„Auseinanderrücken, oder genauer gesagt, physische Trennung der Hauptmacht der westlichen und der östlichen Landstreitkräfte durch Schaffung einer Zone zwischen ihnen, die entweder entmilitarisiert oder nur von ‚einheimischen' Streitkräften besetzt wäre. Ferner kann der Ausdruck auch auf die Entfernung von Nuklearwaffen aus einer Zone dieser Art angewandt werden."

Das Disengagement als Konstruktion und Rahmen für mögliche militärische und ihnen folgende politische Lösungen ist besonders in England erkannt und untersucht worden [5]). Unter seinen heftigsten Gegnern befand sich — aus vorwiegend machtpolitischen Gründen — die Bundesregierung. Dabei zählte mit dem FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. Karl Georg Pfleiderer ein westdeutscher Parlamentarier zu den „Entdeckern" der Entspannungszonen. In seiner Denkschrift „Vertragswerk und Ostpolitik" trat er im Juni 1952 (drei Monate vorher hatte Stalin freie Wahlen angeboten) mit einer Alternative zu den unterschriftsreifen EVG-Verträgen hervor. Für Pfleiderer bedeutete die angestrebte einseitige Westintegration das Ende aller Wiedervereinigungs-Aussichten und er befürwortete deshalb ein neutrales und von ausländischen Truppen freies Gebiet zwischen Ost- und Westdeutschland, das auch Berlin einschließen sollte. Noch heute bekämpft Bonn diese „Legende von 1952".

Wir müssen es uns versagen, an dieser Stelle die umfangreiche Argumentation unseres Themas zusammenzutragen und uns darauf beschränken, einige der stark beachteten Vorschläge — darunter besonders den Rapacki-Plan — zu skizzieren.

Der Eden-Plan einer Inspektionszone beiderseits der Grenzlinie zwischen Ost und West

Großbritanniens langjähriger Außenminister und Premier Sir Anthony Eden gehört zu den ersten Politikern des Westens, die den Gedanken einer „rüstungsverdünnten Zone" in das Ost-West-Gespräch einbrachten. Edens Plan vom Juli 1955 verdankt Gewicht und Bedeutung vor allem der Tatsache, daß sein Autor ihn als amtierender Kabinettschef einer Großmacht auf „höchster Ebene" vortrug. In Genf hatten sich zum erstenmal seit der Potsdamer Konferenz die Regierungschefs der Großmächte (Eisenhower, Bulganin, Eden und Faure) wieder getroffen. Vorausgegangen war im Mai des gleichen Jahres der Abschluß des österreichischen Staatsvertrages. Die ehemaligen Besatzungsmächte bereiteten den Abzug ihrer Truppen aus dem nun neutral gewordenen Land vor. Überall in Europa wurden damals „österreichische" Lösungen auch für andere Teile Mitteleuropas, besonders für Deutschland, diskutiert.

Schon während der Eröffnungssitzung am 18. Juli 1955 ließ Eden seinen Vorschlag anklingen. Er sagte:

„Zweifellos gibt es viele Vorschläge oder Gedanken, die im Verlaufe unserer Besprechungen auftauchen werden . . . Da ist der Vorschlag eines gegenseitigen Sicherheitspaktes. Da ist die Aussicht auf ein Abkommen über die Gesamtheit der Streitkräfte und Rüstungen der beiden Gruppen sowohl innerhalb Deutschlands als auch in den Deutschland benachbarten Ländern. Dies würde einer gegenseitigen Überwachung unterliegen. Da ist die Vorstellung von einer entmilitarisierten Zone.

Wenn wir auf dieser Linie zu arbeiten beginnen können, dürften wir Aussicht haben, einen konstruktiven und ermutigenden Plan zur Sicherung des Friedens in Europa zu entwickeln. Diese Gedanken würden echte Sicherheit bieten, und es ist gerade wegen des Fehlens solcher Sicherheit, daß Deutschland heute immer noch geteilt ist. Ich schlage vor, daß sie näher geprüft werden" [6]). Drei Tage später, am 21. Juli, legte Eden sein Projekt für ein von allen vier Mächten gemeinsam zu inspizierendes Gebiet zwischen Ost und West vor. Der Text lautete:

„Die Delegation des Vereinigten Königreichs schlägt vor, daß als Mittel zur Vermehrung des gegenseitigen Vertrauens in Europa die Schaffung eines Systems einer gemeinsamen Inspektion der Streitkräfte erwogen werden sollte, die sich jetzt in Europa gegenüberstehen. In zu spezifizierenden Gebieten von vereinbartem Ausmaß auf jeder Seite der Linie, die jetzt Ost- und Westeuropa teilt, würden in gegenseitigem Einverständnis gemeinsame Inspektions-Teams wirken. Dieses Projekt würde — in beschränktem Ausmaße — Gelegenheit für die praktische Erprobung einer internationalen Inspektion von vorhandenen Streitkräften bieten und würde auch wertvolle Erfahrungen und Lehren für die künftige Anwendung in einem weiterreichenden Ausmaß ermöglichen. Die Bereitschaft der vier Regierungen, eine solche Inspektion zu akzeptieren, würde darüber hinaus ihre Entschlossenheit demonstrieren, die internationale Spannung in Europa zu vermindern" [7]).

Die Gespräche der Regierungschefs sollten streng geheim bleiben und so ist nicht bekannt, welche Argumente über Edens Vorschlag im einzelnen gewechselt wurden. Aber das Schlußkommuniqué der Genfer Konferenz vom 23. Juli enthielt eine ganz klare Empfehlung an die vier Außenminister. In dieser „Genfer Direktive", von der wir heute aus vordergründiger Regierungspropaganda allenfalls wissen, daß von freien Wahlen darin die Rede war, hieß es nämlich auch:

„Um die Sicherheit in Europa zu gewährleisten, und zwar unter angemessener Berücksichtigung der berechtigten Interessen aller Nationen und in Anerkennung ihrer unveräußerlichen Rechte auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung,

sind die Außenminister angewiesen, in dieser Richtung verschiedene Vorschläge zu prüfen, einschließlich der folgenden Punkte:

Sicherheitspakt für das gesamte Europa oder einen Teil Europas, wobei sich die Mitgliedsstaaten zum Verzicht auf Anwendung von Gewalt und zur Verweigerung jeder Unterstützung für einen Angreifer verpflichten müßten;

Begrenzung, Kontrolle und Inspektion des Umfanges der bewaffneten Streitkräfte und der Rüstungen;

Errichtung einer Zone zwischen Ost und West, in der nur eine gegenseitig zu vereinbarende Anzahl Streitkräfte stehen darf. Es soll auch untersucht werden, ob die Möglichkeit zu anderen Lösungen für dieses Problem besteht" [8]).

Über das weitere Schicksal und Ende des Eden-Plans sind wir zuverlässig unterrichtet. Erste Vermutungen gut informierter amerikanischer Korrespondenten, in denen es geheißen hatte, der deutsche Bundeskanzler habe in London intervenieren lassen, erwiesen sich als zutreffend. Auf einer Zusammenkunft in Königswinter machten einige britische Parlamentarier ihren deutschen Kollegen den Vorwurf: „Ihr habt uns bei der ersten Genfer Konferenz daran gehindert, den Edenschen Vorschlag weiter zu verfolgen. Es war die Bundesregierung, die Premierminister Eden bat, seinen Vorschlag der entspannten militärischen Zone nicht weiter zu verfolgen" [9]).

Und der Leiter des politischen Ressorts im Auswärtigen Amt, Prof. Grewe, antwortete darauf im regierungsoffiziellen „Bulletin": „Es ist richtig, daß die Bundesregierung dem . . . Eden-Vorschlag ablehnend gegenüberstand. Das zur britischen Regierung bestehende Vertrauensverhältnis gestattete es ihr, die Gründe ihrer Ablehnung offen darzulegen und die britische Regierung um Zurückstellung dieses Vorschlages zu bitten, eine Bitte, der die britische Regierung in sehr verständnisvoller Weise Rechnung trug." Nach den Worten Grewes wandte sich Bonn gegen diesen „kleinen Abrüstungsplan", weil dieser „die Bundesregierung genötigt hätte, mit Pankow in vertragliche Beziehungen einzutreten" [10]).

Übrigens ging Edens Nachfolger später noch einmal auf die Genfer Anregungen seines Vorgängers ein. Wieder führte Bonn hinter der vorgehaltenen Hand den Chor der Kritiker an, als Premierminister MacMillan seinen „Alleingang" in den Kreml wagte. Zusammen mit Chrustschow unterschrieb er dort am 5. März 1959 ein Kommuniqué mit dem vielbeachteten Satz:

„In diesem Zusammenhang waren sie sich einig, daß es nützlich sein könnte, auch die Möglichkeiten zur Erhöhung der Sicherheit zu prüfen, und zwar durch irgendwelche Methoden der Begrenzung sowohl der mit klassischen wie auch der mit nuklearen Waffen ausgerüsteten Streitkräfte in einem bestimmten Gebiet Europas, parallel mit der Errichtung eines geeigneten Inspektionssystems."

Kennans Plädoyer für ein mitteleuropäisches Disengagement

Mit dem Begriff des Disengagement verbindet sich der Name George F. Kennan. Als Diplomat und Historiker verfügt der heutige amerikanische Botschafter in Belgrad nicht nur über reiche persönliche Erfahrungen mit der östlichen Welt, sondern er hat während seiner Lehrtätigkeit am Massachusetts-Institute for Technology in Princeton auch umfangreiche Studien über die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen der letzten vier Jahrzehnte anstellen können und dazu einige vielbeachtete Bücher vorgelegt [11]). Viele Jahre verbrachte Kennan als Diplomat in der Sowjetunion und auch Deutschland kennt er seit seiner Studienzeit. Eine bezeichnende Äußerung vom 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation Deutschlands, verdient festgehalten zu werden. Damals soll er, am Fenster seines Arbeitszimmers stehend, angesichts der feiernden Moskauer auf dem Roten Platz gesagt

haben: „Sie jubeln . . . Sie glauben, der Krieg sei zu Ende. Der Krieg fängt eben erst an."

Zum Ausgangspunkt seiner sechs Vorträge zum Thema „Rußland, der Westen und die Atomwaffe" [12]), die der britische Rundfunk in den Monaten November und Dezember 1957 im Rahmen der alljährlichen Reith Lectures ausstrahlte, wählte Kennan das atomare Wettrüsten, dessen politische Auswirkungen damals, an der Jahreswende 1957/58, die Lage in Mitteleuropa immer labiler werden ließen. Die Kernausrüstung der NATO-Truppen auf dem Kontinent stand zur Diskussion, Bonn forderte „moderne Waffen" für die Bundeswehr. Im April 1957 erhoben die 18 Göttinger Professoren ihre Stimme und ein halbes Jahr darauf überraschte Rapacki mit den Grundzügen seines Planes.

Kennan hat sich immer dagegen gewehrt, aus seiner „Handvoll Randglossen" einen „Plan" zu formulieren. Wir haben aus den Vorträgen einige Thesen für unseren Zusammenhang herausgelöst:

Erste These: „Es liegt eine weitere Gefahr darin beschlossen, eine sehr unmittelbare Gefahr, wie die Dinge heute liegen: daß strategische oder taktische Atomwaffen — oder beide — auch unseren Verbündeten auf dem Kontinent zur Verfügung stehen. Ich kann nicht genug betonen, wie verhängnisvoll ein solcher Schritt wäre. Was könnte er, soviel ich sehen kann, anderes hervorrufen als eine bedenkliche Verschärfung der bereits bestehenden militärischen Spannungen in Europa?"

Zweite These: „Wenn die westeuropäischen Länder mit diesen Waffen ausgerüstet werden, ist ein russischer Rückzug aus Mittel- und Osteuropa vielleicht für immer ausgeschlossen, schon aus Gründen rein militärischer Vorsicht, gleichgültig, zu welchen Zugeständnissen die westlichen Großmächte bereit wären."

Dritte These: „Dazu kommt naheliegenderweise noch eins: Je mehr Hände über Atomwaffen verfügen,, desto geringer wird die Möglichkeit, diese Waffen eines Tages durch ein internationales Abkommen aus dem Rüstungswesen zu verbannen, und desto weniger lassen sich Komplikationen aller Art vorbeugen. Solange nur drei große Mächte im Spiel sind, besteht wenigstens eine gewisse Aussicht, alles das im Zaum zu halten. Legt man diese Waffen einer ganzen Reihe von Ländern in die Hände, dann macht man es nahezu zur Gewißheit, daß es künftig keine kleinere Krise in Europa mehr geben wird, die nicht sogleich zu einer großen Krise ausartet."

Vor dem politischen Senatsausschuß hat Kennan diese Prämissen später wiederholt und ein Vier-Punkte-Programm empfohlen:

1. Gesamtdeutschland soll es verboten sein, Kernwaffen zu haben.
2. Gradueller Rückzug der alliierten und sowjetischen Truppen aus Mittel- und Osteuropa.
3. Möglicher Austritt Deutschlands aus den Pakt-Organisationen und Neutralisierung Deutschlands.
4. US-Mitgliedschaft in einem europäischen Sicherheitspakt zur Sicherheit Rußlands und anderer Staaten gegen eine „Wiederbelebung des deutschen Militarismus" [13]).

Der Rapacki-Vorschlag einer kernwaffenfreien Vier-Länder-Zone in Mitteleuropa

Sucht man nach dem „ursprünglichen" Text des Rapacki-Planes, so verweisen die Dokumentationen auf einen einzigen Satz in der Rede des polnischen Außenministers vom 2. Oktober 1957:

„Im Interesse der Sicherheit Polens und der Entspannung in Europa erklärt die Regierung der Volksrepublik Polen nach Abstimmung ihrer Initiative mit den

anderen Teilnehmern des Warschauer Vertrages, daß die Volksrepublik Polen im Falle einer Zustimmung beider deutscher Staaten zur Einführung eines Verbots der Produktion und der Lagerung von atomaren und thermonuklearen Waffen auf ihren Territorien bereit ist, gleichzeitig dasselbe Verbot auf ihrem Territorium zu erlassen" [14]).

Dieser Satz, ausgesprochen vor dem Forum der Vereinten Nationen, ist wie kaum ein anderes diplomatisches Dokument „in der Diskussion" geblieben und hat Eingang in viele andere Vorlagen und politische Programme gefunden. Der Grund dafür scheint einfach: Rapacki löste das wichtigste Spannungsmoment der europäischen Gegenwart aus dem fast unentwirrbar gewordenen Knäuel vieler Streitfragen und schlug vor, den „ersten Schritt" zu tun.

Auf Grund des Echos in allen Ländern Europas [15]) sah sich die polnische Regierung bald veranlaßt, ihren Plan zu modifizieren. Am 14. Februar 1958 empfing Rapacki zahlreiche in Warschau akkreditierte Botschafter (zur Übermittlung nach Bonn wurde die schwedische Regierung eingeschaltet) und überreichte ihnen erläuternde Memoranden [16]). Der geplante Vertrag zerfiel danach in zwei Teile:

1. Polen, die Tschechoslowakei und die zwei deutschen Staaten sollten sich verpflichten, auf ihrem Territorium Kernwaffen weder herzustellen noch zu lagern und keine Vorrichtungen zur Bedienung solcher Waffen anzulegen.
2. Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich sollten ihrerseits dafür Sorge tragen
   a) ihre in den Staaten der vorgesehenen Zone stationierten Truppen nicht mit Kernwaffen auszurüsten und
   b) den Regierungen dieser Staaten keine solchen Waffen zu überlassen.

   Die Länder des „Atom-Clubs" sollten gleichzeitig erklären, Atomwaffen nicht gegen die „entatomisierte Zone" einzusetzen.

Zur Kontrolle des Vertrages hieß es:

„1. Um die Wirksamkeit und die Erfüllung der genannten Verpflichtungen zu gewährleisten, würden sich die in Frage kommenden Staaten verpflichten, auf dem Territorium der vorgeschlagenen Zone ein System umfassender und wirkungsvoller Kontrolle zu errichten. Dieses System könnte sowohl eine Boden- als auch eine Luftkontrolle umschließen. Auch könnten geeignete Kontrollpunkte errichtet werden, die mit Befugnissen und Möglichkeiten zum Handeln ausgestattet sind, die die Wirksamkeit der Inspektion gewährleisten. Einzelheiten und Formen der Kontrollausübung könnten in Anlehnung an die von den verschiedenen Staaten bei den bisherigen Abrüstungsverhandlungen gemachten Vorschläge vereinbart werden — in einer Form und in einem Umfang, in welchem sie auf das Gebiet der Zone anwendbar sind. Das für die atomwaffenfreie Zone geschaffene Kontrollsystem könnte nützliche Erfahrungen für die Einführung weitergehender Abrüstungsvereinbarungen liefern.

2. Zur Überwachung der Einhaltung der vorgeschlagenen Verpflichtungen müßte ein entsprechender Kontrollapparat berufen werden. In ihm könnten beispielsweise Vertreter mitwirken, die von Organen des Nordatlantikpaktes und des Warschauer Paktes berufen werden (eventuell ad personam). In ihm könnten auch Bürger bzw. Vertreter von Staaten mitwirken, die keiner Militärgruppierung in Europa angehören. Die Art der Berufung, des Funktionierens und der Berichtstätigkeit des Kontrollapparates kann Gegenstand weiterer Verpflichtungen sein."

Warschau nannte folgende Möglichkeiten für den Vertragsabschluß:

„Die einfachste Form, um die Verpflichtungen der der Zone angehörenden Staaten in einen Rahmen zu fassen, wäre der Abschluß eines entsprechenden internationalen Vertrages. Um jedoch Komplikationen aus dem Wege zu gehen, die einige Staaten bei einer solchen Lösung sehen könnten, wäre es möglich:

Synoptische Tabelle der wichtigsten Disengagement-Pläne

Autor	Gebiet	Art der Rüstungsbegrenzung	Pakte und Garantien
21. 7. 1955 Premierminister Eden Vorschlag auf der Genfer „Gipfelkonferenz"	Zu vereinbarendes Gebiet beiderseits der „Linie, die Ost- und Westeuropa teilt"	Vereinbarung über Gesamtstärke der Streitkräfte und Bewaffnung	Gemeinsame Inspektion
17. 11. 1956 Sowjetische Note	800 km breite Zone „beiderseits der Demarkationslinie"	Aufgabe aller Stützpunkte innerhalb von zwei Jahren. Verminderung der ausländ. Truppen in Deutschland um 33 v. H. Kernwaffenfreie Zone. Später stufenweise Abrüstung bis zur völligen Entmilitarisierung.	Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Vertrag. Kontrollposten und Durchführung von Luftaufnahmen.
Dezember 1956 12 demokratische Kongreßmitglieder Schreiben an Eisenhower.	1000 Meilen breites Gebiet vom Rhein bis zu den Grenzen der UdSSR	Entmilitarisierung und Abzug aller ausländischen Truppen	Neutralisierung mit östl. und westl. Garantie
11. 1. 1957 H. Gaitskell Rede in der Harvard-Universität	Wiedervereinigtes Deutschland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, evtl. Rumänien	Stufenweiser Abzug der ausländischen Truppen. Rüstungsbeschränkungen	Europäischer Sicherheitspakt
10. 9. 1957 F. Aiken, UN-Delegierter Irlands Rede in der Vollversammlung	Mittel- und Osteuropa bis zu den sowjetischen Grenzen	Stufenweiser Abzug ausländischer Truppen	Inspektion u. Kontrolle durch UN-Kommissionen
2. 10. 1957 A. Rapacki Rede in der UN-Vollversammlung (1. Rapacki-Plan)	Polen, beide deutsche Staaten	Kernwaffenfreie Zone	
25. 11. / 2. 12. 1957 G. F. Kennan Vorträge im BBC	Deutschland, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn	Rückzug der ausländisch. Truppen. Ausscheiden Deutschlands aus den militärischen Bündnissen. Keine Stationierung von Atomwaffen.	Europäischer Sicherheitspakt. Garantien der Großmächte.
8. 1. 1958 Memorandum der UdSSR	Staaten der NATO und des Warschauer Pakts	Abzug aller ausländ. Truppen Aufgabe der Militär-Stützpunkte. Verminderung der Streitkräfte. Kernwaffenfreie Zone.	Gesamteuropäischer Sicherheitspakt
5. 2. 1958 Sir John Slessor, britischer Luft-	West- und Ost-Europa	Abzug brit. und amerik. Truppen vom Kontinent.	

		Atomwaffenfreie Zone in Deutschland, Polen und Tschechoslowakei. „Militärische Bündnislosigkeit".	
14. 2. 1958 Memorandum der poln. Regierung (2. Rapacki-Plan)	Beide Teile Deutschlands, Polen, Tschechoslowakei	Kernwaffenfreie Zone. Keine Anwendung von Kernwaffen gegen diese Zone.	Vier-Mächte-Garantien
6. 3. 1958 Präsident Tito Interview mit „New York Times"	Bestimmtes Gebiet in Europa	Kernwaffenfreie Zone	
23. 4. 1958 Labour Party und brit. Gewerkschaft Gemeinsame Erklärung	Wiedervereinigtes Deutschland, Polen, Tschechoslowakei u. Ungarn	Stufenweiser Abzug ausl. Truppen. Nationale Streitkräfte unter internationaler Kontrolle. Austritt aus den bisherigen Bündnissen.	Gesamteuropäischer Sicherheitspakt mit Garantien der Großmächte
4. 11. 1958 A. Rapacki Pressekonferenz in Warschau (3. Rapacki-Plan)	Beide Teile Deutschlands, Polen, Tschechoslowakei	1. Stufe: „Einfrieren der atomaren Rüstung" 2. Stufe: Völlige „Entatomisierung" gleichzeitig Verminderung der konventionellen Rüstung.	
19. 1. 1959 Sir Ivone Kirkpatrick in „Sunday Times"	Streifen auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs"	Völlige Entmilitarisierung	
4. 2. 1959 Senator Humphrey Vortrag im BBC	Deutschland und Osteuropa	Stufenweiser Truppenabzug. Rüstungsbeschränkung. Kernwaffenfreie Zone.	Sicherheitspakt der Großmächte mit Garantien
12. 2. 1959 Senator Mansfield Rede im US-Senat	Deutschland und Mitteleuropa	Rüstungsbeschränkung mit teilweis. Truppenabzug. Begrenzung der Streitkräfte. Kernwaffenfreie Zone.	
7. 4. 1959 A. Bevan Vortrag in Kopenhagen	Beide Teile Deutschlands, Polen, Tschechoslowakei, evtl. Ungarn	Abzug aller ausländ. Truppen. Kernwaffenfreie Zone.	Garantien der Großmächte
28. 5. 1959 Sp. Markesinis Vorsitzender der Griech. Progressiven Partei	Griechenland, Rumänien, Bulgarien und Albanien. Beitritt anderer Staaten möglich.	Kernwaffenfreie Zone	Sicherheitspakt mit Garantien der Großmächte
6. 6. 1959 Erklärung der rumänischen Regierung	Alle Balkanstaaten.	Kernwaffenfreie Zone	Garantie-Erklärungen der Großmächte

1. diese Verpflichtungen in die Form von vier einseitigen Deklarationen zu fassen, die den Charakter einer internationalen Verpflichtung hätten und bei einem vereinbarten Depositär hinterlegt werden;
2. die Verpflichtungen der Großmächte in die Form eines gemeinsamen Dokuments bzw. einseitiger Deklarationen zu fassen."

War schon dieses Memorandum in erster Linie der Bundesregierung zugedacht (die die via Stockholm erhaltene Note nicht einmal beantwortete), so kam die dritte Ergänzung des Planes den vorgetragenen Einwänden Bonns [17]) in einem weiteren Punkte entgegen. Am 4. November 1958 erklärte Rapacki auf einer Pressekonferenz:

„Wir sind bereit, im Einvernehmen mit unseren Verbündeten einen neuen, unserer Meinung nach maximalen Schritt auf dem Wege zur Berücksichtigung der wichtigsten Einwände und Bedenken zu tun, die im Zusammenhang mit unserem Vorschlag geltend gemacht wurden und eine Teilung unseres Planes in zwei Etappen zu erwägen:

In der e r s t e n Etappe würde ein Verbot der Herstellung von Atomwaffen auf dem Territorium Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik eingeführt werden und die Verpflichtung übernommen, von der Ausrüstung jener Armeen mit Kernwaffen, die sie bis heute nicht besitzen, und dem Bau der entsprechenden Einrichtungen für sie abzusehen. Gleichzeitig würden entsprechende Kontrollmaßnahmen eingeführt. Dies würde deshalb, so kann man sagen, das Einfrieren der Kernrüstung in der vorgeschlagenen Zone bedeuten.

Der Verwirklichung der z w e i t e n Etappe würde eine Aussprache über die entsprechende Verminderung der herkömmlichen Streitkräfte vorausgehen. Eine solche Verminderung würde gleichzeitig mit der vollständigen Ent-Atomisierung der Zone durchgeführt werden und würde ebenfalls von entsprechenden Kontrollmaßnahmen begleitet sein" [18]).

Der polnische Vorschlag ist bis heute gültig, wie Minister Rapacki erst kürzlich in New York bestätigt hat, und er dürfte bei künftigen Verhandlungen über Europas Sicherheit wiederum eine Rolle spielen.

A n m e r k u n g e n :

[1]) „Dem Frieden entgegen" (herausgegeben vom State Department der Vereinigten Staaten), Salzburg 1946, S. 20.

[2]) Vergleiche Max Braubach, „Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges", Köln und Opladen 1956.

[3]) „Europa-Archiv", Jahrgang 1960, S. D 150 ff.

[4]) Captain Eugene Hinterhoff, einer der führenden britischen Militärschriftsteller und Geschäftsführer der Military Commentator 's Circle, beschäftigt sich seit langem mit den Zusammenhängen des Disengagements und hat darüber die bisher umfassendste und gründlichste Arbeit vorgelegt. Seinem Buch („Disengagement", London 1959) verdanken wir wesentliche Kenntnisse und Details.

[5]) Neben dem Buch von Hinterhoff vor allem Michael Howard, „Disengagement in Europe", London 1958; Hugh Gaitskell, „The Challenge of Co-Existence", London 1957; Denis Healy, „A Neutral Belt in Europe", London 1958.

[6]) „Europa-Archiv", Jahrgang 1955, S. 8105.

[7]) „Dokumente zur Deutschlandfrage", Bonn 1959, S. 838.

[8]) ebenda S. 845.

[9]) Mitgeteilt von Dr. Erich Mende im Bundestag am 6. Juli 1956. Protokoll der 159. Sitzung S. 8792.

[10]) „Bulletin des Presse- und Informationsamtes" vom 16. 8. 1956.

[11]) In deutscher Sprache liegt neben einigen kleineren Schriften in zwei Bänden vor: „Amerika und die Sowjetmacht", Stuttgart 1959.

[12]) Erschienen im Ullstein Taschenbuch-Verlag, Frankfurt 1958. Alle Zitate sind diesem Bändchen entnommen.

[13]) Text der Rede in „Blätter für deutsche und internationale Politik", Jahrgang 1959, Heft 2, S. 161.

[14]) „Pressedienst der Polnischen Militärmission", Berlin, Oktober 1957.

[15]) Das Echo auf den polnischen Plan (besonders in Großbritannien und den skandinavischen Staaten) in „Die Vorschläge der polnischen Regierung für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Eine Auswahl offizieller Erklärungen und Meinungen", Wien 1958.

[16]) „Europa-Archiv", Jahrgang 1958, S. 10 597 f.

[17]) Die von Anfang an ablehnende Haltung der Bundesregierung ist dargestellt bei E. N. Dzelepy, „Desatomiser l'Europe? La vérité sur le ‚Plan Rapacki'", Brüssel 1958. Der Autor des Buches — das leider nicht in deutscher Sprache vorliegt — berücksichtigt sowohl amtliche Erklärungen als auch Interviews und „Offiziöse" Kommentare. (Vergleiche die Besprechung des Buches von Dzelepy in „Blätter . . .", Jahrgang 1961, Heft 3, S. 282 ff.)

[18]) „Europa-Archiv", Jahrgang 1959, S. 206 ff.

Nachbemerkung: Die Anregung zu der synoptischen Tabelle (S. 1006/7) geht auf das schon erwähnte Buch von Eugene Hinterhoff „Disengagement", London 1959, zurück. Hinterhoff zählt für die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg bis 1959 mehr als 150 Initiativen oder vollständige Pläne für rüstungsbegrenzte und kernwaffenfreie Zonen in Europa; darunter über 100 von westlichen Autoren. Eine gedrängte „Übersicht über die bisherigen (1950 bis Anfang 1959) Vorschläge für Entspannungszonen" enthält das „Archiv der Gegenwart", Jahrgang 1959, S. 7691 B. H. W. G.

Dr. Hildegard Forres:

Realistische Idealisten — Nonkonformismus in Großbritannien

Nichts widerlegt wohl schlagender Hitlers und Ribbentrops Meinung von der dekadenten Senilität des englischen Volkes als die Verve, die die Engländer entfalten, wenn ihr ausgesprochener Sinn für Vernunft, Gerechtigkeit und „fair play" verletzt wird. Wann immer im Ausland oder im Inland Dinge vor sich gehen, die ein Teil der Bevölkerung für schädlich, ungerecht und sittlich anfechtbar hält, wachsen genügend Bürger mit der Mentalität der Non conformists spontan wie zu einem Kristall zusammen und beschließen, etwas in der Angelegenheit zu unternehmen. Ihre von der herrschenden Politik abweichende Überzeugung wird öffentlich demonstriert, was die Massen dazu herausfordert, über den Streitfall nachzudenken, und in der Regel der Bewegung weitere Anhänger gewinnt.

Als im Ersten Weltkrieg viele Quäker den Heeresdienst verweigerten, stand die englische Regierung der Situation ganz unvorbereitet gegenüber. Infolgedessen wurden diese Fälle sehr unterschiedlich behandelt, da es keine Anweisungen gab. Manchen wurde erlaubt, sich als Sanitäter zu betätigen, aber

[11]) In deutscher Sprache liegt neben einigen kleineren Schriften in zwei Bänden vor: „Amerika und die Sowjetmacht", Stuttgart 1959.

[12]) Erschienen im Ullstein Taschenbuch-Verlag, Frankfurt 1958. Alle Zitate sind diesem Bändchen entnommen.

[13]) Text der Rede in „Blätter für deutsche und internationale Politik", Jahrgang 1959, Heft 2, S. 161.

[14]) „Pressedienst der Polnischen Militärmission", Berlin, Oktober 1957.

[15]) Das Echo auf den polnischen Plan (besonders in Großbritannien und den skandinavischen Staaten) in „Die Vorschläge der polnischen Regierung für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Eine Auswahl offizieller Erklärungen und Meinungen", Wien 1958.

[16]) „Europa-Archiv", Jahrgang 1958, S. 10 597 f.

[17]) Die von Anfang an ablehnende Haltung der Bundesregierung ist dargestellt bei E. N. Dzelepy, „Desatomiser l'Europe? La vérité sur le ‚Plan Rapacki'", Brüssel 1958. Der Autor des Buches — das leider nicht in deutscher Sprache vorliegt — berücksichtigt sowohl amtliche Erklärungen als auch Interviews und „Offiziöse" Kommentare. (Vergleiche die Besprechung des Buches von Dzelepy in „Blätter . . .", Jahrgang 1961, Heft 3, S. 282 ff.)

[18]) „Europa-Archiv", Jahrgang 1959, S. 206 ff.

Nachbemerkung: Die Anregung zu der synoptischen Tabelle (S. 1006/7) geht auf das schon erwähnte Buch von Eugene Hinterhoff „Disengagement", London 1959, zurück. Hinterhoff zählt für die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg bis 1959 mehr als 150 Initiativen oder vollständige Pläne für rüstungsbegrenzte und kernwaffenfreie Zonen in Europa; darunter über 100 von westlichen Autoren. Eine gedrängte „Übersicht über die bisherigen (1950 bis Anfang 1959) Vorschläge für Entspannungszonen" enthält das „Archiv der Gegenwart", Jahrgang 1959, S. 7691 B. H. W. G.

Dr. Hildegard Forres:

Realistische Idealisten — Nonkonformismus in Großbritannien

Nichts widerlegt wohl schlagender Hitlers und Ribbentrops Meinung von der dekadenten Senilität des englischen Volkes als die Verve, die die Engländer entfalten, wenn ihr ausgesprochener Sinn für Vernunft, Gerechtigkeit und „fair play" verletzt wird. Wann immer im Ausland oder im Inland Dinge vor sich gehen, die ein Teil der Bevölkerung für schädlich, ungerecht und sittlich anfechtbar hält, wachsen genügend Bürger mit der Mentalität der Non conformists spontan wie zu einem Kristall zusammen und beschließen, etwas in der Angelegenheit zu unternehmen. Ihre von der herrschenden Politik abweichende Überzeugung wird öffentlich demonstriert, was die Massen dazu herausfordert, über den Streitfall nachzudenken, und in der Regel der Bewegung weitere Anhänger gewinnt.

Als im Ersten Weltkrieg viele Quäker den Heeresdienst verweigerten, stand die englische Regierung der Situation ganz unvorbereitet gegenüber. Infolgedessen wurden diese Fälle sehr unterschiedlich behandelt, da es keine Anweisungen gab. Manchen wurde erlaubt, sich als Sanitäter zu betätigen, aber

viele kamen ins Gefängnis. Verweigerten sie nach Verbüßung der Strafe abermals den Heeresdienst, so wurden sie wiederum zu Gefängnisstrafen verurteilt. Im Zweiten Weltkrieg wurden die Kriegsdienstverweigerer sinnvoller behandelt. Im ganzen Lande wurden sog. tribunals eingerichtet, die nach gewissen Richtlinien zu entscheiden hatten, ob die Verweigerung im Einzelfall verdiente, als ein Gebot des persönlichen Gewissens respektiert zu werden. Es bedurfte aber nicht der Verhängung von Ersatzleistungen besonderer Art; die Kriegsdienstverweigerer drängten sich von selbst dazu, sich schwerste und undankbarste Aufgaben zu schaffen, die bisher noch kaum gesehen worden waren. Von dem Drang beseelt, die Bruderschaft der Menschen zum Ausdruck zu bringen, siedelten sie sich in den am meisten verwahrlosten Wohngegenden der Industriestädte an und widmeten sich Tag und Nacht jenen Familien, die in jeder industrialisierten Gesellschaft den Bodensatz bilden: Eltern, deren Lebensweise zur Verwahrlosung der Kinder führt, labile, psychopathische, geistig minderwertige Typen, die einen sehr hohen Prozentsatz der unehelichen Geburten, Gefängnisinsassen, Prostituierten, sexuell Zügellosen und chronisch Hilfsbedürftigen darstellen. Aus dieser Arbeit hat sich ein sehr bemerkenswerter Zweig der sozialen Fürsorge, „Family Service Unit", entwickelt. So haben jene Dissenters ihre segensreiche Spur in der Sozialarbeit hinterlassen.

Ein Beispiel für den radikalen Geist der Dissenters, das vor einem halben Jahrhundert in Deutschland großes Kopfschütteln hervorgerufen hat, war das ungesetzliche Betragen der Suffragetten. Die deutschen Frauenrechtlerinnen waren einstimmig der Überzeugung, daß sie damit der Sache nur schaden konnten, aber von England aus gesehen stimmt das nicht. Wenn sich die Regierung einer zeitreifen und gerechten Maßnahme unerträglich lange widersetzt, dann werden die Non conformists äußerst artikuliert in ihrem Bestreben, die Mitbürger zum Aufhorchen und zur Unterstützung herauszufordern. Daß in diesem Prozeß Fenster eingeschlagen und Briefkästen in Brand gesteckt werden, wird so wenig als unangemessen empfunden, wie in Indien das freiwillige Fasten, wenn es gilt, die Inhaber der politischen Macht zum Nachgeben zu bringen. Es bleibt kaum je ohne Wirkung, zum mindesten beschleunigt es das Tempo von Reformen, die vielleicht ohnehin, aber erst zu einem späteren Zeitpunkt, erfolgt wären.

In jüngster Zeit gehen die Wellen hoch, wenn von R a s s e n v o r u r t e i l e n die Rede ist. Dieses Problem ist emotionell besonders geladen, weil die Träger der Vernunft und Vertreter des Ideals des fair play sich zunächst gegen die primitiven Instinkte ihrer Volksgenossen zu wenden haben. Dabei kann es geschehen, daß man sich einmal ausnahmsweise auf der Seite der Gesetzgeber findet. Ist es doch für reife und verantwortungsbewußte Männer und Frauen kein Selbstzweck, Dissidenten zu sein! So hat das Rassenproblem in England zu folgenden Aktionen geführt:

Als kürzlich ein Haus in einer städtischen Siedlung einer Familie aus Pakistan zugewiesen wurde, protestierten die Siedlungsbewohner mit einem Affekt, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Sie weigerten sich, ihre Miete zu bezahlen, wenn der Beschluß nicht rückgängig gemacht werde. Die Wohnungsbehörde aber blieb fest und drohte den säumigen Zahlern mit Zwangsevakuierung. Darauf entschloß man sich nach einigem Zögern, die überfälligen Mietsraten zu begleichen, ohne jedoch aus der unveränderten Feindseligkeit gegenüber Fremdrassigen ein Hehl zu machen. Sofort erschien nun ein Arbeitsausschuß auf dem Plan, aus Angehörigen aller Kreise zusammengesetzt, der es sich zur Aufgabe macht, diese Familie und alle anderen Fremdrassigen im Bezirk als inoffizielle Helfer aufzusuchen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen,

damit sie sich den Lebensgewohnheiten ihrer Umgebung reibungslos anpassen lernen und so das rassische Vorurteil ad adsurdum führen.

Wirkten sich die Bemühungen, dem Rassenhaß das Wasser abzugraben, in diesem Fall als Unterstützung der offiziellen Politik aus, so ist die entgegengesetzte Konstellation im Fall von Dr. Verwoerd's Südafrika gegeben. Hier drängt „Apartheid" unsere realistischen Idealisten, wie man sie bezeichnen könnte, wiederum in die Rolle der non conformists. Die Haltung der englischen Regierung wird angegriffen. England hat in der Versammlung der Vereinten Nationen nicht im Verein mit zahlreichen anderen Nationen seine Mißbilligung der Apartheid-Politik zum Ausdruck gebracht, sondern sich der Stimme enthalten. Auch hat es die Regierung abgelehnt, Südafrika wirtschaftlich zu boykottieren. An diesem Punkt setzt nun die weitere Arbeit des Anti Apartheid Movements ein. Nachdem man sich der Zustimmung der Eingeborenen vergewissert hatte, haben die zahlreichen zu der Gegen-Apartheid-Bewegung zusammengeschlossenen politischen und religiösen Körperschaften den freiwilligen Boykott südafrikanischer Waren propagiert. Daß hierdurch kommerzielle Interessen empfindlich berührt werden, ist vielleicht eine Erklärung für die unaufgeklärte Brandstiftung, die das Büro der Organisation kurz nach der Eröffnung vernichtet hat. Trotz des großen Schadens wurde sofort in provisorisch zur Verfügung gestellten Räumen weiter für die politische und ökonomische Isolierung der südafrikanischen Regierung gearbeitet und, nicht zuletzt, für die Beendigung des südafrikanischen Mandats über Süd-West-Afrika.

Bei weitem die bedeutendste Bewegung der non conformists im heutigen England ist der „Campaign for Nuclear Disarmament" (CND), die englische Anti-Atom-Bewegung. Sie geht davon aus, daß seit Kriegsende alle Anstrengungen erfolglos gewesen sind, die Nationen auf ein Programm für allgemeine Abrüstung oder auch nur Verzicht auf Kernwaffen zu einigen. In Anbetracht der zunehmenden Kriegsgefahr und der Beeinträchtigung der Gesundheit durch Tests mit atomarer Energie ist es höchste Zeit, daß ein neuer Weg beschritten werde: Groß-Britannien soll den Anfang machen mit dem Verzicht auf Herstellung, Aufstapelung und Anwendung dieser Waffen! Das schließt natürlich ein, daß alle Staatsverträge revidiert und, wenn nötig, gekündigt werden, die sich auf den Besitz oder die Anwendung von Atomwaffen stützen. Kein Wunder, daß die Gegner Tod und Verderben prophezeien, wenn England selbständig vorgeht. Die Anhänger machen geltend, daß dieses kleine Inselreich ja gar nicht gefährdeter sein könnte, als es unter den jetzigen Umständen ist, und zwar infolge der Durchsetzung mit amerikanischen militärischen Stützpunkten. Was dem Faß den Boden ausgeschlagen hat, ist die Überlassung des Holy Loch in Schottland an das amerikanische Depotschiff „Protheus" und sein Schwesterschiff, jedes mit einer Flotte von 16 Unterseebooten, die mit Kernwaffen ausgerüstet sind. Sie kreuzen an der russischen Küste entlang, und ihr Stützpunkt ist eine Herausforderung Rußlands. (Übrigens ist das englische Parlament erst nachträglich vor die vollendete Tatsache gestellt worden, worauf das sehr bewußt demokratische Bürgertum besonders empfindlich reagiert hat.) Als eine Folge unilateralistischer Aktion wird erwartet, daß andere Nationen, die sich anschicken, dem „atomaren Selbstmörderklub" beizutreten, dem Beispiel Englands folgen würden.

Die parlamentarische Labour Party, die in bemerkenswerter Weise der deutschen SPD entspricht, hat sich vor einem Jahr zur einseitigen Abrüstung Englands bekannt, ist aber jetzt von ihrem Führer Gaitskell umgestimmt worden, — ein Symptom der Anpassung einer einst so charaktervollen politischen Partei an die Politik der regierenden Rechtspartei. Trotz dieser Enttäuschung ist CND innerhalb von 4 Jahren zu einer Volksbewegung geworden. Wohl ist die

Mehrzahl der Unilateralisten politisch links orientiert, aber andere Richtungen sind auch vertreten. Einmütig marschieren und demonstrieren Sozialisten, Kommunisten, Liberale und Konservative, Quäker und Angehörige anderer religiöser Gruppen, — ein eindrucksvoller Anblick. Alljährlich wird zu Ostern unter dem Banner „Ban the Bomb!" durch das Land marschiert; überall werden Ansprachen gehalten. Seit der Einräumung des Holy Loch ist die Bewegung in eine neue Phase getreten. Jetzt folgt eine Demonstration auf die andere. Im Februar dieses Jahres, um die Zeit der Ankunft des „Protheus" in Schottland, endete ein Aufklärungsmarsch mit einem dreistündigen Sitzstreik von 4000 Männern und Frauen vor dem Ministerium für Verteidigung, an dessen Eingangstor der bekannte Philosoph Bertrand Russell die Forderungen der Unilateralisten anschlug. Wenige Wochen später, am Ende des nun schon traditionell gewordenen Ostermarsches, rückten 20 000 Demonstranten in zwei Kolonnen in London ein und bildeten durch den Sitzstreik im Zentrum der Stadt ein Verkehrshindernis, das zu 800 Verhaftungen führte.

Innerhalb der Bewegung gibt es eine besonders radikale Gruppe unter Führung von Earl Russell, die in der bürgerlichen Gehorsamsverweigerung noch einen Schritt weiter geht. Sie nennt sich das „Comittee of 100". Wenn sie ihre Steuerveranlagung erhält, zieht sie den Prozentsatz ab, der von dem Volkseinkommen an Kriegsvorbereitungen gewendet wird, und überweist ihn friedlichen, humanitären Zwecken. Doch auch die weniger Radikalen unter den Unilateralisten machen den Behörden und der Polizei andauernd zu schaffen. Nach siebenwöchigem Marsch von London aus erreichten die Demonstranten zu Pfingsten Holy Loch in Schottland, wo etwa 1000 Teilnehmer eine symbolische „Invasion" des Depotschiffs „Protheus" durchführten. 13 Kanus, ein Rettungsboot, ein motorisiertes Hausboot und Ruderboote hielten Polizei und Taucher stundenlang in Atem. Um die Besteigung des Depotschiffs durch die Demonstranten zu verhindern, wurden stärkste Wasserstrahlen auf sie losgelassen, während andere Demonstranten den Pier versperrten, den die amerikanische Besatzung benötigt, um an Land und zurück auf das Schiff zu gelangen. Einem Lastwagen mit Brot für die Mannschaft wurde ebenfalls der Weg versperrt. Schließlich wurden 9 Frauen und 27 Männer verhaftet, nachdem das Schiff über das Wochenende immobilisiert worden war.

Die Demonstrationen gehen in immer kürzeren Zeitabständen weiter. Am 28. September wurden 645 Personen verhaftet, den Verhaftungen folgten Verurteilungen zu Geldstrafen und Gefängnis bis zu 2 Monaten. Bertrand Russell, der 89jährige Feuerkopf, non conformist par excellence, der schon im Weltkrieg wegen seiner pazifistischen Überzeugungen 6 Monate im Gefängnis Muße hatte, an einem seiner bedeutendsten philosophischen Werke zu arbeiten, wurde mit Rücksicht auf sein Alter und seine zarte Gesundheit nur 1 Woche im Gefängnis behalten. Dasselbst verlor er aber keine Zeit und erließ flammende Aufrufe. In 13 Ländern ist seine internationale Widerstandsbewegung gegen den Atomkrieg verbreitet. „Jeden Augenblick, an jedem Tag kann die kleinste Fehlrechnung den Atomkrieg entfesseln. Rockets sind innerhalb weniger Minuten aktionsbereit, Wasserstoffbomber sind unentwegt in der Luft, Radar ist völlig unzuverlässig. Radioaktivität tötet und verkrüppelt unsere Kinder. Krieg ist eine unmittelbare Gefahr. Es ist ein schrecklicher und grauenhafter Gedanke, daß der gewaltige Plan für Massenmord vorbereitet wird, angeblich für unseren Schutz, in Wirklichkeit für universale Vernichtung. Wir rufen die Völker allüberall auf, sich gegen diese monströse Tyrannei zu erheben. Wir rufen die Wissenschaftler auf, Arbeit an Kernwaffen abzulehnen. Wir rufen die Arbeiter auf, alle Arbeit als „schwarz" zu erklären, die damit zusammenhängt und ihre gewerkschaftliche Macht für den Kampf ums

Leben einzusetzen. Wir wollen nicht die Einäscherung menschlichen Lebens dulden, weil Regierungen sich mit idiotischen Prestigefragen festrennen."

CND hat jetzt genügend von sich reden gemacht, um auch den Gleichgültigsten zum Nachdenken herauszufordern, und die öffentlichen Diskussionen sind zahlreich und lebhaft. Dabei spielt folgender Gedanke eine Rolle, mit dem versucht wird, die Schwankenden von der Abschreckungsfunktion der Kernwaffen zu überzeugen: „Würden die Vereinigten Staaten von Amerika Hiroshima und Nagasaki gebombt haben, wenn Japan über die gleichen atomaren Waffen verfügt hätte?" Die Campaigner für unilaterale Abrüstung geben zu, daß die Antwort „Nein" ist, während sie auf den Trugschluß hinweisen, der in der Gleichsetzung der damaligen Lage mit der heutigen liegt. 1945 lag die Entscheidung über Anwendung der Kernwaffen bei den Staatsmännern. Es war eine politische Entscheidung. Heute gibt es außer den „großen" Kernwaffen, die die Zivilbevölkerung ganzer Städte tötet, „kleine" atomare Waffen, mit warheads versehene Artilleriegeschosse, die nur auf die feindlichen Militärformationen gerichtet sind, und über deren Anwendung die militärischen Führer an Ort und Stelle entscheiden. Die zuerst in die Enge getriebene Partei würde zweifellos den Augenblick für gekommen erachten, der Gegner würde alsbald mit stärkeren Kernwaffen antworten und als Gegenwehr würden unverzüglich die großen Bomben in Tätigkeit gesetzt werden. —

Das Problem der unilateralen Abrüstung wird heiß umstritten. Was dabei aufrichtige Bewunderung verdient, ist die beherrschte Art, in der die Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden, in diesem Fall mit den Multilateralisten, geführt werden. Obgleich jeder von der Richtigkeit seiner These überzeugt ist („Die einzige Gewährleistung des Friedens liegt im Aufgeben der Kernwaffen." — „Die einzige Gewährleistung des Friedens liegt in ihrer Beibehaltung als Verhandlungsgegenstand und ihre Anwendungsbereitschaft als dem wirksamsten Abschreckungsmittel."), fällt kein verletzendes Wort, das die Andersgesinnten gehässig angreift, wie ja auch in der Hitze des politischen Wahlkampfs in England der Gegner nur sehr selten verunglimpft wird. Fair play steht obenan auf der Liste der bürgerlichen Tugenden.

Ein interessanter Punkt, der vielfach in dem sachlich gehaltenen Austausch der Meinungen auftaucht, ist die Frage des „christlichen Gewissens". An der Spitze der „Ban the Bomb"-Bewegung stehen neben Bertrand Russell zwei Geistliche, Michael Scott und L. John Collins. Andererseits ist Dr. R. Stopford, Bischof von London, einer von mehreren prominenten geistlichen Würdenträgern, die sich für die Erhaltung und weitere Entwicklung der Atomwaffen einsetzen. Als Christ, so sagt er, sei er nicht primär an der Erhaltung des physischen Lebens interessiert. Er vertritt die englische Version des deutschen Schlagworts „Lieber tot als rot".

Wer die wachsende Volksbewegung des CND aus nächster Nähe miterlebt hat, kann nur hoffen, daß der Funke auf die Massen in anderen Ländern überspringt und der Ruf „Ban the Bomb", dessen Berechtigung ja doch aus praktischen wie aus geistigen und ethischen Gründen unwiderlegbar ist, alle Denkenden und Verantwortungsbewußten mit sich fortreißt. Dann würde auch die Spaltung in Unilateralisten und Multilateralisten in England fortfallen, weil unser aller Endziel in Sicht wäre: die universale Abrüstung.

schärfste v e r u r t e i l t werden. Wir haben das auch in einem Brief an die russische Gesandtschaft in der Schweiz zum Ausdruck gebracht.

Wir wollen den Kampf gegen die Atomwaffe in unserm Land als Kampf zur Erhaltung der Menschheit und des Friedens führen. Wir haben gute Zeugen für die Notwendigkeit dieses Kampfes in der ganzen Welt, aber auch bei uns.

Es war neben einer Reihe von schweizerischen Wissenschaftlern niemand anders als der jetzige Bundespräsident Prof. W a h l e n , der als Ständerat am 8. Oktober 1946 folgendes gesagt hat:

„Entweder gelingt es, die Verwendung der Atomenergie für Kriegszwecke zu ächten und die notwendigen rechtlichen und materiellen Sicherungen zur Innehaltung dieser Ächtung zu schaffen, oder es entsteht ein Rüstungswettlauf, dessen Ende mit dem Ende nicht nur der Menschlichkeit, sondern der Menschheit überhaupt zusammenfallen müßte." Folgerichtig stellt er fest: „Gerade unserm Lande steht es zu, den ersten Schritt zu machen, um die Ächtung der Atomenergie als militärische Waffe herbeizuführen. Mag man einen solchen Schritt angesichts der Kleinheit unseres Landes auch nur als Geste beurteilen, sicher wird er seinen Zweck nicht verfehlen, und er kann eine Tragweite bekommen, die für das Schicksal des Menschengeschlechtes bedeutungsvoll ist." Und anschließend forderte er „eine eindeutige Willenserklärung von Parlament und Bundesrat, grundsätzlich und ohne Rücksicht auf die von den Großmächten zu treffenden Entschlüsse auf die Verwendung der Atombombe zu verzichten."

Wenn Herr Bundespräsident Wahlen auch heute nicht mehr zu seinen Ausführungen steht, so haben seine damals ausgesprochenen Worte heute mehr denn je Gültigkeit. Hoffen wir, daß es uns gelingt, das Schweizer Volk in seiner Mehrheit von der Richtigkeit der von Ständerat Wahlen aufgestellten Thesen zu überzeugen. Das würde der Schweiz im Hinblick auf unsere Tradition und als Sitz des Internationalen Roten Kreuzes gut anstehen.

G e r d L a u s c h k e

England und die EWG (I)

Entgegen aller optimistischen Zweckberichterstattung hat England noch keineswegs seinen Beitritt zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschlossen. Auch die im vergangenen Monat abgehaltenen Parteitage haben die sybillinischen Erklärungen der britischen Politiker nicht zu erläutern vermocht. Man kann ihre Haltung vielleicht jetzt auf einen kürzeren Nenner bringen: Die Liberalen sagen uneingeschränkt „Ja", die Konservativen „Ja, unter der Bedingung, daß" und Labour „Nein, es sei denn, daß". Zugeständnisse sind in der Sache noch nicht gemacht worden.

Die Geschichte der Quängeleien um die Errichtung eines gemeinsamen westeuropäischen Marktes geht zurück bis in die Mitte der fünfziger Jahre, als man die Errichtung einer sog. Großen Freihandelszone versuchte. Damals wie heute standen die Sonderwünsche der Engländer — d. h. ihre Commonwealth-Interessen — und der Neutralen einer Einigung im Wege. Die Große Freihandelszone scheiterte an der Alles- oder Nichts-Haltung der sechs Kontinentalstaaten, die Wirtschaft sagten, damit aber auch Kalten Krieg meinten. Das Ende jener

Verhandlungen war dann die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft am 25. März 1957 mit dem Vertrag von Rom. Die Tür wurde den Engländern, Skandinaviern und Neutralen vor der Nase zugeschlagen. Die Bundesrepublik, Frankreich, Italien und die Benelux-Länder wurden exklusiv.

Die EWG

So ist die Enttäuschung derer verständlich, denen man die Segnungen eines großräumigen Marktes nicht zuteil werden ließ. Die Neue Zürcher Zeitung schildert denn auch das Westeuropa der „Sechs" wie folgt (1):

> „Die supranational konstituierte und politisch ausgerichtete Integrationsform der EWG ist den politischen und psychologischen Bedürfnissen derjenigen europäischen Länder angepaßt, die der letzte Krieg mit der Konkursmasse ihrer politischen Regime zurückließ und deren Souveränitätsbewußtsein stark geschwächt worden war; sie entspricht aber den Lebensformen und Bedürfnissen des politisch und geistig noch unversehrten Teils Westeuropas weit weniger. ‚Es ist kein Zufall', so schreibt auch Prof. Hallstein in seinem Beitrag zur soeben herausgekommenen Festgabe für Staatssekretär Müller-Armack, ‚daß der geographische Raum, den die sechs Staaten der europäischen Gemeinschaft bedecken, ziemlich genau identisch ist mit dem Raum, der physisch und politisch durch das orgiastische Abenteuer des Zweiten Weltkrieges an den Rand der Existenzvernichtung geführt worden ist. Dieser Tatbestand — ein politischer, kein wirtschaftlicher — erklärt überzeugender als einige Prozent Zölle mehr oder weniger die vorhandene Grenze zwischen den Gemeinschaftsländern und den Nichtgemeinschaftsländern'. Der Präsident der EWG-Kommission bestätigt damit selber den spezifischen, nur einem Teil Westeuropas entsprechenden Charakter der EWG. Eine solche Erkenntnis sollte eigentlich zur logischen Schlußfolgerung führen, daß die EWG keinen gesamteuropäischen Integrationsrahmen zu bilden vermag, sondern daß entsprechend den unterschiedlichen Bedürfnissen auch verschiedenartige Integrationsformen erforderlich sind, die zusammenwirken sollten."

Wirtschaftlich haben sich die EWG-Länder über alles Erwarten gut entwickelt. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob das auch eine Folge des Zusammenschlusses ist. Einige Zahlen sollen dies verdeutlichen (2). Die Industrieerzeugung stieg 1960 um 12% gegenüber dem Vorjahr (1959 betrug die Steigerung 6,8%, 1958 nur 3,7%). Der Gesamtexport der EWG-Länder steigerte sich von 22 730 Mill. Dollar 1958 auf 29 720 Mill. Dollar 1960. Das Volkseinkommen stieg 1960 gegenüber dem Vorjahr um 7% (3). Am 1. Januar 1962 werden die Binnenzölle nur noch 50% derer von 1957 betragen.

Die EFTA

Nach dem Abbruch der Verhandlungen um die Bildung der Großen Freihandelszone beschlossen die Staaten, die nicht in die EWG einbezogen worden sind, die Gründung einer sog. Kleinen Freihandelsszone. Am 4. Januar 1959 unterzeichneten Großbritannien, die drei skandinavischen Länder, Österreich, die Schweiz und Portugal in Stockholm den Vertrag über die European Free Trade Association. Aufgabe dieser Institution ist der Brückenschlag auf eine gemeinsame westeuropäische Wirtschaft hin und die Errichtung eines gemeinsamen Binnenmarktes, um gegenüber der EWG nicht allzu sehr ins Hintertreffen zu geraten. Im Gegensatz zur EWG behalten allerdings die EFTA-Länder ihre eigenen Außen-

zölle dritten Ländern gegenüber bei. Wirtschaftlich konnte sich die EFTA nicht so gut wie die EWG entwickeln. Dies zeigt schon die verhältnismäßig geringe Steigerung des monatlichen Durchschnittsexportes von 1417 Mill. Dollar 1959 auf nur 1463 Mill. Dollar im dritten Quartal 1960 an (4).

Seitdem es nun klar geworden ist, daß die Kleine Freihandelszone als Instrument zur Aufwertung der eigenen Position gegenüber der EWG versagt hat, mehren sich die Stimmen, vor allem in England und Dänemark, die auf Verhandlungen der eigenen Regierung mit den Ländern des Gemeinsamen Marktes drängen.

Die EWG — ein Ausweg aus Großbritanniens wirtschaftlicher Misere?

Ein naheliegender Grund für die verhältnismäßig große Bereitschaft der britischen Öffentlichkeit, einen Beitritt zum Gemeinsamen Markt zu erwägen, ist die augenblickliche schlechte wirtschaftliche Lage des Inselreiches (5). Am auffälligsten ist die anscheinend chronisch negative britische Zahlungsbilanz. Man rechnet für 1961 mit einem passiven Saldo von 200 Mill. Pfund Sterling. Im Vorjahr waren es 344 Mill. Demgegenüber standen 1956 ein Aktivsaldo von 81 Mill. und 1957 von 164 Mill. Pfund Sterling (6). Das seitdem bestehende Devisenloch wird sich nur nach einer gründlichen Rationalisierung der britischen Industrie schließen lassen, wenn es nicht gar einer Modernisierung der gesamten Wirtschaft bedarf. Preismäßig lagen die britischen Exporte 1960 im Vergleich zu 1953 = 100 auf 110; zur gleichen Zeit die der USA auf 108, die der Bundesrepublik auf 101, die Frankreichs und Japans auf 94. Und in der Ausfuhr lag England mit 129 (wieder im Vergleich zu 1953 = 100) hinter den USA mit 135, Frankreich mit 195, Bundesrepublik mit 267 und Japan mit 345 (6a). Eine großzügige Investitionspolitik hat die Regierung mit einem Diskontsatz von 6% sehr erschwert. Dafür wurde so eine Menge „heißes Geld" angezogen.

Das Erstaunliche an der Lage der britischen Wirtschaft ist, daß diese so schlecht ist trotz der hohen Kredite, die England nach dem Kriege gewährt worden sind. Von 1949 bis 1960 hat Großbritannien von den USA 8668 Mill. Dollar erhalten, davon nur 1000 Mill. für Militärhilfe. Alle übrigen europäischen Länder erhielten in diesem Zeitraum zusammen 43 135 Mill. Dollar, davon 28 305 Mill. für Wirtschaftshilfe. An diesem Rest hatte Frankreich den Löwenanteil mit 4242 Mill. Dollar für Militär -und 5180 Mill. Dollar für Wirtschaftshilfe (7). In den 50er Jahren konnte England auch noch über die Dollarreserven verfügen, die die Kolonien damals in London deponiert hatten.

Trotz der Devisenkrise werden von der britischen Wirtschaft zur Zeit etwa 300 Mill. Pfund jährlich im Ausland investiert, unter bloßer Berücksichtigung des Profitgesichtspunktes. (8)

Hinzu kommt die Krise in den sogenannten „unsichtbaren Exporten", (9) aus denen Großbritannien jährlich etwa 200 Mill. Pfund an Devisen einnahm. Vor zehn Jahren betrugen die Einnahmen sogar 400 Mill. Pfund. 1960 war mit 22 Mill. Pfund der niedrigste Stand seit 1947 erreicht, und für das laufende Jahr besteht die Gefahr, daß gar keine Einnahmen erzielt werden. (10)

Die „Kleinen Mittel", mit denen die konservative Regierung der Krise Herr zu werden versuchte und die nicht einmal von der britischen Industrie günstig beurteilt werden (11), werden wegen der auffälligen einseitigen Begünstigung der Besitzenden die ohnehin schon wahrnehmbare Gegnerschaft der Gewerkschaften noch mehr steigern. Die Steuern wurden allgemein erhöht. Trotz einer Steigerung der Dividenden (12) und dem damit verbundenen Wertzuwachs der Papiere wurde eine Versteuerung dieser Kapitalgewinne abgelehnt. Miet- und Pachtzinsen stiegen von 1951 bis 1959 um das zweieinhalbfache. 1959 betrug das Aufkommen aus

Erbschafts-, Profit- und Großverdienststeuern 639 Mill. Pfund und lag nur um 59 Mill. Pfund höher als 1951. In der gleichen Zeit wurden die Beiträge zu den staatlichen Versicherungen verdoppelt und betrugen 1959 898 Mill. Pfund Sterling. (13) Zu allem Übel hat Schatzkanzler Selwyn Lloyd vor den Parlamentsferien auch noch einen allgemeinen Lohnstop verkündet. So gesehen, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die ganze Diskussion um den Gemeinsamen Markt für die englische Regierung ein willkommenes Ablenkungsmanöver ist.

Die Konservativen und der amerikanische Druck

Ein Anschluß Großbritanniens an den Gemeinsamen Markt würde einen erheblichen Knick der bisherigen geschichtlichen Entwicklung bedeuten, wenn nicht deren Ende. Die britische Regierung findet deshalb auch ein Großteil der Opposition gegen eine engere Bindung an Europa in den Reihen ihrer eigenen konservativen Partei. Zwar gab es auch schon sehr pro-kontinentale Stimmungen in England, vor allem zu Notzeiten (14). Sie können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß jede Annäherung an den Kontinent Grundsätze des britischen Selbstverständnisses berührt. Sir Derek Walker-Smith, ein angesehener Staatsrechtler, hat im Unterhaus folgendes dazu ausgeführt (15):

> „Souveränität gelangte spät zu den meisten der Nationen der Sechs (EWG-Staaten). Sie waren Teil des Heiligen Römischen Reiches, jener physischen Verkörperung des Naturrechts, die der Formalisierung der modernen Lehre von der Souveränität voranging. Unsere nationale Souveränität ist dieser Lehre nicht gefolgt; sie ging ihr voran. Wir praktizierten nationale Souveränität und entwickelten unsere parlamentarischen Institutionen und unser Allgemeines Recht, als andere auf Europa blickten. Die Souveränität des Parlamentes und die Herrschaft des Gesetzes sind für uns die Doppelsäulen unserer Verfassung und unserer Art zu leben. Bei den Sechs ist das Parlament weniger tief in ihr Bewußtsein eingedrungen, und vielleicht war die Institution generell weniger hoch geachtet als bei uns. Wir entwickelten unser Allgemeines Recht. Sie bevorzugten im allgemeinen die Annahme des Römischen Rechts.
>
> Die Sechs teilen ihre Ansichten von der Verfassung und ihre Praktiken miteinander, aber nicht mit uns. Ihre Entwicklung ist kontinental und kollektiv gewesen, unsere insular und auf das Imperium gerichtet. Deshalb wäre für sie die politische Union eine Wiedervereinigung und Wiederentdeckung, während sie für uns Abschied und Trennung sein würde."

Daß ein derartig großer Teil der öffentlichen Meinung und sogar die Regierung sich so verhältnismäßig leicht über die von Sir Derek geäußerten Empfindungen und Erkenntnisse hinwegsetzen, wird von der Opposition u. a. amerikanischem Druck zugeschrieben. Man hat hierin einschlägige Erfahrung. Mr. Macmillan hat schon 1943 die Engländer „die Griechen in diesem amerikanischen Imperium" genannt. (16) Das letzte Mal wurde derartiger Druck allen erkennbar im Jahre 1946 auf die Engländer ausgeübt. Jennie Lee, die Witwe Aneurin Bevans, erinnerte sich im Unterhaus sehr wohl an jene Zeit (16a). Damals hörten die amerikanischen Kriegsanleihen ziemlich abrupt auf, obwohl sie von der englischen Wirtschaft zur Umstellung ihrer Industrie noch bitter benötigt wurden. Statt dessen wurde der damaligen Labour-Regierung eine 900-Mill.-Pfund-Nachkriegsanleihe angeboten. Dafür mußten die Engländer aber dem internationalen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) beitreten. Und die Bestimmungen von GATT haben später einem Ausbau der Zollpräferenzen und des Handels zwischen Großbritannien und den übrigen Commonwealth-Ländern im Wege gestanden. „Wir

wurden mit unseren Vorkriegs-Handelsvereinbarungen eingefroren", klagte der konservative Abgeordnete Robin Turton. (17) Der Verdacht, daß die britische Regierung unter Druck gesetzt worden sei, wurde durch die gerade jetzt vom Internationalen Währungsfonds gewährte 716-Mill.-Pfund-Anleihe hervorgerufen. Diejenigen, die die Engländer gerne als Mitglied der EWG sehen würden, begründen ihre Haltung vor allem mit der Notwendigkeit, daß ein Gegengewicht gegen Deutschland geschaffen werden müsse. Schon am 10. Juli veröffentlichte die „Times" einen Bericht ihres Washingtoner Korrespondenten, in dem dieser u. a. schreibt: „Britannien, so glaubt man, würde dem Gemeinsamen Markt einen größeren Zusammenhalt geben, insbesondere gegen die Zentrifugalkräfte, die, wie man glaubt, in einem Nach-Adenauer-Deutschland offenbar werden könnten." (18)

Und Lord Brand sagte im Oberhaus: „Ich glaube, daß uns die Zukunft zeigen wird, daß es notwendig ist, dem Gemeinsamen Markt beizutreten. Zum einen, obgleich dies ein komisches Argument zu sein scheint, würde es die Deutschen daran hindern, sich Rußland anzuschließen, wann immer sie wollten. Möglicherweise würden die Deutschen, wären sie sich selbst überlassen, sich zu irgendeinem kritischen Moment der Geschichte den Russen anschließen. Und das wäre ein Desaster." (19)

Der luxemburgische Politiker Fernand Georges schreibt in der der SPD nahestehenden „Europa-Brücke" vom August: „Der auf dem Kontinent in nicht unerheblichem Maße gefährdeten Demokratie könnte der Beitritt des Vereinigten Königreiches zu den Sechser-Gemeinschaften neue Stärke und Sicherheit geben. Das in mancher Hinsicht unberechenbare Großmachtstreben des gaullistischen Frankreich würde neutralisiert, und die politische Orientierung Deutschlands in den kommenden Jahrzehnten würde weniger unsicher erscheinen, als dies zur Zeit immer noch der Fall ist." Seine Sorge vor den Deutschen äußerte, wenn auch in eine andere Richtung zielend, der amerikanische Senator Fulbright kürzlich in London: (20) „Ich meine, daß der Gemeinsame Markt eine schon ganz gut gehende Sache ist, und glaube, daß der Beitritt Großbritanniens besonders notwendig ist, um dieser Organisation der europäischen Länder auf lange Sicht das Gleichgewicht zu geben. Wie ich heute morgen sagte (auf der Konferenz der Commonwealth-Parlamentarier, G. L.), habe ich große Bedenken gegenüber diesem Gemeinsamen Markt, der sich unter der Führung der Deutschen entwickelt. Ich habe großen Respekt vor dem Können der Deutschen in der Wirtschaft und auf vielen anderen Gebieten. Aber politisch? Ich meine, daß sie ihre Eignung für eine Führungsrolle noch zu beweisen haben. Und deshalb meine ich, daß der Beitritt der Briten, die dies schon seit vielen Jahren bewiesen haben, und ihr Einfluß auf den gemeinsamen Markt notwendig sind, wenn dieser sich in einer Richtung entwickeln soll, der auf lange Sicht der freien Welt zum Wohle gereicht."

Clive Jenkins, Generalsekretär der Angestelltengewerkschaft, äußerte auf dem Labour-Parteitag in Blackpool den Verdacht, daß es den Amerikanern darum gehen könnte, England von seinen Märkten im Commonwealth zu verdrängen, um diese dann selber zu übernehmen. Umgekehrt prophezeite der kanadische Handelsminister George Hees das Auftreten starker protektionistischer Strömungen in den USA für den Fall, daß Brüssel den Engländern nach ihrer Auf-
ihr Einfluß auf den gemeinsamen Markt notwendig sind, wenn dieser sich in einer Richtung entwickeln soll, der auf lange Sicht der freien Welt zum Wohle gereicht."

Wenn die oben erwähnten Voraussetzungen zutreffen, dann muß den Engländern daran gelegen sein, günstige Bedingungen für den Beitritt auszuhandeln. Mißtrauisch äußerte sich Denis Healey, Schatten-Außenminister der Labour

Party: „Es gibt Anzeichen dafür, daß Macmillan schon seine Pläne für Rüstungskontrolle in Europa fallengelassen hat, um so etwa Adenauers Unterstützung in den EWG-Verhandlungen zu gewinnen, und daß er de Gaulle durch Angebote beschwichtigen wird, ihm beim Aufbau der französischen Atom-Streitkräfte zu helfen." (22)

Der Zeitpunkt für die Aufnahme von Verhandlungen war von den Engländern gut gewählt. Lordsiegelbewahrer Heath gab vor dem Unterhaus folgende Gründe hierfür an: (23) 1. Die mögliche Teilnahme und Berücksichtigung bei den Beratungen über eine gemeinsame europäische Landwirtschaftspolitik. 2. Die geplante Diskussion über den Status der überseeischen Gebiete. (Hier ist England daran interessiert, für das Commonwealth einen ähnlichen Status wie die Communauté zu erzielen). 3. Der Beginn der Verhandlungen über eine gemeinsame Sozialpolitik der EWG-Länder. 4. Die Errichtung eines Apparates zur gegenseitigen politischen Konsultation.

Auch die Gespräche über die Errichtung eines gemeinsamen westeuropäischen Währungspools (24) dürften mitbestimmend für die Zeitwahl gewesen sein. Außer all den erwähnten Gründen kam den Briten die Berlin-Krise sicher sehr zupaß. Jetzt können sie gewiß ein Höchstmaß an Zugeständnissen von den Sechs erwarten. Macmillan erwähnte denn auch im Unterhaus eine alte Fabel von der Rivalität zwischen Sonne und Wind: wann man wohl eher den Mantel ablege: „Da der Ostwind weht, tendiere die Nation dazu, sich unter einen gemeinsamen Umhang der Einigkeit zu fügen." (25)

Englands Beitritt zur EWG und das Commonwealth (26)

Das Commonwealth wurde 1931 mit dem Statut von Westminster gegründet. Es stellt eine Art Nachfolgeorganisation für das britische Empire dar. Die unabhängig gewordenen Kolonien haben die Möglichkeit, sich um eine Aufnahme in die britische Völkerfamilie zu bewerben, wo sie dann als gleichberechtigtes Mitglied gewisse Vorteile genießen. Es ist sicherlich zuviel gesagt, wollte man zu diesen eine Art Fürsorgepflicht seitens der Briten rechnen. Jedoch ist ein wichtiger Vorteil der der erweiterten Freizügigkeit innerhalb dieser Staaten, besonders das — keineswegs auf Gegenseitigkeit — beruhende Recht aller „britischen Subjekte", nach England einzureisen und sich dort niederzulassen. Alle Staaten erkennen die britische Krone als Hoheitsträger an, die meisten als Staatsoberhaupt, die Republiken als Symbol des Commonwealth. Die politische Bedeutung dieser Völkergemeinschaft liegt darin, daß sie die einzige funktionierende vielrassige Weltorganisation mit einer einheitlichen (wenn auch nur Verwaltungs-) Sprache ist.

1932 wurde in Ottawa eine verstärkte Handelsbindung zwischen England und den überseeischen Commonwealth-Ländern vereinbart. Noch heute sind die meisten Commonwealth-Importe Englands auf Grund des damals entwickelten Systems von Schutzzöllen und Zollpräferenzen zollfrei und haben daher einen beträchtlichen Marktvorsprung. Aber auch hier ist nicht immer Gegenseitigkeit gegeben. Ghana, Nigeria, Kenia, Uganda, Tanganjika und Aden gewähren den Briten gar keine, andere wie Indien, Pakistan, Südafrika (durch allgemeine Übergangsgesetze und -vereinbarungen hat sich bisher de facto nur wenig geändert, seitdem es ausgeschieden ist), Malaya, Singapur und Borneo kaum Zollvergünstigungen. Daher hat England im Schnitt nur einen Zollvorsprung von 5 % im Commonwealth. Wenn trotzdem 42 % des britischen Gesamtexports und 38,5 % seiner Importe mit dem Commonwealth getätigt werden, so liegt das an den verhältnismäßig sicheren Märkten, die man sich gegenseitig geschaffen hat. Bei dem bisher 18 Prozent betragenden Handel mit den EWG-Ländern müßte England

seine Exporte um jeweils 20% steigern, will es einen nur 5%igen Verlust auf seinen Absatzmärkten im Commonwealth und auf den EFTA-Märkten ausgleichen.

Mitte September dieses Jahres trafen sich in Accra die Finanzminister der Commonwealth-Länder. Einmütig sahen sie den britischen Markt für ihre Rohprodukte oder Nahrungsmittel gefährdet und erklärten sich alle gegen einen Beitritt Großbritanniens zur EWG. Colin L e g u m sinnierte daraufhin in dem im allgemeinen EWG-freundlichen „Observer": „Man fragt sich verwundert, ob das Parlament die Verhandlungen gutgeheißen hätte, wenn diese Auffassung von Mr. Macmillan vorgetragen worden wäre, als er seine Vorschläge machte, sich um die Mitgliedschaft zu bewerben." (27)

Augenblicklich befindet sich England gegenüber den Commonwealth-Ländern in einer Vertrauenskrise. Die Art, wie sich die britische Regierung über die vorgetragenen Bedenken, namentlich von Neuseeland, Australien und Kanada, hinweggesetzt hat, hat anscheinend ernüchternd auf diese Länder gewirkt. Das schlägt sich bis jetzt noch nicht in Zahlen nieder. Im Falle eines Scheiterns der EWG-Verhandlungen wird sich aber das alte Verhältnis zu diesen Ländern kaum wiederherstellen lassen. Heute bemüht sich Neuseeland schon um bessere Verbindungen zu den USA, Australien versucht mit Japan und Kanada mit China ins Geschäft zu kommen. Die jüngeren Länder der britischen Völkerfamilie bangen um ihre Wirtschaftshilfe und die Privatinvestionen. Zu letzteren wird die britische Wirtschaft auch nach ihrer Erholung kaum in der Lage sein, falls sie in den Gemeinsamen Markt aufgenommen worden ist. Sie wird nicht hier u n d in Übersee investieren können. (28)

D e r S t e r l i n g - B l o c k

Das Pfund Sterling finanziert heute 40% des Welthandels. (28 a). Die einst während der Weltwirtschaftskrise geschaffene Währungsgemeinschaft hat sich also noch eine recht respektable Bedeutung erhalten. Damals, 1931, mußte Großbritannien den Goldstandard aufgeben und das Pfund abwerten. Auf Grund einer Reihe von bilateralen Vereinbarungen wurde die Londoner City, in der ohnehin die Währungsreserven der meisten Commonwealth-Länder lagen, zu einer Art „Clearing-Zentrum". (29) Dem Sterling-Block gehören außer Kanada alle Commonwealth-Länder, sowie Birma, Irland, Island, Jordanien, Lybien und die arabischen Protektorate am Persischen Golf an.

Bei den jüngeren Commonwealth-Ländern zeichnet sich ein gewisses Mißtrauen in den Sterling-Block ab, und sie ziehen es vielfach vor, ihre Devisenbestände selber zu verwalten, um „freiere Hand zu haben". Diese Tendenz dürfte verstärkt auftreten, sollte sich England der EWG, und damit deren Politik, noch mehr anschließen.

Für die A u s t r a l i e r ist England der größte Exportmarkt, der 1959/60 Waren im Werte von 245 australischen Pfund abgenommen hat, davon allein an Wolle für 76 Mill. austr. Pfund. Man sorgt sich jedoch weniger um den künftigen Absatz der Wolle als um den des Weizens (jährlich von England garantierte Abnahmequote 750 000 Tonnen) und des Zuckers, von dem 1960 für 16 Mill. austr. Pfund nach England verkauft worden sind. Auch befürchtet man im Falle eines EWG-Beitrittes erhebliche Erschwerungen im Absatz der bisher zollfrei, bzw. mit erheblichen Zollvergünstigungen eingeführten Produkte: Fleisch, Butter, Eier, Käse, Milchpulver, Honig etc. Gegebenenfalls muß sich Australien wirtschaftlich völlig umorientieren. Man denkt in Canberra auch an eine dann mögliche Aufhebung der Zollpräferenzen für britische Waren. (30)

18% des k a n a d i s c h e n Exports, oder 1.002 Mill. Dollar, gingen 1960 in den

EFTA-Raum, davon für 915 Mill. Dollar allein nach England. Nach den EWG-Ländern gingen nur 8 % = 432 Mill. Dollar. 97 % der kanadischen Importe wurden von Großbritannien zollfrei eingeführt. Man rechnet in Ottawa damit, daß auch in Zukunft Nickel, Kupfer und Eisen zollfrei von Großbritannien eingeführt werden. (Wert des Jahresexportes 1960: etwa 218 Mill. Dollar). Allerdings wird sich der Absatz von Weizen im Falle eines EWG-Beitritts Englands kaum in gleicher Höhe halten lassen (1960: 300 Mill. Dollar). (31) Im Augenblick tritt die konservative kanadische Regierung mit Rücksicht auf den Wahlkampf etwas kurz, um nicht ihren Ruf als „Commonwealth-freundlich" zu gefährden. (Der Gegensatz dazu ist die „U.S.-Freundlichkeit" der Liberalen).

Zweifellos am härtesten würde Neuseeland von einer Beschränkung seines englischen Marktes getroffen werden. 1959 gingen 57 % seines Gesamtexportes nach Großbritannien. Von den an insgesamt 20 Länder gelieferten 154 800 Tonnen Butter gingen allein 142 700 Tonnen nach England, des weiteren 73 000 von 79 000 Tonnen Käse und 307 000 von 344 000 Tonnen Hammelfleisch. Hier in Neuseeland findet man deshalb auch die härteste Kritik an den Anschlußmanövern der Engländer. (32) Andererseits erwägt man, sich mit der EWG zu assoziieren. (33) Premierminister Holyoake's Ersuchen an die USA um Hilfe (34) ist die bisher am weitesten gehende Reaktion aus dem Commonwealth.

Die afrikanischen Staaten stehen einem britischen Beitritt sehr mißtrauisch gegenüber. Man sieht darin ein „neues Zusammenrotten" (Times) der europäischen Mächte, das sich unmittelbar in einem stärkeren Druck der Industriestaaten auf die Rohstoffpreise niederschlagen könnte. Man befürchtet überdies, daß die eigene Industrialisierung gebremst werden könnte. Dazu kommt die wenig erfreuliche Aussicht einer engeren Zusammenarbeit Großbritanniens mit Frankreich, Belgien und Portugal. Für die bereits mit der EWG assoziierten Gebiete des ehemals französischen Afrikas kann das Eindringen der englisch-sprachigen Gebiete eine Einbuße an „Entwicklungshilfe" bedeuten. (Natürlich handelt es sich nicht um eine wirkliche Entwicklungshilfe; denn die Assoziation an die EWG wird vorausgesetzt. Guinea bekommt deshalb nichts aus dem EWG-Topf). Würde England beitreten, wäre sein mutmaßlicher Anteil an den Einzahlungen in den Entwicklungshilfe-Topf etwa 30 %, seinem Bevölkerungsanteil entsprechend. Die mit eingebrachten afrikanischen Gebiete würden jedoch bevölkerungsmäßig 60 % aller dann assoziierten afrikanischen Staaten ausmachen. Dementsprechend müßten die französisch sprechenden Gebiete eine Kürzung der ihnen gewährten Mittel um 50 % hinnehmen. Vorteile wirtschaftlicher Natur könnten sich für die Afrikaner aus der verhältnismäßig leicht herzustellenden Öffnung aller westeuropäischen Märkte für ihre tropischen Produkte und Rohstoffe ergeben. (35)

Für die westindischen Inseln wäre das Commonwealth-Zuckerabkommen gefährdet und damit die politische Ordnung. Hier ist eventuell eine rechtsextreme Neger-Revolution zu befürchten. Und sogar aus Ulster melden die dordirischen Konservativen ihre Bedenken an. Sie fürchten um den Profit, den sie aus der Spaltung ihres Landes ziehen (die Stützpunktzahlungen aus England) und um ihr Prestige, würde doch immer die irische Republik als das echte Irland anerkannt werden. (36)

So sieht sich die britische Regierung einer Fülle von Argumenten überall aus dem Commonwealth gegenüber, die vor einem Beitritt zum Gemeinsamen Markt warnen. Dies wird sich innenpolitisch noch in einer großangelegten Kampagne zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung niederschlagen. Man hört, daß Lord Beaverbrook persönlich die Leitung derselben übernommen habe.

Anmerkungen

1) Neue Zürcher Zeitung, 6. 9. 61.

2) Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wollte der Verf. umfangreiche statistische Angaben machen.

3) Zahlen: Börsen- und Wirtschaftshandbuch (FAZ), 98. Jahrg., S. 207 f..

4) Börsen- und Wirtschaftshandbuch, aaO., S. 222 f.

5) Zur britischen Wirtschaftslage werden die „Blätter" in ihrer Dezember-Ausgabe einen Aufsatz von Julius Silverman, M. P. bringen. Diesem soll hier nicht vorgegriffen werden.

6) Zahlen: Neue Zürcher Zeitung, 3. 9. 61.

7) „Times", 13. 6. 61.

8) Michael Barrat Brown und John Hughes, Britain's Crisis and The Common Market, Verlag New Left Review, London 1961, S. 8.

9) Unsichtbare Exporte sind die Einnahmen aus Transaktionen der Regierung, Gewinne aus der Schiffahrt, Zins- und Dividendenerträge aus im Ausland investierten Kapital, Fremdenverkehr und den sog. Finanzdiensten der Londoner City.

10) „Times", 12. 6. 61.

11) Die Neue Zürcher Zeitung vom 14. 10. 61. berichtet über Erhebungen der Federation of Britisch Industries (FBI), nach denen 44 % der befragten Firmen eine sehr zurückhaltende Meinung gegenüber dem Gemeinsamen Markt haben. Vor vier Monaten waren es nur 11 %. Die Auftragsbestände sind zurückgegangen und damit die Investitionen.

12) Die „Times" berichtete am 15. 9. 61 von einer Steigerung von 5 auf 7 %.

13) Barratt Brown und Hughes, aaO. S. 3.

14) Während des Krieges bot Winston Churchill den Franzosen die gemeinsame Staatsbürgerschaft an. (A. Woodburn, M. P. in Hansard, House of Commons, Vol. 645, Sp. 1515).

15) Hansard, aaO., Sp. 1511.

16) S. „NATO or Neutrality", Young Fabian Publication, London 1961, S. 3.

16 a) Hansard, aaO., Sp. 1548; s. hierzu auch William Blyton, Hansard, aaO., Sp. 1531; Harold Wilson, Hansard, aaO., Sp. 1670; R. H. Turton, Hansard, aaO., Sp. 1702.

17) R. H. Turton, aaO.

18) „Times", 10. 7. 61., s. hierzu auch „Die Welt", 4. 5. 61.

19) Lord Brand, Hansard, House of Lords, Vol. 234, Sp. 148.

20) Senator Fulbright in einem BBC-Interview in London am 30. 9. 61.

21) „Times", 14. 9. 61.

22) Denis Healey im „Observer", 28. 5. 61.

23) Hansard, House of Commons, aaO., Sp. 1687.

24) s. Neue Zürcher Zeitung, 27. 8. 61.

25) Hansard, aaO., Sp. 1492.

26) Als ausführliche Literatur über die wirtschaftlichen Aspekte sei Iwas Schröder-Brzosniowsky, Das Commonwealth und die europäische Integration, empfohlen. In WWI-Mitteilungen, XIV. Jahrg., S. 173 ff.

27) „Observer", 17. 9. 61.

28) s. „Times", 12. 9. 61.

28 a) Lord Chandos, Hansard, House of Lords, aaO., Sp. 249.

29) s. hierzu Schröder-Brzosniowsky, aaO., S. 176.

30) Neue Zürcher Zeitung. 22. 8. 61.

31) „Times", 6. 7. 61.

32) s. u. a. Mr. Nash's und Mr. Holyoakes Warnungen, „Times", 26. 5. 61.

33) „Times", aaO.

34) „Times", 31. 5. 61.

35) Die EWG-Kommission hat schon vorgeschlagen, bis 1965 den Einfuhrzoll für Waren aus den assoziierten Gebieten ganz fallen zu lassen. Auch wird eine generelle Aufhebung der Kontingentierung und Monopolsysteme für die Einfuhr tropischer Erzeugnisse erwartet. Neue Zürcher Zeitung, 14. 9. 61.

36) „Tribune", 25. 8. 61.

(II. Teil folgt)

Wolfgang Baranowsky

Strafrechtsreform und Todesstrafe

Zu Fritz Bauers Gedanken über ein fortschrittliches Strafrecht

Über allen Gesetzen, über dem Staat mit seinen provisorischen Interessen steht der nach dem Kompaß des Gewissens handelnde Mensch. Weg mit den Gesetzen, die dem Menschen nicht gestatten, sich als Mensch zu gebärden! Der Mensch, nicht der Staat, ist das Maß aller Dinge. Silvio Gesell.

Bei Beginn der Legislaturperiode des vierten westdeutschen Bundestages bietet sich eine Untersuchung über die Situation und die Entwicklung des Strafrechts in der Bundesrepublik an, dessen Erneuerungsbedürftigkeit von keiner Seite in Frage gestellt wird. Das heutige Strafgesetzbuch (StGB) ist nämlich aus dem Preußischen Strafgesetzbuch von 1851 hervorgegangen und bereits seit 1871 in Kraft. Nun ist es ohnehin das Schicksal des kodifizierten Rechts, hinter den Erscheinungen des wirklichen Lebens herzuhinken. Die Reform des Kriminalrechts im westdeutschen Teilstaat ist nach einem turbulenten Jahrhundert staatsrechtlicher und gesellschaftlicher Wandlungen jedoch dringlicher als in anderen Geschichtsperioden.

Die Überfälligkeit der Änderung geltender Rechtsnormen — wenn schon nicht im progressiven Sinne, so doch wenigstens als Wiederanpassung an längst vollzogene gesellschaftliche Umschichtungen — war selbst der von Natur konservativen Regierung Adenauer erkennbar. Im verflossenen Jahrdutzend ihres Wirkens war periodisch immer wieder von einer „Großen Strafrechtsreform" die Rede; der augenblicklich noch amtierende Justizminister Schäffer stellte sie letztmalig für Anfang 1959 in Aussicht. Alsbald reduzierte der jeweilige Bonner Sachwalter der Justiz die Ankündigung auf den Termin einer „Kleinen Strafrechtsreform" — so auch Fritz Schäffer. Aber selbst die Ansätze dazu versandeten alsbald wieder, da sich die religiösen und weltanschaulichen Ansichten nicht einmal innerhalb der Regierungspartei auf einen Nenner bringen ließen, wenn die kriminalpolitischen Maximen von 1851 den strafrechtlichen Erfordernissen der Gegenwart auch nur entfernt angeglichen werden sollen.

Die Chance einer Vervollständigung und Modernisierung des Strafrechts ist also auch vom dritten westdeutschen Bundestag nicht genutzt worden. Die Strafrechtskommission mit dem Übergewicht christlich-demokratischer Mitglieder war nicht in der Lage, sich von der metaphysischen Geisteshaltung des philosophischen Idealismus radikal zu trennen — und wen wundert das! Daher war es der Kommission aber auch nicht möglich, sich auf den materiellen Boden realistischer Tatsachen zu stellen und etwas anderes zu tun, als an unserem überalterten Strafrecht herumzubosseln, einiges zu verbessern, manches zu verbösern, in der Hauptsache jedoch alles beim alten zu lassen.

Eine Reform setzt natürlich fortschrittliche Geister voraus, derer wir zur Änderung des westdeutschen Kriminalrechts ganz besonders bedurft hätten. Mit einer Reform ist es nämlich im Grunde nicht mehr getan: Wir brauchten eine Revolution unserer Rechtsordnung. Das wird manchen Menschen lieblich eingehen, die ohnehin eine Revolutionierung auch unserer gesellschaftlichen Zustände gutheißen. Aber das ist hier nicht gemeint; das wäre etwas Weitergehendes, dessen Für und Wider in unserer Betrachtung außer acht gelassen werden kann. Die Revolution der Rechtsordnung steht nämlich fast nur noch bei uns aus, wo man sich von der Philosophie Kants und Hegels weder gelöst hat, noch bei ihr stehengeblieben ist, so daß unsere Rechts-„Ordnung" ein Widerspruch in sich selbst, nämlich ein heilloser Wirrwarr divergierender Prinzipien ist. Viel wäre erreicht, wenn unser Strafrecht erst einmal unser heutiges gesellschaftliches

Bewußtsein einholte und auf das Ziel einer humanen Resozialisierung ausgerichtet würde.

„Welt und Menschen werden nicht besser, indem wir sie am Schreibtisch idealistisch interpretieren, sondern indem wir sie im Schweiße unseres Angesichts verändern", schreibt der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer in seinem Werk „Das Verbrechen und die Gesellschaft" (Ernst-Reinhardt-Verlag, München und Basel); „eine idealistische Gerechtigkeit gibt und nimmt einem jeden das gleiche, weil ihr die Menschen von vornherein gleich sind. Sie ist ‚ausgleichend', etwa nach dem Satz ‚Aug um Auge, Zahn um Zahn', während die realistische Gerechtigkeit ‚verteilt', weil sie die Ungleichheit der Menschen kennt und die Quelle des Rechts nicht in der Vernunft, sondern in der Sorge für den Nächsten erblickt."

Dem Justizpraktiker Fritz Bauer geht es um den Erfolg der juristischen Maßnahmen; das Recht hat für ihn keinen „Wert an sich". Bauer möchte, daß die Kriminalität zurückgeht; auf die Durchsetzung einer imaginären Gerechtigkeit ist er weniger erpicht. Dieser bedeutende Strafrechtler ist darum vorurteilslos genug, wohlwollend den englischen Philosophen Bertrand Russell zu zitieren, der mit erfrischender Unverfrorenheit einmal gesagt hat: „Wenn Verbrechen leichter zu verhindern wären durch Lohn statt durch Strafe für die Verbrecher, dann wäre ich dafür, sie zu belohnen."

Es gibt kein „absolutes Recht". Im Laufe der Menschheitsgeschichte wurden Verhaltensweisen als Verbrechen verfolgt, die wir heute dulden. Dafür stehen gegenwärtig Tatbestände unter Strafe, die früher nicht geahndet wurden. Außerdem variiert die Rechtstradition nach Kulturkreisen. Es ist z. B. nie gelungen, einen Katalog von Taten aufzustellen, die bei allen Völkern und in allen Epochen als Verbrechen galten. Die deutsche Rechtsprechung steht bis heute unter dem Einfluß der idealistischen Philosophie. Auch der Volksmund setzt noch immer „idealistisch" mit „edel" gleich, „materialistisch" dagegen mit „schäbig" und „gemein". Dabei hat erst der Materialismus eine realistische Einschätzung und Anwendung des Rechts ermöglicht, indem er die Relativität des Rechts erkannte. Damit legte er das Fundament zu einer humanen und dabei zugleich einzig nützlichen Justiz.

Kant meint: „Wenn die Gerechtigkeit untergeht, hat es keinen Wert mehr, daß Menschen auf Erden leben." Diese idealistische Annahme einer vom Menschen unabhängigen Gerechtigkeit ist reine Metaphysik; eine auf solcher Fiktion fußende Rechtsnorm ist letztlich ungerecht. Wenn der Richter nämlich von einem idealistischen Rechtsbegriff auszugehen hat („Gleiches Recht für alle"!), statt vom Standpunkt der Humanität oder dem des gesellschaftlichen Nutzens, dann muß er z. B. einen Diebstahl allemal nach dem gleichen Strafkatalog vergelten, gleichgültig, ob der Täter arm oder reich ist. Diese Pseudo-Gerechtigkeit geißelte schon Anatole France mit dem ätzenden Satz: „Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet dem Reichen wie dem Armen, unter Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen."

Und der Anwalt der Menschlichkeit Fritz Bauer (a. a. O.) zieht die praktische Konsequenz: „Kriminalrecht ist Kriminalpolitik, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Erziehungspolitik. Es steht der Bekämpfung der Seuchen oder der Regelung des Gas- und Wasserwesens näher als dem, was gemeinhin als Ethik und Moral bezeichnet wird. Strafrechtspflege heißt nicht, das Richtschwert Gottes auf Erden zu führen."

Die Handlungsweise des Menschen ist nicht nur durch seine soziale Lage determiniert. Physische und psychische Gesundheit, ererbte Eigenschaften, der Charakter überhaupt, Familienverhältnisse, Zufriedenheit im Beruf, Erziehung und Bil-

dung, der ganze Lebenslauf, kurz: Veranlagung und Umwelteinflüsse müßten geprüft werden, wenn schon von „Schuld" gesprochen werden soll. Hegel aber bezeichnete als Sinn der Strafe „die Negation der Negation des Rechts"; das soll bedeuten, der Verbrecher habe „das Recht" verletzt und müsse nun zum Ausgleich seinerseits verletzt werden. Das geschah früher buchstäblich, indem einem Dieb die Hand abgehackt, einem Beleidiger die Zunge abgeschnitten wurde. Glücklicherweise gilt diese „idealistische" Praxis des Strafvollzuges inzwischen als überholt. Aber man hat sich einer realistischeren Einschätzung des Strafzweckes lediglich genähert; nach wie vor ist etwa der erzieherische Wert eines Zuchthausaufenhaltes rein illusionär.

Unfähig, wissenschaftliche und metaphysische Konsequenzen auf einen Nenner zu bringen, gibt das deutsche Strafrecht völlig unvereinbarlichen Rechtsprinzipien Raum:

1. Die Rechtsverletzung soll vergolten werden (also um des Rechts und sonst niemandes willen).

2. Der Rechtsverletzer soll zu Einsicht und Reue geführt werden (er soll „sühnen").

3. a: Der Täter soll vor einem Rückfall bewahrt werden (Spezialprävention). b: Potentielle Täter sollen abgeschreckt werden (Generalprävention).

Vergeltungs- und Sühnetheorie (Zf. 1 u. 2) sind erkennbare Überbleibsel der idealistischen Philosophie. Auf realistischen Überlegungen basieren dagegen die Zweckstrafen (Zf. 3). Human und gesellschaftspolitisch nützlich ist die resozialisierende Strafabsicht nach Zf. 3 a. Dagegen gründet sich die Abschreckungstheorie (Zf. 3 b) auf einen modernen A b e r g l a u b e n.

Dessen Verteidiger tun so, als hielte die Androhung von zwei Jahren Zuchthaus einen Tatentschlossenen eher von einem Verbrechen ab als die Aussicht, „nur" ein Jahr eingesperrt zu werden. Dabei wird doch gegen das Gesetz ausschließlich in der Hoffnung verstoßen, nicht gefaßt, also überhaupt nicht bestraft zu werden. Dem breiten Publikum sind die Straftaxen ja auch gar nicht bekannt. Außerdem macht der Gedanke an einen Gefängnisaufenthalt — gleich welcher Länge — lediglich den braven Bürger gruseln, nicht aber den Rückfalltäter. Übrigens verstößt die Generalprävention, obschon sie von deutschen Strafrichtern (z. B. bei drastischer Bekämpfung der Trunkenheit am Steuer) ausdrücklich angewandt wird, gegen unser Grundgesetz: Wegen einer zufälligen Häufung gleicher Delikte darf nicht ein beliebiger Täter zur Abschreckung anderer härter bestraft werden, als er normalerweise verdiente; andernfalls würde die vielgepriesene Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz zur Phrase.

Die skandinavischen Länder haben die Strafe längst aus der Rechtsprechung verbannt und an die Stelle des Strafrechts ein sozialpsychologisches Maßnahmerecht treten lassen. Dessen Ziel ist es, den Täter zu bessern und in die Gesellschaft wieder einzugliedern. Zweck der Maßnahme ist also nicht, daß der Sünder sühnt, sondern daß durch Bekämpfung der Verbrechensursache die Rückfallgefahr beseitigt wird. Voraussetzung für einen solchen Wandel im Strafvollzug ist freilich, daß die Juristen mehr sind als Paragraphenreiter, daß sie sich in Soziologie, Medizin, Psychologie und allen angrenzenden Wissenschaften auskennen. Unser Staunen über die human gesinnte, weltoffene Erscheinung einer Persönlichkeit vom Range Fritz Bauers, die doch den Gruseltitel „Generalstaatsanwalt" trägt, zeigt jedoch nur zu deutlich, wie weit wir in Deutschland noch vom Ideal des Richters entfernt sind, der mehr ist als der beamtete Racheengel des Staates.

Dr. Bauer schlägt folgerichtig auch eine Änderung der Verfahrenspraxis vor. Mit jedem Fall sollten sich zwei voneinander unabhängige Kammern befassen. Der einen hätte die Feststellung des Tatbestandes und der Täterschaft zu ob-

liegen, der anderen der Urteilsspruch. Diese zweite Kammer müßte sich also mit dem Persönlichkeitsbild des Delinquenten befassen und danach — nicht nach der Höhe seiner „Schuld"! — die am besten geeignete Maßnahme beschließen.

Völlig ungeeignet zur Resozialisierung des Kriminellen ist die Zuchthausstrafe — gerade wegen ihres (ursprünglich vom Gesetzgeber beabsichtigten) diffamierenden Charakters. Der hessische „General" befürwortet dagegen die bereits in der Praxis bewährte „offene Anstalt", die aber eben noch mehr als bisher der Leitung von Sozialpsychologen anvertraut und nicht einfach bloßen Aufsehern und trockenen Juristen unterstellt werden müßte. Daneben sollte das System der Heilanstalten ausgebaut werden, nachdem die Wissenschaft immer mehr pathologische Ursachen kriminellen Verhaltens entdeckt.

Gegen die Todesstrafe

Es bedarf fast keiner besonderen Erwähnung, daß ein Mann wie Fritz Bauer ein entschiedener Gegner der Todesstrafe ist. Da ihre Einführung jedoch immer wieder lauthals in der Bundesrepublik gefordert wird — teils von unwissenden Volksmassen, die durch Sensationsberichte der Boulevardpresse aufgeputscht werden; teils von reaktionären Politikern, an deren Spitze Dr. Adenauer selbst, wie auch Bundesjustizminister Fritz Schäffer —, scheint es angezeigt, das in Bauers Werk (a. a. .O., S. 212 ff.) der Todesstrafe gewidmete Kapitel hier wenigstens auszugsweise zu zitieren. Auf knapperem Raum lassen sich wohl kaum fundiertere oder an Zahl erdrückendere Argumente gegen den periodisch lancierten Ruf nach dem Henker zusammentragen:

„Die Todesstrafe ist dem Menschenopfer entwachsen. Viele Gebräuche, die sich bis auf den heutigen Tag erhalten haben, erinnern deutlich daran, z. B. die Henkersmahlzeiten, die noch im 18. Jahrhundert ein festliches Gepräge aufwiesen. Richter und Geistlichkeit, Henker und Verurteilter waren an den üppigen und stundenlangen Schmausereien beteiligt, während alle Viertelstunden die Armsünderglocke tönte. Der Zug zum Richtplatz war häufig eine geistliche Prozession und immer ein mit Sadismus gemischtes Volksfest.

‚Ohne Grausamkeit kein Fest, so lehrt es die älteste Geschichte der Menschheit, und auch an Strafen ist so viel Festliches', schrieb Nietzsche in der ‚Genealogie der Moral'. Was bis an die Grenze des 19. Jahrhunderts geschah, als die Hinrichtungen öffentlich vorgenommen wurden und selbst Schulkinder an ihr teilnahmen, sogar noch nach einer preußischen Kriminalordnung von 1805 an ihr teilnehmen mußten, können wir Wissenschaft und Kunst entnehmen.

Die Öffentlichkeit der Hinrichtungen wurde abgeschafft, worin sich deutlich das schlechte Gewissen der Anhänger der Todesstrafe spiegelt; der bewußte oder unbewußte Sadismus mindestens als gedankliche Perversion ist bei vielen Anhängern der Todesstrafe geblieben.

Die nazistische Theorie und Praxis, die mit zur Abschaffung der Todesstrafe in Deutschland beigetragen hat, ist ein deutliches Beispiel hierfür. Nach Hitlers ‚Mein Kampf' ‚werden die wilden Schößlinge brutal und rücksichtslos herausgeschnitten', ‚das Unkraut ausgejätet' und die Verbrecher ‚bei ihren langen Ohren genommen und zu einem langen Pfahl hin- und an einem Strick aufgezogen' usw. Rosenberg erklärte Liebe und Humanität für eine ‚zersetzende Lehre', die zur ‚größten Verheerung unseres gesamten Lebens geführt' habe. Juden werden mit Trichinen verglichen, die man nicht erziehen, sondern so schnell als tunlich unschädlich machen müsse. Für den ‚Juristen' Freisler ist das Strafrecht ‚nicht Verbandsplatz', sondern eine ‚dauernd arbeitende Selbstreinigungsapparatur'. Sogenannte Strafrechtslehrer predigten den ‚Mut zum Fehlschlag' (Justizirrtum, ‚Justizmord') und schrieben, der Vergeltungsgedanke sei ‚eine der tiefsten Welt-

weisheiten, ein unsterbliches, aus den elementaren Tiefen des unverkrüppelten deutschen Volksbewußtseins unmittelbar hervorquellendes Gerechtigkeitsprinzip'.

Entsprechend wurde auch gehandelt. Ein Landgerichtspräsident erklärte in einer Sitzungspause einem Richter, ohne daß er von dem Verhandlungsverlauf Kenntnis hatte: ‚Die Rübe muß runter, der Gauleiter erwartet das.' Zu einem zweiten Richter sagte er, ‚er hoffe, daß etwa ein Vierteldutzend Rüben herunter gingen'. Der Scharfrichter Johann Reichhart hat über die in den Jahren 1930—1945 von ihm durchgeführten Hinrichtungen ein Tagebuch geführt. Sie beliefen sich im Jahre 1930 auf 0, 1931 auf 1, 1932 auf 0, 1933 auf 5, 1934 auf 3, 1935 auf 9, 1936 auf 7, 1937 auf 9, 1938 auf 39, 1939 auf 71, 1940 auf 163, 1941 auf 221, 1942 auf 764, 1943 auf 876, 1944 auf 730 und 1945 auf 51. Ein einziger Scharfrichter führte demnach während des Krieges 2805 Hinrichtungen durch, wobei es sich ausschließlich um Todesurteile der ordentlichen Gerichte handelte. Der Scharfrichtergehilfe Klein hat von 1944 bis März 1945 gegen Bezahlung von 26 433 RM 931 Todesurteile vollstreckt. Reichhart und Klein waren zwei der drei aus alten Scharfrichterfamilien kommenden Henker, wozu ‚Parteihenker' hinzukamen, da — nach Reichhart — ‚die drei bisherigen den Anforderungen des Molochs Staat, der Ströme von Blut fließen ließ, nicht mehr gewachsen waren'.

Die Gesamtzahl der von ordentlichen Gerichten, Militär-, SS- und Polizeigerichten gefällten und vollstreckten Urteile ist unbekannt; teilweise betreffen sie Bagatellen wie die Unterschlagung eines Löffels im Wert von 75 Pfennig anläßlich einer Metallsammlung. Bei alldem sind die sog. ‚Sonderbehandlungen durch die Polizei', die ‚Vernichtungen durch Arbeit' und die anderen Millionenmorde in den KZs nicht berücksichtigt. Kennzeichnend ist, daß der Unrechtsstaat die Todesursachen nicht mehr mitteilte, welche nach einem international vereinbarten Schema auch die Hinrichtungen umfaßten, und daß die Kriminalstatistik der späteren Kriegszeit nicht mehr veröffentlicht wurde. Auf die angebliche Abschreckungswirkung der Todesstrafe hat man durch die offizielle Geheimniskrämerei weitgehend verzichtet; das Krankhafte der blutigen Praxis wird um so deutlicher.

Die nazistischen Hinrichtungen waren oft besonders grausam. Bei dem Massenbetrieb konnten die Exekutionen nicht mehr ordnungsgemäß durchgeführt werden, so daß bisweilen 18 Minuten vergingen, bis das Herz zu schlagen aufhörte. Aber auch die üblichen Hinrichtungen sind zwangsläufig barbarisch. Englands ‚Royal Commission on Capital Punishment 1949—1953' schildert die Einleitung nüchtern wie folgt: ‚Der Henker und sein Gehilfe betreten das Gefängnis am Nachmittag vor der Hinrichtung. Man macht sie mit Größe und Gewicht des Gefangenen vertraut, und man gibt ihnen Gelegenheit, ihn von einem Punkte zu beobachten, wo der Delinquent sie nicht sehen kann. Sobald der Delinquent einmal seine Zelle verlassen hat, probieren sie den Apparat, um ganz sicher zu sein, daß er arbeitet. Sie verwenden dazu einen Sack, der etwa das gleiche Gewicht wie der Gefangene hat. Eine Tabelle sagt ihnen, wie das Verhältnis zwischen dem Gewicht des Mannes und der Länge des Strickes ist. Abweichungen von den Maßen der Tabelle können mit Rücksicht auf die körperlichen Eigentümlichkeiten des Gefangenen erforderlich sein, also etwa Alter und Körperbau . . .' usw. usw. Vor der Hinrichtung durch den elektrischen Strom wird bisweilen ein bis zu 15 Pfund schweres Stück rohes Rindfleisch benötigt, um die Stärke des Stroms zu messen usw. usw.

Die Todesstrafe wurde im Laufe des letzten Jahrhunderts in einer wachsenden Zahl von Ländern abgeschafft, in Europa u. a. in Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, Holland, Belgien, Italien, Österreich und der Schweiz, in USA in den

Staaten Michigan, Minnesota, North Dakota, Wisconsin, Maine und Rhode Island.

Zur Verteidigung der Todesstrafe wird in erster Linie auf ihre abschreckende Wirkung verwiesen. Dieses Argument versagt psychologisch, da weder der im Affekt noch der mit Überlegung handelnde Täter im Tatzeitpunkt an das Gesetz denkt: der Affekttäter nicht, weil er überhaupt nichts denkt, der raffinierte Täter nicht, weil er eine Entdeckung ausgeschlossen zu haben glaubt. Dieses psychologische Faktum spiegelt sich auch in der statistischen Tatsache, daß die Abschaffung der Todesstrafe nirgends mit einer Zunahme der Verbrechen, häufig sogar mit ihrer Abnahme verbunden war.

Vor dem am 1. 1. 1942 in Kraft getretenen Schweizerischen Gesetzbuch kannten 10 Kantone die Todesstrafe, 15 Kantone nicht. Wesentliche Unterschiede in der Zahl der Tötungsdelikte konnten nicht festgestellt werden; namentlich ist auch kein Fall bekannt geworden, in dem ein Mörder seine Tätigkeit gerade deswegen in einen anderen Kanton verlegt hätte, weil dort die Todesstrafe abgeschafft war. Man lebte in Zürich (ohne Todesstrafe) so sicher wie in Luzern (mit Todesstrafe). Trotz der allgemeinen Abschaffung der Todesstrafe hat die Mordkriminalität seit 1942 abgenommen.

Einige Fälle aus der Geschichte des Strafrechts mögen die ‚abschreckende' Wirkung der Todesstrafe illustrieren. In England wurden lange Zeit Taschendiebe gehängt. Die meisten Taschendiebstähle wurden aber bei Hinrichtungen vorgenommen. Dies war einer der Gründe, warum England die öffentlichen Hinrichtungen abschaffte. 1877 wurde in Pennsylvania eine Mörderbande von zehn Tätern gleichzeitig gehängt. ‚New York Herald' prophezeite den heilsamen Erfolg der exemplarischen Lektion. ‚Wir sind sicher', hieß es im Leitartikel, ‚daß die erbarmungslose Strenge die Verworfensten von einer Nachahmung solcher Verbrechen abschreckt.' Am Tag nach der Hinrichtung wurden zwei Belastungszeugen und einige Tage später fünf der beteiligten Ankläger ermordet.

Zur Verteidigung der Todesstrafe wird auf die geringen Kosten einer Exekution hingewiesen, wogegen der zu einer langen Freiheitsstrafe verurteilte Täter der Allgemeinheit und dem Steuerzahler zur Last falle. Hier wird zunächst vergessen, daß der Verurteilte acht bis neun Stunden täglich arbeitet, so daß mindestens der Aufwand für Essen und Kleidung gedeckt ist. Die Kosten der Gefängnisverwaltung verteilen sich weitgehend auf die kleine und mittlere Kriminalität; sie liefen zum allergrößten Teil auch auf, wenn die wenigen Mörder zum Tode verurteilt würden. Wollte man wirklich den Versuch machen, das betriebswirtschaftliche Soll und Haben eines zu langer Freiheitsstrafe verurteilten Mörders festzustellen, so ist das Resultat keineswegs von vornherein gewiß. Auf das finanzielle Abwägen kann und darf es aber nicht ankommen. Wer sich auf ein solches Rechnen einläßt, erinnere sich, daß vor nicht allzulanger Zeit aus gleichen Erwägungen Geisteskranke ermordet wurden und daß kaufmännische Kalkulation dann nicht vor unheilbaren Kranken, vor Invaliden, Arbeitslosen und Alten haltzumachen braucht. Sie kosten in aller Regel die Gesellschaft mehr, als sie einbringen. Die ganze Überlegung ist eines anständigen Menschen unwürdig und mit dem Prinzip von der Heiligkeit allen Lebens unvereinbar.

Letztlich wird ins Feld geführt, die Todesstrafe sichere die Gesellschaft endgültig. Die Gefahr eines Rückfalls ist aber gerade bei Mordtaten sehr gering; Morde werden am allgemeinen im Affekt oder zur Befreiung aus einer einmaligen Situation begangen. Das Bild, das sich die breite Öffentlichkeit von ‚dem' Mörder macht, den sie wie Kain gezeichnet sieht, ist falsch. Mörder führen sich im allgemeinen in den Strafanstalten tadellos auf, was keineswegs nur Berechnung ist, sondern damit zusammenhängt, daß sie zwar eine furchtbare, aber doch nur eine ‚Gelegenheitstat' begingen.

Sicher besteht auch bei einzelnen Mördern die Gefahr einer Wiederholung von Morden. Dann aber handelt es sich um Menschen mit schweren geistigen und seelischen Schäden. Sie müssen während eines Strafvollzugs auffallen, so daß eine ungerechtfertigte Entlassung etwa im Gnadenwege nahezu undenkbar ist. Bei diesem Typus des wirklichen oder potentiellen Massenmörders ist es übrigens ganz vom Zufall abhängig, ob er vor Begehung des ersten Verbrechens in einer Irrenanstalt landet oder nach ihm im Zuchthaus. Wird seine Abnormität rechtzeitig entdeckt, wird er in einer Heil- und Pflegeanstalt verwahrt, wo die Alternative einer Hinrichtung überhaupt nicht auftaucht. Konsequenterweise müßten daher diejenigen, die aus Furcht vor zukünftigen Morden anstelle eines Freiheitsentzugs für die Todesstrafe eintreten, aus Gründen eines effektiven Schutzes der Gesellschaft auch die Tötung aller gefährlichen Geisteskranken verlangen.

Die Zahl der geisteskranken Mörder ist sehr hoch. Obwohl gerade die englischen Bestimmungen über die Zurechnungsfähigkeit sehr streng sind, wurden von 3 130 Personen, die wegen Mordes angeklagt wurden, 49 vor der Verhandlung, 1 638 während der Verhandlung und 48 nach der Verhandlung für geisteskrank erklärt. Bei diesen 50% schied die Todesstrafe aus, o b w o h l gerade bei ihnen eine wirkliche Rückfallgefahr vorlag.

Die Endgültigkeit und Irreparabilität des Todesurteils ist ein Argument im Kampf gegen die Todesursache. Justizirrtümer (‚Justizmorde') liegen entsetzlicherweise immer im Bereich des Möglichen, und die Rechtsgeschichte kennt nicht wenige Beispiele bis in die allerjüngste Gegenwart."

K r i m i n a l i t ä t u n d G e s e l l s c h a f t

Als Fritz Bauer diese Sätze in seinem aufrüttelnden Buch niederlegte, war der allerjüngste Fall, jener der später freigesprochenen „Gattenmörderin" R o h r b a c h, noch nicht aktuell, über den der „Spiegel" in seiner Ausgabe 26 vom 21. 6. 1961 schrieb: „Daß die ... solcher Untaten überführte Maria Rohrbach am Leben blieb, verdankte sie lediglich den Redaktoren des Grundgesetzes, die 1949 klug genug gewesen waren, die Todesstrafe abzuschaffen." Und dieser neueste Justizirrtum kam wenige Wochen nach der öffentlich erhobenen Forderung von Bundestagsvizepräsident Dr. J a e g e r ans Tageslicht, die Todesstrafe wieder einzuführen; und zwar nicht nur für Mord, sondern auch in Fällen von Landesverrat. Hält man dagegen, daß Bundesverteidigungsminister S t r a u ß schon heute Wehrdienstgegner, die von ihrem in der Verfassung verankerten Recht Gebrauch machen, als „potentielle Kriegsverbrecher" bezeichnet, dann gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich auszumalen, für welche Hälse das Henkerbeil gewetzt werden soll.

Unter diesem Gesichtswinkel kann man die lahme Strafrechtsreform zu ihrem Schneckentempo beglückwünschen; wären nämlich die an ihr arbeitenden Rückschrittler auch noch starke Sprinter, so hätten sie womöglich schon die Hürde der Grundgesetzänderung zur Wiedereinführung der Todesstrafe genommen. Und eine neue Halsgerichtsbarkeit wäre ja gerade die rechte Kulisse, in deren Schatten man Notdienstverordnungen und permanente Mobilmachung exerzieren könnte; die zarten Pflänzchen der Demokratie, die inzwischen noch nicht erfroren sind, würden dabei endgültig zertrampelt werden.

Aber nicht nur die politischen Auswirkungen sollten Bürger, die sich rhetorisch alle Augenblicke zum hehren Ideal der Humanität bekennen, davon abhalten, Richtblock und Galgen wieder aus der Schreckenskammer des historischen Museums zu holen. „Seit Inkrafttreten des Grundgesetzes waren unter den Urteilen, die einwandfrei auf die Todesstrafe — wenn es sie noch gäbe — gelautet hätten, allein 45 Fälle, die nach einem erfolgreichen Wiederaufnahmeverfahren mit einem

Freispruch endeten", schreibt Rechtsanwalt D. E. Ralle in seinem Aufsatz „Köpfen, Henken, Lebenslänglich?" (Studentenzeitung „konkret" Nr. 10, Hamburg, 20. 5. 1961); „das bedeutet, daß in den letzten zwölf Jahren 45 Justizmorde begangen worden wären, wenn der Parlamentarische Rat die Todesstrafe nicht abgeschafft hätte."

Die Wiedereinführung der Todesstrafe zu einem Zeitpunkt, da eine erkleckliche Anzahl von Richtern in Westdeutschland zur vorfristigen Pensionierung gezwungen werden muß, weil sie den makabren Urteilsspruch allzu bedenkenlos gefällt hat — das wäre der Schlußpunkt hinter einer reaktionären Entwicklung, der gegenüber Sigmund Freuds Wort nichts von seiner Gültigkeit eingebüßt hat: „Ich könnte den Satz nicht unterschreiben, daß die Behandlung der Strafgefangenen eine Schande für unsere Kultur ist. Im Gegenteil, sie ist ganz im Einklang mit unserer Kultur, notwendige Äußerung der Brutalität und des Unverstands, die die gegenwärtige Kulturmenschheit beherrschen." Geht es doch nicht einmal nur um die Art der Sühne für Schwerverbrecher; unser zum Teil noch geradezu mittelalterlich oder doch mindestens stramm-preußisch wie aus der Zeit der Schaffung des StGB selbst anmutender Strafvollzug trifft ja heute nicht einmal nur die kleinen Gauner, sondern auch Übertreter der Straßenverkehrsordnung. Da trifft dann wiederum zu, was schon Franz von Liszt, die Koryphäe der deutschen Strafrechtswissenschaft, über die fatale Wirkung der Freiheitsstrafe gesagt hat: „Wenn ein Jugendlicher oder auch ein Erwachsener ein Verbrechen begeht, und wir lassen ihn laufen, so ist die Wahrscheinlichkeit, daß er wieder ein Verbrechen begeht, geringer, als wenn wir ihn bestrafen."

Man kann nur hoffen, daß der Strafvollzug in der Zukunft von Menschen wie Fritz Bauer nach den Erkenntnissen der modernen Sozialpsychologie gestaltet und aus der muffigen Atmosphäre verstaubter Moralbegriffe in das keimfreiere Klima exakter Wissenschaft übertragen werden darf. Gerade Bauer aber ist sich als Sozialist auch darüber klar, daß unsere Gesellschaft, deren Schutz doch der Zweck des Strafgesetzbuches ist, die ihr gemäßen Verbrechen selbst hervorbringt. Woher soll denn etwa das Rechtsgefühl des „kleinen Mannes" kommen, wenn beispielsweise die Regierung verfassungsfeindlichen Verhaltens überführt wird, riesige Korruptionsskandale aufgedeckt, aber nicht abgeurteilt werden oder sich gar Hüter des Rechts, ranghohe Richter, als faschistische Totschläger entpuppen — ganz zu schweigen von den Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit, „die nach dem Ausmaß ihrer Folgen die schändlichsten Taten der historischen ‚Massenmörder' weit in den Schatten stellen" (Bauer).

Die Antiquiertheit des geltenden Strafrechts zeigt sich aber auch darin, daß es gewisse Tatbestände nicht kennt, deren Strafwürdigkeit jedoch allgemein empfunden wird. Es handelt sich dabei vornehmlich um Delikte, die zum Komplex der sogenannten „White-Collar"-Kriminalität zählen. Die Verbrecher mit den „weißen Kragen" schaden der Gesellschaft jedoch weit mehr als Taschendiebe, Heiratsschwindler oder Versicherungsbetrüger: „Die Aufklärung eines üblichen Diebstahles oder Sittlichkeitsdeliktes ist zudem einfach; die in die Millionen gehenden Transaktionen der Großen bleiben aber oft undurchschaubar, und der zur Verfügung stehende Staatsapparat ist ihnen nicht gewachsen. Die Großen verkörpern weiter einen Machtfaktor von Rang, sie werden auch von ihresgleichen gedeckt. Die Untersuchungen über die ‚White-Collar'-Kriminalität haben das populäre Klischee von dem typischen Verbrecher, der am unteren Rande der Gesellschaft angesiedelt wird, zerstört." (Bauer, a. a. O.)

Ein Tatbestand dieses Typs ist z. B. die unwahrhaftige Reklame. „Unlauterer Wettbewerb" ist ja bis jetzt ein Antragsdelikt, das äußerstenfalls einen Anspruch auf Unterlassung oder Schadenersatz begründet. Falsche Versprechungen des

Massenmediums Werbung sind — falls nicht andere Gesetzesverstöße hinzukommen — strafrechtlich nicht verfolgbar. Wenn Strafe aber überhaupt einen Sinn haben soll — hier, wo sie bislang nicht droht, wäre sie am Platze, weil der Makel einer Gefängnishaft von den „weißen Kragen" naturgemäß besonders gefürchtet wird, während Schadenersatz mit der linken Hand bezahlt und Unterlassungsansprüche gelassen befriedigt werden: In „diesen Kreisen" stiehlt man ja keine silbernen Löffel, sondern begeht schlimmstenfalls „Kavaliersdelikte". Besonders, wenn diese auf Kosten der Allgemeinheit gehen, bestehen gegen ihre Ausführung wenig Hemmungen, oder sie gelten gar als „Sport". Wird ein Geschäftsmann wegen eines Bankrotts belangt, bei dem nicht alles seine Richtigkeit hatte, so wird er in der Öffentlichkeit wegen seines „Pechs" häufig sogar noch bedauert.

Noch immer gilt Johann Gottfried Seumes Satz: „Man verkauft uns meistens Gesetze für Gerechtigkeit, und oft sind sie gerade das Gegenteil." Diesen beklagenswerten Zustand in der Bundesrepublik zu ändern, ist nunmehr ihr vierter Bundestag aufgerufen.

Dr. Horst Lademacher

Von Brest-Litowsk nach Rapallo

Machtpolitik — Ideologie — Realpolitik

Der Versuch Deutschlands, im weltpolitischen Verbande eine bedeutsame Rolle zu spielen, beruhte seit Caprivi auf einer gefährlichen Überschätzung der eigenen Stärke und — damit eng verbunden — auf einem Fehlurteil in der Bewertung der diplomatisch-politischen Möglichkeiten der anderen Mächte. Am Anfang stand das Versäumnis, den Rückversicherungsvertrag mit Rußland zu erneuern. Das bedeutete das Ende der Sicherheitspolitik Bismarcks, dem die Notwendigkeit russischer Rückendeckung vornehmliches Gebot gewesen war. Die ser Mangel blieb nicht ohne eilige Konsequenzen. Rußland — nunmehr ebenso bündnislos — verständigte sich mit Frankreich und auch mit England, was in deutschen diplomatischen Kreisen nur wenige für möglich gehalten hatten. England und Frankreich fanden sich darüber hinaus in der Entente cordiale zusammen. Die unglückselige Meinung der Deutschen, man könne Weltpolitik ohne die angemessene Sicherheitspolitik betreiben und gleichsam ungestraft weltpolitische Maßstäbe an die Stelle sicherheitspolitischer Forderungen setzen, brachte die völlige Isolierung Deutschlands und die Niederlage des Ersten Weltkrieges. Aber noch ehe jener Krieg beendet war, gaben die deutsche politische und militärische Leitung ein konkretes Beispiel ihres „weltpolitischen" Denkens im Frieden von Brest-Litowsk, der sich als eine unmäßige Steigerung machtpolitischer Konzeptionen darstellte, das Land seiner Glaubwürdigkeit beraubte und auf die isolierte Höhe einer scheinbar erfolgreichen imperialistischen Macht hob[1]).

I.

Der Zusammenbruch des Kaiserreiches und, ihm folgend, der Friede von Versailles, von dem der Generalmajor von Seeckt an Ort und Stelle schrieb, daß er das Land wehrlos mache und seine nationale Ehre zu opfern zwinge[2]), und den zu unterzeichnen sich der Graf von Brockdorff-Rantzau weigerte,

standen am Ende des machtpolitischen Alleingangs der Monarchie. Gerade in seiner Härte nun zwingt der Friede, der die politische Konstellation der Vorkriegszeit im Westen noch einmal vertraglich fixierte, den Historiker, nach den Ursachen zu forschen, die zu solchen Konsequenzen haben führen können. Das ist auch insofern bedeutsam, als am Ende neben der alten politischen Konstellation auch Neues gegeben war. Die alte Ost-West-Gruppierung bestand nicht mehr. Im Osten Deutschlands kämpfte Sowjetrußland um seine Anerkennung, stand ebenso wie die junge deutsche Republik auf einem außenpolitischen Nullpunkt, obwohl der Versailler Vertrag Rußland die Möglichkeit eines Beitritts unter bestimmten Voraussetzungen zuerkannte [3]). Eine Korrektur der Versäumnisse der Außenpolitik des Kaiserreiches im Hinblick auf Rußland schien auf der Hand zu liegen, angesichts der Versailler Bestimmungen selbst geboten. Das mußte durchaus nicht zugleich einem anti-westlichen Affekt entsprechen, konnte aber ein dienliches Mittel gegen eine unglückliche wirtschaftliche und politische Abhängigkeit vom Westen sein, der versuchte, das geschlagene Deutschland bei aller Härte der Versailler Forderungen in eine antibolschewistische Front einzureihen.

Was in manchen, im Moment jedoch noch nicht maßgebenden Kreisen als politische ratio ausgesprochen wurde, kam zunächst nicht zum Tragen, nachdem einmal die Ideologie außenpolitische Erfordernisse belastet hatte [4]). Noch vor Abschluß des Friedensvertrages fand die antibolschewistische Ideologie ihre ganz konkrete Anwendung in den Baltikumkämpfen, die die Rechtfertigung für die in Form der Intervention fortgeführte Randstaatenpolitik der Kriegszeit in eben dem antibolschewistischen Argument fanden. Indem man Randstaatenpolitik als Grenzschutzpolitik deklarierte, definierte man den Bolschewismus zugleich als „Aggressionsideologie-um-jeden-Preis" und schuf sich selbst eine moralische Rückendeckung. Der Sozialdemokrat August Winnig zählte zu den Organisatoren der Baltikum-Intervention, nachdem er noch kurz vor Kriegsende zum „Reichskommissar für die baltischen Lande" ernannt worden war. Winnig bezeugt dabei selbst die enge Verbindung mit den Alliierten, wenn er schreibt: „Die Engländer forderten nicht nur die Behauptung der Stadt Riga und der bis dahin von der Roten Armee noch unbesetzten Gebiete, sondern redeten auch von der Rückeroberung der bereits geräumten Teile und verlangten, daß kein Mann und kein Geschütz mehr abtransportiert werde [5])." Daß man den Freiwilligen bei den örtlichen Büros der „Anwerbestelle Baltenland" Siedlungsgebiet im Nordosten des Reichs versprach, mag hier nur am Rande erwähnt sein.

Die Frontstellung nach außen, in die man sich gedrängt glaubte, fand ihr angemessenes Pendant in der antibolschewistischen Propaganda nach innen, in der von der moralischen Verurteilung bis zur rassischen Diffamierung des Sowjetsystems manches geboten wurde. Es sei hier besonders das „Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus" hervorgehoben, eine Gründung des aus katholisch-sozialen Kreisen stammenden Eduard Stadtler [6]). Die Ideologiekritik, die hier getrieben wurde, trug vornehmlich eine Gruppe, zu der Herr von Gleichen, der spätere Chef des Herrenklubs, Oskar Müller, Außenpolitiker der schwerindustriellen „Deutschen Allgemeinen Zeitung", und Cäsar Schilling, ein Balte aus der engeren Umgebung des Herrn von Gleichen, gehörten [7]).

Es waren große und umfassende Pläne, die den Aktionsausschuß des Generalsekretariats bewegten. Ein neu zu schaffender Verlag sollte wissenschaftliche Broschüren über den Bolschewismus herausbringen und ebenso populäre Flugschriften („Antispartacus") für den Massenvertrieb herstellen; ein Vortragszyklus über den Bolschewismus mußte vorbereitet und zugleich der notwendige Rednerstab agitatorisch herangebildet werden; schließlich wollte man einen antibolsche-

wistischen Presse- und Informationsdienst errichten. Solche Pläne waren ebenso teuer wie umfassend. Der vom Berliner Direktor der Deutschen Bank, Mankiewitz, beigesteuerte erste Betrag von RM 5000 reichte kaum aus. Interessant ist dann auch, daß derselbe Mankiewitz ein Treffen der Handels-, Bank- und Industriewelt zu einem Vortrag Stadtlers im Berliner Flugverbandshaus Blumeshof arrangierte. Anwesend waren: Hugo Stinnes, Albert Vögler, Ernst Borsig, Siemens, Geheimrat Deutsch, Generaldirektor Otto Henrich und auch Dr. Reichert, der Geschäftsführer des Verbandes der Eisen- und Stahlindustriellen. Stadtler berichtet, daß nach seinem Vortrag über den „Bolschewismus als Weltgefahr" Hugo Stinnes spontan erklärt habe: „Ich teile in jedem Punkte die Ansicht des Referenten. Wenn die deutsche Industrie-, Handels- und Bankwelt nicht willens und in der Lage sind, gegen die hier aufgezeigte Gefahr eine Versicherungsprämie von 500 Millionen Mark aufzubringen, dann sind sie nicht wert, deutsche Wirtschaft genannt zu werden. Ich beantrage Schluß der Sitzung und bitte die Herren Mankiewitz, Borsig, Siemens, Deutsch, sich mit mir in ein Nebenzimmer zu begeben, damit wir uns sofort über den Modus der Umlage klar werden können[8])."

Diesen reich fließenden Geldmitteln entsprach dann auch die Fülle der Druckwerke wie auch die breite Streuung der Autoren, die zur Abfassung von Broschüren herangezogen wurden. Unter ihnen finden wir Max Cohen, den ständigen Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte", wie auch Adam Stegerwald, den Führer der christlichen Gewerkschaften, dessen Vertrauensmann Franz Röhr zum Aktionsausschuß des Generalsekretariats zählte[9]). Stegerwald gehörte neben dem Zentrumspolitiker Martin Spahn im übrigen auch zu der von Herrn von Gleichen schon im Oktober 1918 gegründeten „Vereinigung für nationale und soziale Solidarität", die mit dem Generalsekretariat in Personalunion eng verbunden war[10]).

In den in schneller Folge erscheinenden Broschüren der Reihen „Revolutionäre Streitfragen", „Revolutions-Flugschriften", „Revolutions-Streitfragen" (Neue Folge) und „Sammlung und Quellen zum Studium des Bolschewismus"[11]) entsprach die politische Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus und seinen Leistungen in Rußland einer gleichsam ethnologischen und kulturellen Kontroverse zwischen Ost und West. „Bolschewismus" und „asiatischer Volkscharakter" sind den Autoren ebenso identisch wie „Deutschtum" und „abendländische Kultur". Man bediente sich der suggestiven Metapher und pflegte das theatralische Gehabe, wenn es darum ging, den Bolschewismus als „grinsendes Gespenst", „geistigen Tod" oder als Weg zur „Asiatisierung Europas" zu definieren[12]), dem die „germanische Persönlichkeit" entgegengestellt werden müsse, die allein das „asiatische Gift" abwehren könne[13]). Schließlich versäumte man nicht, darauf hinzuweisen, daß die bolschewistischen Armeen, unter deren „bestialischen Fußtritten" deutsches Kulturgut zerstampft würde, zu starken Teilen von Chinesen, Kirgisen, Koreanern und Tungusen durchsetzt seien[14]); und ähnlich wie Paul Schiemann machte Eduard Stadtler deutlich, daß ein deutscher Zusammenbruch das „Ende der abendländischen Kultur" bedeuten müsse[15]).

Neben den in hemmungsloser Primitivität gelieferten rassischen Werturteilen über den Charakter des politischen Systems im Osten läßt sich jedoch die politische Spitze gegen den Westen und die damit verbundene Zielsetzung nicht übersehen, wie natürlich auch innenpolitisch — entsprechend den Intentionen der Geldgeber — um den Erhalt der bestehenden Wirtschaftsformen gekämpft wurde. Die außenpolitischen Forderungen gegenüber dem Westen kamen ins Spiel. Die Versailler Forderungen standen im Mittelpunkt, und sie drohten, wie Eduard Stadtler es ausdrückte, zur Ursache der Bolschewisierung Deutschlands zu wer-

den. Man sah sich durch „Entente-Machenschaften" von den „wichtigsten Rohstoffquellen, der deutschen Kohle" abgeschnitten und erklärte, „daß der deutsche Staat sich unter dem Druck der inneren Auflösung, unter dem Druck der Friedensbedingungen der Entente und unter dem politischen Hochdruck des russischen Bolschewismus nicht behaupten" könne[16]).

Deutlich ressentimentgeladen und mit starkem nationalistischen Unterton wurden dann in diesem Kreise direkte Forderungen nach einer Ostorientierung der deutschen Politik laut. Heinz Fenner wagte sich hier in einer Streitschrift gegen Paul Eltzbacher am weitesten vor, wenn er unter Verurteilung der Entente-Politik eine Anlehnung an Rußland forderte, zugleich jedoch seine Forderung der Grundkonzeption gemäß auf das „werdende antibolschewistische", d. h. „nationaldemokratische" Rußland einschränkte, wiewohl er am Schluß seiner Broschüre sagte, daß er nicht zu jenen gehöre, denen bei einem Zusammengehen mit Rußland die „Knie schlottern" würden[17]). Es ging Fenner keineswegs darum, ein freundnachbarliches Verhältnis zu Rußland herzustellen, um damit längst vergessene Prinzipien preußisch-deutscher Politik zu neuem Leben zu erwecken, sondern einfach darum, im Verband der Mächte eine Rolle im Sinne der Vorkriegszeit zu spielen. Daher mußte auch die Anregung Walter Oehmes, eine Verständigung Deutschlands und Frankreichs herbeizuführen, um damit den Verlust der Rückendeckung im Osten wettzumachen, auf den heftigen Widerstand Fenners stoßen, der der auf Deutschland und Frankreich begrenzten kontinentaleuropäischen Konzeption, die sich vor allem gegen die „anglo-amerikanische Vorherrschaft" richtete, jede Berechtigung absprach[18]). Es waren die enttäuschten Hoffnungen, die man auf die Entente vor Versailles gesetzt hatte, wie auch die Wunschvorstellungen, denen man hinsichtlich einer kommenden politischen Entwicklung im Osten anhing, die das Generalsekretariat im letzten ohne jede außenpolitische Möglichkeit ließen, es sei denn, man will heftigste antibolschewistische Agitation nach innen in Verbindung mit der Spekulation auf den Sturz des bolschewistischen Regimes als außenpolitisch aussichtsreich bezeichnen.

II.

Inzwischen aber hatte das Sekretariat und seine verwandten Organisationen mit einer Broschüren-Flut ein Rußland-Bild geschaffen, das in seiner beinahe abstrusen Einseitigkeit und Einfachheit seine Wirkung gewiß nicht verfehlen konnte. Daß man dabei in hektischer Monomanie auch auf die potentiellen Sowjetfreunde, die Intellektuellen und das Proletariat, hinwies und diese als große Gefahr denunzierte, überrascht nicht. So schrieb Stadtler: „Das deutsche Proletariat unter der Führung der Sozialdemokratie gemäßigter oder nicht gemäßigter Färbung hat einen instinktiven Hang und Drang zu einer Versöhnung, zu einem Zusammengehen, zu einer Verbrüderung mit dem Proletarierstaat des Ostens, und daraus erklärt sich wieder, daß die deutsche Regierung unter dem Druck der Sozialdemokratie nicht von Anfang an den Mut fand, gegenüber der bolschewistischen Gefahr des Ostens eine klare, vor den letzten Konsequenzen nicht zurückschreckende Stellungnahme zu finden[19])." Hier unterlief Stadtler in seiner Aktivitätshypertrophie eine grobe Fehleinschätzung der außenpolitischen Möglichkeiten der Wintermonate 1918/19 im allgemeinen wie auch der sozialdemokratischen Politik im besonderen. Gewiß war doch die Mehrheitssozialdemokratie nichts weniger als eine zur „Versöhnung mit dem Bolschewismus" drängende Partei. Die ideologischen Divergenzen zwischen einer im Kampf um das Wahlrecht und die Parlamentarisierung aufgewachsenen Partei und einer Gruppe, die einen tiefen Eingriff in die staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur ihres Landes vollzogen hatte, waren einfach zu groß, als daß sie

noch „instinktiven Drang" hätten fördern können[20]). Der parlamentarisch-demokratische Charakter der Partei wog im letzten sogar schwerer als die wirtschaftlichen Interessen des Bürgertums, soweit es die politische Beweglichkeit betraf.

Dazu kam, daß von einer klaren ostpolitischen Konzeption der Sozialdemokratie im Sinne einer konstruktiven Umgestaltung keine Rede sein konnte, es sei denn, man will den seit der Stockholmer Sozialistenkonferenz (1917) propagierten Gedanken vom Selbstbestimmungsrecht der Völker als konstruktiven Beitrag anerkennen. Parteivorstand und Reichstagsfraktion erschöpften sich wesentlich in der Demonstration ihres Friedenswillens, ohne hier der Widersprüchlichkeit mancher Entscheidungen entgehen zu können. So verurteilte Scheidemann den Frieden von Brest-Litowsk, sah sich gezwungen, sich der Stimme zu enthalten, und bewilligte dennoch mit seiner Fraktion die nächsten Kriegskredite[21]). Darüber hinaus scheint es sogar fraglich, ob sich die Partei eigentlich jemals gründlich von ihren Vorstellungen der Vorkriegszeit gelöst hat, die doch Autokratie und Imperialismus identifizierten und wesentlich zur Haltung vom 4. August 1914 beigetragen haben. Auch nach der Kerenski-Revolution blieb, wie Matthias festgestellt hat, bei aller Sympathie für das vom Zarismus befreite Land das Mißtrauen gegen das Riesenreich im Osten latent wirksam[22]), und schon im März 1918 schrieb die sozialdemokratische Zeitschrift „Die Glocke", redigiert von Alexander Parvus-Helphand: „Das Reich, das die Bolschewiki jetzt zu errichten suchen, ist nicht der Sozialismus; es wäre, wenn die Utopie überhaupt reale Gestalt annehmen könnte, ein chinesisches Bauernreich, das politisch zu einem neuen Zarismus führen müßte[23])." Eine Kontinuität der Aversion gegen Rußland, die sich im Laufe der Monate angesichts der Schwierigkeiten in der Sowjetunion noch vertiefte, ist nicht zu verkennen.

Der gleichsam konservative Grundzug der sozialdemokratischen Außenpolitik, der das zaristische Rußland und das revolutionäre Sowjetsystem letztlich den gleichen Kriterien der Bewertung unterwarf, und der seit Stockholm besonders lebhafte und zu nicht geringem Teil auf die Unruhe in der Arbeiterschaft zurückzuführende Pazifismus der Partei machten dann Entscheidungen wie die Stimmenthaltung zum Frieden von Brest-Litowsk und die bald folgende weitere Bewilligung der Kriegskredite möglich[24]). In diesem Zusammenhang ist auch die Randstaatenpolitik bedeutsam. Zwar verurteilte die Fraktion im Reichstag die im Osten betriebene Machtpolitik, die einem freundnachbarlichen Verhältnis zu Rußland im Wege stehen müsse, jedoch war im Stockholmer Manifest der Partei die Frage der baltischen Provinzen noch offen geblieben.

Schließlich scheinen die Worte des Reichstagsabgeordneten Max Quarck vom März 1918 die Beweggründe der Sozialdemokratie einigermaßen zu umreißen. Es heißt da: „Wir haben als Deutsche natürlich nicht die Aufgabe, Rußland auf unsere Kosten zu stärken und es vor der Absplitterung von Gebieten mit Unabhängigkeits- und Selbständigkeitsdrang zu schützen[25])." Wollte man aber ein freundnachbarliches Verhältnis zu Rußland schaffen, mußte man auch eine Schwächung des Landes vermeiden, auf die die deutsche Politik seit Beginn des Weltkrieges doch hinzielte. Solches konnte man doch nur aussprechen, wenn man sich seit Jahren mit dem Gedanken vertraut gemacht hatte, daß im Nordosten Deutschlands neue, von Rußland unabhängige Staaten geschaffen werden sollten. Die Einmischung, die man schon dem Zarismus nicht zugestanden hatte, wollte man jetzt auch dem Bolschewismus nicht gestatten[26]). Gerade von diesen Tatsachen ausgehend, bleibt es nachgerade unerfindlich, wie Quarck sagen konnte, daß man von hier aus eine „Verbesserung der vorläufigen Friedensverträge im Sinne eines dauernden freundschaftlichen Zukunftsverhältnisses zwischen Rußland und Deutschland" anstreben wolle[27]). In diesem Zusammenhang sei erwähnt,

daß es nach Davids Äußerungen vor dem Untersuchungsausschuß manche unter den Mehrheitssozialisten gab, die gerne eine Ausweitung der deutschen Einflußsphäre mit dem Selbstbestimmungsrecht der Randstaatenvölker verbunden gesehen hätten[28]). Eine solche Gruppe bestand also noch neben sozialdemokratischen Experten der Machtpolitik wie Paul Lensch, der im Februar 1918 zur Randstaatenpolitik in der „Glocke" schrieb: „Diese durch die Kraft der deutschen Waffen von ihren bisherigen Herren befreiten Völker durch die Waffe der deutschen politischen Freiheit und wirtschaftlichen Kraft um das große Zentralland zu gliedern, das ist das Ziel, dem die deutsche Politik zustreben muß, und das nur der gesteigerten Position Deutschlands in Europa entsprechen würde[29])."

Dagegen nannten die „Sozialistischen Monatshefte", die außenpolitisch von Max Cohen und Ludwig Quessel inspiriert waren, die Dinge von dem von ihnen verfochtenen kontinentaleuropäischen Standpunkt aus deutlich beim Namen. Sie ließen nicht nach, die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht als ein im letzten fadenscheiniges Argument zu bezeichnen, „an das doch niemand um seiner selbst willen" denke[30]). Cohen beschuldigte die Verfechter des Selbstbestimmungsrechts — er nannte hier David in einem Federzug neben Rohrbach und Naumann — der Spekulation auf den allmählichen Zerfall des russischen Reiches. Der Anfang dazu solle bei den Randstaaten, also gerade an der empfindlichsten Stelle Rußlands, gemacht werden. Eine realistische Politik müsse jedoch den Bestand des Landes unter allen Umständen wahren, da nur so eine Neuorientierung der auswärtigen Politik und eine Korrektur der Vorkriespolitik möglich sei. Eine Verständigung mit Rußland sei aber auch die Voraussetzung für ein Übereinkommen mit Frankreich und somit für die Schaffung eines kontinentaleuropäischen Blocks, der ein Gegengewicht gegen das angelsächsische Wirtschaftsreich darstelle[31]).

Gegenüber diesen konstruktiven Plänen war die pazifistische Haltung der Mehrheitssozialdemokratie, die den Vertrag von Brest nicht ablehnte, weil er den Frieden brachte, einer politischen Entscheidungslosigkeit gleichzusetzen, und auch die Propaganda für das von den meisten Mehrheitssozialdemokraten gewiß ehrlich und ohne Hintergedanken vertretene Selbstbestimmungsrecht sprach nicht für den außenpolitischen Sinn der Reichstagsfraktion. Für die „Sozialistischen Monatshefte" konnte eben auf Grund einer außenpolitischen Konzeption das Selbstbestimmungsrecht, das im Prinzip nicht abgelehnt wurde, nicht mehr sein als nationale Autonomie im russischen Reichsverbande.

Bis zum August 1918 hatten die mit der Sowjetunion abgeschlossenen Zusatzverträge völlige Klarheit über die Absichten der deutschen Regierung gebracht. Es wäre spätestens nach der Novemberrevolution an der Zeit gewesen, einen neuen außenpolitischen Kurs gegenüber dem Osten zu steuern. Offensichtlich war aber der in den Wintermonaten 1918/19, wohl durch die Ereignisse vom November intensivierte Antibolschewismus von solchem Einfluß, daß dem Rat der Volksbeauftragten wohl die hinter Antisowjet-Parolen verborgene Fortsetzung der Randstaatenpolitik nicht deutlich wurde, wiewohl es andrerseits wenig wahrscheinlich ist, daß der zivilen Leitung in Berlin die Mentalität und Motive der in den baltischen Provinzen kämpfenden Interventionstruppen verborgen blieben, die General von der Goltz im Buch über seine „Sendung" beschrieb: „Warum sollte nicht die im August 1918 verhinderte Ostpolitik zusammen mit den ‚weißen' Russen in irgendeiner veränderten anpassungsfähigen Form unter der Flagge der Bolschewikenbekämpfung noch möglich sein[32])?" Selbst das Argument, daß sich die Freikorps in lettischen bzw. estnischen Diensten befanden, kann kaum durchschlagen, wenn man von der ununterbrochenen Zufuhr an Material, Lebensmitteln und Löhnung zu den baltischen Provinzen weiß.

Noske schreibt, daß man in der Regierung die baltischen Probleme „vor lauter Sorgen und Mühen um die innere Ordnung" nur flüchtig behandelt habe[33]). Diese „flüchtige Behandlung" führte dann dazu, daß man August Winnigs Aktivität, die die Erwerbung von Siedlungsland für die deutschen Freikorps einschloß, nicht widersprach, ja sie sogar anerkannte[34]). Neben Winnigs Aussagen zu diesem Punkt kennen wir noch die Mitteilungen des Majors Bischoff, Kommandeur der „Eisernen Division", in denen es heißt, daß die Regierung zwar manches verboten habe, vieles sei jedoch gegen die Befehle unter der stillschweigenden Billigung der Regierung ausgeführt worden. „Gegen die Befehle" habe nicht unbedingt „gegen den Willen" bedeuten müssen[35]).

Hier sei ein Hinweis angebracht auf die Kreise, die die Baltikumpolitik unterstützten. Aus amtlichen Mitteln und mit Geldern der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes wurde die „Anwerbestelle Batlenland" unterhalten[36]). Die weißrussischen Truppen Avalovs finanzierte der Verband für Handel und Industrie[37]). Die Krupp-Werke schließlich besorgten zum Teil die Waffenlieferung für die Truppen Avalovs, wie Maude, ein Mitglied der britischen Militärmission, mitteilt[38]). Bei Treffen von Russen im Berliner Hotel Adlon signalisierte Wipert von Blücher von der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes Wehrminister Noske; er weist darauf hin, daß den Weißrussen sehr viel an Kontakt mit den Führern der Sozialdemokratie gelegen habe. Noske wird auch in britischen Berichten zu diesen Treffen neben Mitgliedern des Generalsekretariats und der „Antibolschewistischen Liga" erwähnt[39]). Angesichts solcher Fakten wird man Noskes Wort von der nur „flüchtigen Behandlung" des baltischen Problems allerdings nur noch cum grano salis nehmen können.

III.

Das Antiquierte und Verkrampfte der deutschen Ostpolitik, die recht eigentlich nur die Politik der Vorkriegszeit unter dem Zeichen der Revolution fortsetzte, ist deutlich. Der Historiker Rosenberg hat aufgewiesen, wie solche Politik, die u. a. auf der Überschätzung der gemeinsamen antibolschewistischen Front der Entente-Länder und Deutschlands aufgebaut war, zunehmend in eine Sackgasse geraten mußte. Dafür war der Versailler Friedensvertrag auch das erste Zeichen, und gegen Ende des Jahres 1919, als die Sowjetregierung innenpolitisch schwer bedrängt war und Letten wie Esten die Deutschen als Last zu empfinden begannen, verlangte die Entente ultimativ den Abzug[40]). Zu jenen, die ihre Hoffnung vor allem auf England und Amerika setzten, zählte auch der Generalquartiermeister Groener, der im Januar 1919 dem Kabinett ein neues Heer aufzubauen vorschlug und der Meinung war, die deutsche Ostgrenze würde mit Hilfe Wilsons erhalten bleiben[41]). Groener stieß hier vornehmlich auf den Widerstand des mit den auswärtigen Aufgaben betrauten Grafen von Brockdorff-Rantzau. Zwar war auch Brockdorff der Meinung, mit Entgegenkommen zum Zwecke der Stärkung der Abwehrfront rechnen zu können, jedoch wollte er nicht die junge Republik gleich zu Beginn mit direkten Maßnahmen gegen die Sowjetregierung belasten. So wies er auch Matthias Erzberger auf seinen Platz zurück, der dem General von Winterfeld empfohlen hatte, festzustellen, ob der Entente die Auslieferung der Emissäre Radek und Joffe erwünscht sei. Radek saß zu jener Zeit in einem Berliner Untersuchungsgefängnis. Am 21. Januar trug Brockdorff dem Kabinett ein Programm über die nächsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik vor, das er auf Wunsch von Ebert niedergeschrieben hatte. Es sei hier gleich bemerkt, daß es nicht um die Alternative Ost oder West ging, sondern um die Frage, wie die Entente ohne deutsche Vorleistung, ohne Handlungen aggressiver antisowjetischer Tendenz deutscherseits (Erzbergers Ausliefe-

rungsplan oder Groeners neu zu schaffendes Heer) zu befriedigen war. Brockdorff glaubte, der Entente deutlich machen zu können, daß das Fehlen stabiler Verhältnisse in Deutschland den bolschewistischen Ideen Tür und Tor öffnen müsse und erst hier die Gefahr für die Entente liege. Zugleich entwarf er Möglichkeiten einer künftigen Rußland-Politik, in denen vom gemeinsamen deutschen und alliierten Interesse an einer wirtschaftlichen Gesundung Rußlands gesprochen wurde. „Das Naturgemäße ist daher ein gemeinsames Arbeiten der bisherigen Gegner zur Wiederherstellung Rußlands. Dabei wird jeder seine Vorteile haben. Frankreich wird seine Zinsen bekommen, England und Amerika Unternehmergewinne, Deutschland Löhne und Gehälter. Alle werden von der Gefahr befreit sein, die ein territorialisiertes, mit Explosivstoffen aller Art geladenes Rußland für die Kulturmenschheit in sich birgt" [42]). Ein ähnlicher Plan tauchte drei Jahre später als Ergebnis von Unterhandlungen zwischen Lloyd George und Rathenau wieder auf [43]). Sicher ist es Brockdorff nicht gelungen, die Entente zu überzeugen. Der Versailler Vertrag spricht dagegen. Und nicht nur dieser: Aus einem Gutachten des Außenministers vom April 1919 geht hervor, daß ein Anknüpfen von Beziehungen zu Sowjetrußland angesichts des ständig wachsenden Mißtrauens der Entente gegen mögliche deutsche Kontakte im Osten nicht tunlich schien und jeder Schritt, der den Verdacht einer deutsch-sowjetischen Konspiration wecken könnte, zu vermeiden war [44]). Aber bei aller Rücksicht auf die Entente ließ Brockdorff doch nicht nach, private deutsche Initiative, „soweit sie sich schon jetzt künftige Betätigungsmöglichkeit in Rußland anzubahnen sucht", gewähren zu lassen [45]). Daß sich die deutsche Regierung von Brockdorffs Vorstellungen hat beeinflussen lassen, kann insofern gesagt werden, als zumindest eine ruhigere, nüchterne Betrachtung der Ostsituation eintrat. Brockdorff selbst schied nach Versailles aus, um erst als Botschafter in Moskau wieder ins diplomatische Leben einzutreten.

Brockdorff trat ab. Dafür kam ein neuer, gewichtiger Faktor ins Spiel: Die Wirtschaft forderte die Öffnung des russischen Raumes, die Aufnahme von Handelsbeziehungen. Wir können die Zeit dieser ersten neuen Entwicklung heute auf spätestens den Sommer 1919 ansetzen. Hier schon beginnt die Periode des „Denkens ohne eisernen Vorhang", wie es Margret Boveri in ihrer Beurteilung Ago von Maltzans, Leiter des Rußland-Referats in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, ausdrückt [46]). Über solche Bestrebungen unterrichtete Wirtschaftsminister Wissell Brockdorff im Juni 1919. Das Interesse der deutschen Industrie liege in der Weiterbeschäftigung ihrer Arbeiter, Rußland dagegen habe Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen, Kleineisenwaren und dergl. Unter den Interessenten habe sich auch die „Aktiengesellschaft Friedrich Krupp aus Essen" befunden. Daß dabei der von der Entente entworfene Friedensvertrag Wissells positive Einstellung zu solchen Bestrebungen bedingte, folgt aus der Anmerkung: „Was die Befürchtung anbelangt, daß die Aufnahme von Handelsbeziehungen zu Rußland uns bei der Entente Nachteile bringen würde, so ist meines Erachtens der vorgelegte Friedensvertrag der beste Beweis dafür, daß die Enthaltung von Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland uns bei der Entente nichts genützt hat [47])." Ganz frühe Regungen solcher Art hatte es übrigens schon zu Beginn des Jahres gegeben, als der Chemnitzer Unternehmer Rauch, unterstützt von der sächsischen Landesregierung und im Auftrag des Verbandes sächsischer Holzindustrieller, zur Anknüpfung von Beziehungen nach Moskau gereist und mit Aufträgen zurückgekommen war, ohne jedoch das Placet des Auswärtigen Amtes bekommen zu haben [48]).

Gehindert wurde die Zustimmung der offiziellen Stellen nach Versailles allerdings noch durch die Meinung, daß die Sowjetregierung keinen Bestand haben

könne und man das Verhältnis zu der künftigen russischen Regierung nicht von vornherein belasten dürfe. Es sei hier am Rande vermerkt, daß die intensive Broschüren-Flut des Generalsekretariats und der anderen einschlägigen Organisationen seit dem Sommer 1919 beträchtlich nachließ. Es erschien jedoch die bereits oben erwähnte Broschüre von Heinz Fenner, die die Möglichkeit einer Ostorientierung in Erwägung zog — unter welchen Umständen und mit welcher Tendenz auch immer. Der Gedanke an einen Sturz der Sowjetregierung beherrschte in jenen Tagen nicht nur Fenner.

IV.

Mochte die Zulassung wirtschaftlicher Beziehungen durch die offiziellen Stellen zunächst auch noch auf den Kontakt von privaten Kaufleuten beschränkt sein, so konnte die Verschiebung auf die diplomatische Ebene auf die Dauer doch nicht ausbleiben, wenn auch die Situation im Baltikum noch nicht bereinigt war. Daß gerade in dem für die Regierung außenpolitisch schwierigen Monat Mai ein telegraphisches Angebot aus Moskau eintraf, in dem um die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen ersucht wurde, ist insofern bedeutsam, als die Reichsregierung das Telegramm nicht veröffentlichte und erst ein Flugblatt der KPD für die Publikation sorgen mußte. Es war die Frage, wie lange sich die Regierung solchen Angeboten — die Sowjetregierung erinnerte zugleich an einen gleichlautenden Vorschlag vom Januar 1919 — entziehen konnte, nachdem sich die Politik der Entente nicht als das erwiesen hatte, was sie hatte sein sollen.

Wesentlich für die Verschiebung der Beziehungen zu Rußland auf die diplomatisch-politische Ebene ist die nach der Bildung der sozialdemokratischen Regierung Bauer erfolgte Umbesetzung im Auswärtigen Amt gewesen. Leiter des Rußland-Referates in der Ostabteilung wurde Ago von Maltzan, dem der wesentlichste Anteil am Zustandekommen des Rapallo-Vertrages zuzuerkennen ist. Maltzan, der sich selbst einen Schüler Kiderlen-Wächters nannte, spielte schon bald nach seinem Amtsantritt eine führende Rolle und drängte den Leiter der Ostabteilung, Behrendt, in den Hintergrund[49]). Wipert von Blücher, der Maltzans Mitarbeiter wurde, teilt mit, daß der mit den Problemen des Versailler Vertrages beschäftigte Außenminister dem Chef des Rußland-Referates freie Hand gelassen hätte[50]). Lord d'Abernon, der britische Botschafter in Berlin, zollte rückschauend dem vielleicht klügsten unter den Männern, die seit dem Kriege in der Wilhelmstraße tätig waren", hohe Anerkennung[51]). Hans von Raumer, Wirtschaftsexperte in der deutschen Delegation auf der Konferenz von Genua, weist ebenfalls Maltzan die wesentlichen Impulse zu und schreibt, daß „sich die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen sozusagen auf einem Nebengleis vollzogen" habe[52]), eine Entwicklung übrigens, die unter Maltzans Ägide einen neuen Kontaktreichtum in Diplomatie und Politik brachte. An Maltzans Tafel saßen Vertreter der Rechten wie der Linken, von Otto Hoetzsch über Theodor Wolff und Georg Bernhard bis zu Wels, Breitscheid, Radek und Tschitscherin, um von den Vertretern der Wirtschaftskreise noch nicht zu sprechen, die dann auch etwas später durch Walter Rathenau, den Direktor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, an wichtiger Stelle vertreten waren.

Daß die wirtschaftlichen Belange immer stärker hervortraten, sprach der Sozialdemokrat Wels auf dem Kasseler Kongreß seiner Partei aus, auf dem er die Wiederaufnahme von wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Rußland forderte, „nicht wegen, sondern gerade trotz des Bolschewismus". Man müsse mit der Behandlung Rußlands als eines Pestherdes aufhören; es gebe genug Vertreter von Banken und Industrie, die neue Kontakte zu Rußland wünschten. Das sei

wichtig für das Gleichgewicht im Wirtschaftsleben [53]). Von einer speziellen Bündnispolitik, d. h. einer über die Anerkennung hinausgehenden Ostorientierung war bei Wels nicht die Rede, da man für diesen Fall Repressalien von seiten der Entente fürchtete [54]), wie ja auch im ganzen die in Rapallo einmündende Politik bei der Sozialdemokratie keine wesentliche Unterstützung fand. Paul Scheffer schreibt sogar, daß Maltzan den Reichspräsidenten Ebert habe überspielen müssen, in dem er diesen von der Unterzeichnung des Vertrages „sorechtzeitig" benachrichtigt habe, „daß ein Eingreifen nichts mehr ändern konnte" [55]).

Politische und wirtschaftspolitische Ideen entwickelte auch der deutschnationale Politiker Prof. Otto Hoetzsch in einer 1921 geschriebenen Broschüre. Hier heißt es: „Ohne daß ein so gewaltiges Arbeitszentrum wie Deutschland wieder zu Ordnung, Ruhe, Freiheit und eigner Macht kommt, ... ohne daß das russische Volk zu staatlicher und wirtschaftlicher Ordnung zurückkehrt und dieses vielleicht gewaltigste Rohstoffzentrum der Welt an die Wirtschaft der Welt wieder angeschlossen wird, wird das Gleichgewicht nicht wiederhergestellt, ohne das in Wirtschaft und Politik eine länger dauernde Friedenszeit für Europa nicht möglich ist" [56]). Hoetzsch beabsichtigte mehr als Wels. Das „Gleichgewicht in Wirtschaft und Politik" richtete sich vor allem gegen die nach seiner Ansicht im Versailler Frieden gewachsene französische Hegemonie wie auch die englische Vorherrschaft. Dabei huldigt Hoetzsch bei aller Aversion gegen Frankreich und die von diesem Land in Versailles betriebene Politik grundsätzlich dem kontinentaleuropäischen Gedanken, wenn er den russischen Staatsmann Witte als Kronzeugen einer europäischen Politik anführt, die auch in Frankreichs eigenem Interesse liege, dessen junge Hegemonie noch auf schwachen Füßen stehe [57]). Berührungspunkte mit der kontinentaleuropäischen Konzeption der „Sozialistischen Monatshefte", wie sie schon 1918 entwickelt worden war, können hier nicht übersehen werden.

Daß Hoetzsch die Künstlichkeit der Versailler Konstruktion wie auch der antibolschewistischen Haltung durchschaute, bestätigt Hans v. Raumer, der schreibt, daß die Entente schließlich genauso wie Deutschland um die Öffnung des russischen Wirtschaftsraumes bemüht war [58]). Der von Brockdorff-Rantzau schon einmal angeregte, dann von Lloyd George und Walter Rathenau in Zusammenarbeit mit der Londoner City endgültig entworfene Plan, Rußland durch ein aus den Westmächten, Deutschland und Rußland selbst bestehendes Syndikat wirtschaftlich wiederaufzubauen, war allerdings nur insofern ein bedeutsames Resultat wirtschaftlicher und außenpolitischer Überlegungen, als Deutschland zum erstenmal wieder international anerkannt wurde, aber gewiß nicht, wäre der Plan verwirklicht worden, einen von der Entente gesteckten Rahmen hatte überschreiten dürfen [59]).

In Deutschland unterdes besuchte Felix Deutsch, wie Rathenau Direktor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Radek im Berliner Untersuchungsgefängnis, der Volkskommissar Krasin wurde gern gehört, und der Wirtschaftsexperte von Raumer unterstützte Maltzan bei Kontakten mit der Industrie [60]). Der Kaufman Otto Wolff erklärte sich bereit, mit einer großen Eisenhandelsunternehmung nach Petrograd zu ziehen. Das war noch alles recht episodenhaft, gleichsam „petite histoire" der Diplomatie, doch war das „diplomatische Flüßchen" wie Margret Boveri es nennt [61]), breit genug, um sich im Zuge auch der von Lenin verkündeten Neuen Ökonomischen Politik (NEP) zum „diplomatischen Strom" auszuwachsen. Es fügt sich in diesen Rahmen ein, daß die Reichsregierung im Oktober 1919 eine Beteiligung an der Blockade gegen die Sowjetunion, zu der von der Entente aufgerufen war, ablehnte, mit der Begründung, daß nicht wirtschaftliche Absperrung, sondern Kontakt das Mittel sei, um in der Sowjetunion

„eine Angleichung des politischen Lebens an die europäischen Demokratien" zu erreichen [62]). Ein weiteres Ereignis fügte sich an. Im Januar 1920 tauchte in Berlin Viktor Kopp auf, der zum Personal des ausgewiesenen Botschafters Joffe gezählt hatte. Kopp stellte sich als Leiter einer noch zu schaffenden „Sowjet-Fürsorgestelle für russische Kriegsgefangene" vor, dem die „Allgemeine Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene", eine Gründung des Sozialdemokraten Moritz Schlesinger, gegenüberstand. Auf der Grundlage dieser Fürsorgestellen konnten sich die ersten diplomatischen Beziehungen der Vor-Rapallo-Zeit entwickeln, wie der sehr gut informierte Paul Scheffer schreibt [63]). Kopp wurde im Februar von der Reichsregierung als Bevollmächtigter anerkannt, und die zwischen ihm und Schlesinger geführten Unterhandlungen führten dann zur Gründung einer Zentralfürsorgestelle in Moskau unter Gustav Hilger. Der dort nach Abzug der deutschen diplomatischen Mission — nach Ermordung des Grafen Mirbach — im November 1918 gebildete kommunistische „Deutsche Arbeiter- und Soldatenzentralrat", der eine Fürsorgestelle für deutsche Kriegsgefangene geschaffen hatte, wurde 1921 stillschweigend aufgelöst, nachdem im April 1920 ein Vertrag über den Status der beiden neuen Stellen abgeschlossen worden war. Im Juli schon kam es zur Vereinbarung von Zusatzbestimmungen, nach denen die Leiter diplomatische Immunität genossen und Kurier- sowie Chiffrebefugnisse gewährt wurden. Im September 1920 erhielten die Fürsorgestellen selbst konsularische Vollmachten. Scheffer teilt mit, daß diese Zusätze zur Schonung der „kapitolinischen Gänse" im Westen nicht bekanntgegeben worden seien. Die Dinge nahmen jetzt einen schnellen Verlauf. Im Januar 1921 reiste Schlesinger zu neuen Verhandlungen nach Moskau. Hier waren Fürsorge-Fragen Nebensache. Wirtschaftliches beherrschte die Tagesordnung, allgemeine Gespräche knüpften sich an. Im Februar wurde ein Protokoll unterzeichnet, das die Aufschrift trug: „... über die Erweiterung des Tätigkeitsbereiches der beiderseitigen Fürsorgestellen." Nach kurzer Unterbrechung durch den Kronstädter Aufstand nahmen die Delegationen die Verhandlungen in Berlin wieder auf, die zum Vertrag vom 6. Mai 1921 führten, der den Handelsverkehr zwischen beiden Staaten regelte und schon Elemente des ein Jahr später abgeschlossenen Rapallo-Vertrages enthielt [64]).

Die Plattform zur Erweiterung der Kontakte war hier geschaffen. Soweit es sich um die Aufnahme von „offiziellen Beziehungen" handelte, erfreute sich Schlesinger auch der Unterstützung führender sozialdemokratischer Politiker wie Wels, Bauer, Hermann Müller und Scheidemann. Ob man Maltzans Intentionen einer entschiedenen Ostorientierung im Sinne eines Sonderbündnisses geteilt hat, erscheint zweifelhaft, zumal auch Reichspräsident Ebert den Wunsch des Außenministers Simons nach einem Zusammengehen mit Rußland im Januar 1921 schroff abgelehnt hatte [65]).

Die Anträge und Bemühungen von Industrie und Handel liefen zu diesen ersten halboffiziellen Schritten parallel, nachdem auch die Sowjetunion vor allem durch Leonid Krasin hatte deutlich werden lassen, welcher Güter sie bedurfte. Daß es während der engen Kontakte zwischen den Fürsorgestellen im Spätherbst 1920 in der Außenhandelsabteilung des Auswärtigen Amtes zur Gründung einer Spitzenorganisation als Vermittlungsstelle im deutsch-sowjetischen Handel kam, die den Namen „Deutsch-Russischer Wirtschaftsbund" erhielt, sei hier als kennzeichnend vermerkt. Typisch für die Entwicklung scheint hier ein Bericht des Europa-Asien-Handelshauses Wagner und Furter zu sein, der im Januar 1921 an den Reichstag gesandt wurde. Sowjetrußland, so hieß es da, sei als Realität anzuerkennen; es liege jetzt an Deutschland, die von einer Studienkommission des Unternehmens angebahnte Verbindung mit Südrußland (Don- und Donezgebiet)

auszunutzen. „Politische Ansichten dürfen hier keine Rolle spielen [66])." Sie spielten jedoch noch eine Rolle, wie einem Schreiben des Reichsministers des Innern, Erich Koch-Weser (DDP), vom März 1921 zu entnehmen ist, in dem es heißt, daß der geplante deutsch-sowjetische Vertrag in seiner wirtschaftlichen Bedeutung wohl recht zweifelhaft sei und zudem eine Untergrabung der Staatsordnung in Deutschland unterstütze [67]).

Daß man sich dennoch für den Vertrag entschied, ist gewiß nicht zuletzt auch auf den Abschluß des englisch-russischen Handelsvertrages im März 1921 zurückzuführen, der recht eigentlich sowohl von Raumers wie Hoetzschs Ansicht bestätigt, daß nicht nur Deutschland der Kontakt mit Rußland nottat. Zum anderen wurde an der Entscheidung für den Vertrag deutlich, daß außenpolitische Belange gegenüber „antikommunistischen Ordnungsprinzipien" zu jenem Zeitpunkt den Vorrang genossen.

Mit der Bildung der Regierung Wirth — einer Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Deutschen Demokraten — trat Deutschland in die letzte Phase auf dem Weg nach Rapallo. Bis hin zum Ostertag des Jahres 1922 schien es jedoch anfänglich noch ein weiter Weg, nachdem auf Drängen Eberts Friedrich Rosen ins Außenministerium eingezogen war. Rosen zeigte kein Interesse, den schon beschrittenen Weg nach Osten weiterzugehen. Er beschloß selbst auf französischen Druck hin, Maltzan von seinem Posten im Außenamt abzuberufen und als Gesandten nach Athen zu versetzen. Als Leiter der Wirtschaftsvertretung wurde Kurt Wiedenfeld, ein Nationalökonom, nach Moskau gesandt; damit unterstrich man deutlich die „nur-wirtschaftliche" Seite des Mai-Vertrages. Auch Schlesinger und Hilger wurden beschieden, ihre Tätigkeit auf die Fürsorge für die Kriegsgefangenen zu beschränken [68]).

Ehe jedoch Maltzans Versetzung Wirklichkeit werden konnte, trat das Kabinett Wirth zurück. Damit war auch die von Rathenau als Wiederaufbauminister eingeläutete „Erfüllungspolitik" beendet. Das Kabinett Wirth hatte sich außerstande gesehen, diese Politik weiter zu betreiben, nachdem trotz Annahme des Londoner Ultimatums vom 5. Mai die Sanktionen der Alliierten (Besetzung von Düsseldorf, Duisburg-Ruhrort, Mülheim und Oberhausen im März) nicht rückgängig gemacht worden waren und die Regierung mit der Teilung Oberschlesiens auch den Verlust von Kohlen- und Erzgruben hatte hinnehmen müssen. Die Wiederberufung des von Ebert protegierten Rosen in das neue Kabinett Wirth wurde nach einem ausführlichen Gespräch Schlesingers mit Wirth verhindert [69]). Maltzan brauchte nicht nach Athen zu gehen. Er wurde selbst anstelle von Behrendt Leiter der Ostabteilung.

Mit dem zweiten Kabinett Wirth schien aber auch die spezifisch politische Seite der Ostorientierung in den Vordergrund gerückt. Wir wissen heute, daß Wirth und Maltzan gerade in den letzten Monaten vor Rapallo in enger Fühlungnahme und intensivem Gedankenaustausch miteinander standen. Entscheidend war vor allem die Funktion des Artikels 116 des Versailler Vertrages, der Rußland den Beitritt ermöglichte — unter Anerkennung alter Schuldverpflichtungen besonders gegenüber Frankreich, aber auch mit allen Gläubigerrechten gegenüber Deutschland. Nach Mitteilungen, die der Alt-Kanzler noch 1945 Moritz Schlesinger gemacht hat, ist es deutlich, daß Wirth und Maltzan einig waren in der Abwehr solcher Gefahr, zumal auch Polen mit Reparationsansprüchen aufgetreten wäre, da nach Ansicht der alliierten Kommission die polnischen Ansprüche an die sowjetrussischen gebunden waren. So beschlossen Maltzan und Wirth, den Vertrag vom Mai 1921 politisch auszubauen. Solche Pläne allerdings wurden Ebert wie auch Rosen verschwiegen. Dagegen wurde der sowjetische Bevollmächtigte Kretinski immer enger ins Gespräch gezogen. Auch Radek traf in Berlin

ein [70]). Wirth und Maltzan fürchteten die schwer belastete Isolierung Deutschlands und die europäische Bündnisstruktur der Vorkriegszeit, da man auf der Entente-Seite eine Änderung des sowjetischen Regierungssystems und damit die alte Vorkriegsbündnisfähigkeit erwartete [71]).

Die Ernennung Maltzans zum Leiter der Ostabteilung wurde einer Mitteilung des Wirtschaftsministeriums zufolge als Provokation empfunden [72]). In der Tat war dessen Aktivität in den vergangenen Monaten auch besonders groß gewesen. Wirth selbst hat bis Rapallo die Schritte im einzelnen nicht verfolgen können. Hans von Raumer ist der Überzeugung, daß von Maltzan schon vor der Abreise zur Konferenz von Genua den fertig ausgehandelten Vertrag von Rapollo in der Tasche trug [73]). Die deutsche und sowjetische Delegation reisten nach Genua ab, nicht ohne daß Tschitscherin und Maltzan noch bei AEG-Direktor Deutsch gefrühstückt hatten. Es ist hier nicht der Ort, den einzelnen Vorgängen auf der Genueser Konferenz nachzugehen. Es ging u. a. um den Beitritt Rußlands zum Versailler Vertrag auf Grund des Artikels 116 mit allen Rechten und Verpflichtungen [74]). Halten wir fest, daß Tschitscherin in der Nacht zum Ostermontag (17. April) bei Maltzan anrief und die Vertragsunterzeichnung anbot. Es folgte die denkwürdige „Pyjamasitzung" der deutschen Delegation, auf der man sich dann nach anfänglichem Widerstand Rathenaus für den Vertrag aussprach, der am folgenden Tag von Tschitscherin und Rathenau in Rapallo unterzeichnet wurde [75]).

Hans von Raumer berichtet, er habe dem im Prinzip westlich orientierten Rathenau angesichts der politischen Situation in den Tagen der Genueser Konferenz vorgeschlagen, zwischen Bismarck und Caprivi zu wählen. „Für Caprivi gegen Bismarck zu optieren, das würde Rathenau nie verwunden haben [76]." Rathenau hat sich für Bismarck entschieden, obwohl vor ihm noch die Reparationsverhandlungen mit dem Westen lagen und obwohl er vor dem „östlichen Bolschewismus eine fast körperliche Abneigung" empfand [77]). Sicher ist allerdings, daß er im Vergleich zu Maltzan nur eine nebengeordnete Rolle beim Zustandekommen des Vertrages gespielt hat.

V.

Der Historiker Rosenberg nennt den Abschluß des Vertrages den „einzigen positiven Erfolg der deutschen Außenpolitik in diesen Jahren [78])." Hans von Raumer, der die Geschichte von Rapallo aus nächster Anschauung und unmittelbarer Beteiligung miterlebte, spricht von einer „Verstandesehe", die beiden Seiten zum Vorteil gereichte [79]). Diese Urteile sind geschrieben im Sinne einer momentanen Überwindung der Krise des Politischen, die sich „heute praktisch als das Ende der Neutralität im allgemeinen geistigen und im politischen und völkerrechtlichen Sinn" zeigt, wie Richard Nürnberger es ausdrückt [80]).

Betrachten wir, was der Vertrag bedeutete. Für Rußland war er ein erster geglückter Schritt der Verbindung nach Westen, indem es sich zugleich vom Entente-Europa distanzierte. Deutschland war es seinerseits gelungen, außenpolitisch selbständig aufzutreten, jener Isolierung zu entkommen, die ihm über Artikel 116 des Versailler Vertrages drohte. Insbesondere von Frankreich ging diese Gefahr aus, das Deutschland und Sowjetrußland um jeden Preis — gemäß der Vorkriegskonstellation — auseinanderhalten wollte. Ein Brief Hans von Raumers an Gustav Stresemann stellt das Prekäre, aber zugleich auch das Eindeutige der Situation dar. Es heißt da: „Denn es wäre für uns der politische Todesstoß gewesen, hätte man die Russen in den Kreis der Entente einbezogen, sie zu Interessenten am Friedensvertrag gemacht und uns auf diese Weise völlig eingekreist. Die Parallele mit dem Rückversicherungsvertrag liegt nahe [81])."

Mochte auch einerseits die Haltung der deutschen Delegation den Anschein der Illoyalität erwecken, so konnte doch andrerseits kaum „loyales Verhalten" erwartet werden, wenn es sich um politischen Selbstmord handelt. Zugleich ist in diesem Zusammenhang der Begriff „unholy alliance" nicht ganz angebracht, den der Amerikaner Gerald Freund seiner von John Wheeler-Bennet eingeleiteten Studie über die deutsch-russischen Beziehungen als Titel mitgibt [82]).

Bezeichnend genug ist in den 50er Jahren in Monographien und Aufsätzen die Diskussion um Rapallo wieder aufgelebt. Das Thema ist gestellt: Deutschland zwischen Ost und West; anfänglich noch eine Entscheidungsfrage, die Besinnung und Rückblick erforderte, jetzt vielleicht schon ein in Besinnungslosigkeit entschiedenes Problem. Was Hans von Raumer als „Verstandsehe" bezeichnet, charakterisiert Adalbert Worliczek in heftiger Verteidigung des gradlinigen Weges der Bundesregierung als „Schaukelpolitik". Rapallo dürfe sich nicht wiederholen, darin seien sich Regierung und sozialdemokratische Opposition einig [83]). Worliczek schreibt vorwurfsvoll, aber wohl kaum in deutlicher Sicht der Situation, ist es doch nachgerade unerfindlich, wie man sich des Wortes „Schaukelpolitik" dort bedienen kann, wo der politischen Aktivität die Wahl versagt ist. Dazu kommt, daß in den Jahren nach Versailles von deutscher Seite genug Anstrengungen unternommen worden sind, um ein günstiges Verhältnis zu den Alliierten herzustellen [84]).

Der von Worliczek gewünschten Gradlinigkeit des Politischen entspricht die Einseitigkeit der ideologischen Verkrampfung; das ist Denken mit eisernem Vorhang. Er führt Politik mit ideologischen Kampfmitteln und bringt kein Verständnis auf für jene politische Unbefangenheit, die a priori ein Mehr an politisch gewichtiger Einsicht birgt. Gewiß aber soll sich diese Erstarrung, diese Krise des Politischen, einmal lösen; sie muß sich lösen, weil wir überleben wollen. Dann wird vielleicht die Erkenntnis kommen, daß man sich mancher Möglichkeiten der Korrektur begeben hat. Korrektive vorzuschlagen, hätten der Bescheidenheit des Besiegten gleich zum Zeitpunkt der Niederlage wohl angestanden. Es wäre am Platze gewesen, eine Brücke zu schlagen, selbst auf die Gefahr hin, als „Naivling" in der Rußland-Politik bezeichnet zu werden, welchen Beinamen Josef Wirth von Adalbert Worliczek erhielt. Es ist zu hoffen, daß wir Deutschen mit „Verstand, Geduld und der Vorstellungskraft, die auch den Gegner ansieht und zu kennen sucht, unseren Teil beitragen, daß die Wasserläufe zwischen Ost und West wieder ihren Lauf nehmen dürfen, statt zu gefahrdrohenden Massen gestaut zu werden [85])."

Anmerkungen:

1) S. dazu „Der Friede von Brest-Litowsk". In: Blätter für deutsche und internationale Politik, VI, 9, S. 856 ff.

2) von Rabenau, Seeckt. Aus seinem Leben, 1918—1936 (1940). Seeckt schrieb dies am 26. Mai 1919 in Versailles.

3) Anerkennung der Schuldverpflichtung aus der Kriegszeit.

4) Paul Kluke spricht von einer „unkündbaren ideologischen Hypothek", in seinem Aufsatz „Deutschland und Rußland zwischen den Weltkriegen". In: Historische Zeitschrift, 171 (1951), S. 528.

5) August Winnig, Am Ausgang der deutschen Ostpolitik (1921), S. 77.

6) Zur Geschichte des „Generalsekretariats", neuerdings Jürgen Kuczynski, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, II (1950), S. 256 ff.

7) Ebd. S. 265.

8) Eduard Stadtler, Als Antibolschewist 1918/19 (1935), S. 46 und 48. Die 500 Millionen Mark wurden noch am gleichen Tag bewilligt und ein Kuratorium zur Verwaltung bestellt.

9) Max Cohen, Der Aufbau Deutschlands und der Rätegedanke. Revolutions-Streitfragen. Neue Folge, Heft 2. Adam Stegerwald, Unsere Not und unsere Rettung. Revolutionäre Streitfragen, 3. Heft (1919).

10) Stadtler, Als Antibolschewist, S. 22.

11) Die einzelnen Nummern dieser Reihen erschienen in Auflagen zwischen 20 000 und 50 000 Exemplaren.

12) Paul Schiemann, Die Asiatisierung Europas. Revolutionäre Streitfragen, 4. Heft (1919), S. 9.

13) Ebd. S. 19.

14) Norman Körber, Die Gefahr des Weltbolschewismus. Revolutions-Streitfragen. Neue Folge, Heft 1 (1919), S. 10.

15) Eduard Stadtler, Bolschewismus und Wirtschaftsleben. Revolutionäre Streitfragen, 12. Heft (1919), S. 40. Der Passus „Das Ende der abendländischen Kultur" ist fettgedruckt.

16) Ebd. S. 25 und ders., Der einzige Weg zum Weltfrieden. Revolutionäre Streitfragen, 14. Heft, 2 (1919), S. 51.

17) Heinz Fenner, Deutschland und Rußland. Eine Antwort an Prof. Dr. P. Eltzbacher. Revolutionäre Streitfragen. Neue Folge, Heft 7 (1919), S. 48 ff. Eltzbacher hatte in seiner Broschüre „Der Bolschewismus und die deutsche Zukunft" (1919) für eine Bolschewisierung Deutschlands plädiert.

18) Walter Oehme, Mein Ziel ist die Weltrevolution. Beiträge zu den Problemen der Zeit. Heft 1 (1919), S. 18 ff., und Fenner, Deutschland und Rußland, S. 48 f.

19) Eduard Stadtler, Ist Spartacus besiegt? Der Bolschewismus als weltpolitisches Problem. Revolutionäre Streitfragen, 9. Heft (1919), S. 7 f.

20) Vgl. Erich Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914—1945. Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung. Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte, Nr. 11, S. 40 f.

21) S. „Der Friede von Brest-Litowsk", S. 862 f.

22) Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten, S. 28, verweist auf Davids Ausführungen auf dem Würzburger Parteitag.

23) Parvus (d. i. Alexander Helphand), Das soziale Programm der Bolschewiki. In: Die Glocke, 2. März 1918, S. 763.

24) Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten, S. 116 f., Anm. 90, weist neben der gutgemeinten Konzeptionslosigkeit auf die innerpolitischen Beweggründe hin, wie z. B. den Wunsch, die Reichstagsmehrheit der Friedensresolution nicht auseinanderbrechen zu lassen.

25) Zitiert nach ebd. S. 28.

26) Vgl. Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik (1955), S. 186 f.

27) Nach Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten, S. 28.

28) Hier nach ebd. S. 24.

29) „Die östliche Frage". In: Die Glocke, 23. 2. 1918, S. 740.

30) So Max Cohen, Rußland und die deutsche Zukunft. In: Sozialistische Monatshefte, 5. Februar 1918, S. 117.

31) Ebd. S. 115 (für David) und S. 113 ff. Ludwig Quessel assisitierte Cohen in der Nummer vom 1. Mai der Monatshefte in der Deutung des Selbstbestimmungsrechts. Ludwig Quessel, Marx' deutsche Politik und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, S. 386 ff.

32) R. von der Goltz, Meine Sendung in Finnland und im Baltikum (1920), S. 127.

33) Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp (1920), S. 178.

34) So Winnig über seine Reise nach Berlin im Dezember 1918, wo er über seine Tätigkeit im Baltikum berichten sollte. Er schreibt: „Im Auswärtigen Amt war man mit meinen Maßnahmen einverstanden. Den Volksbeauftragten hielt ich kurz Vortrag über die Ereignisse und meine Stellungnahme, und auch hier erhob man keinen Widerspruch." Am Ausgang der deutschen Ostpolitik, S. 72.

35) Joseph Bischoff, Die letzte Front. Geschichte der Eisernen Division im Baltikum 1919 (1935), S. 176.

36) Vgl. Albert Norden, Zwischen Berlin und Moskau (1954), S. 241.

37) So der weißgardistische Rittmeister Paul von Rosenberg, Die Bildung russischer nationaler Formationen an der baltischen Front (1920), S. 17.

38) Documents on British Foreign Policy 1919—1939, I, S. 212.

39) Nach Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland 1917—1922 (1960), S. 209.

40) Rosenberg, Entstehung und Geschichte, S. 354 ff.

41) Herbert Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik. Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 3. (1958), S. 14 f. Diese Studie ist aus dem politischen Nachlaß Brockdorff-Rantzaus sowie aus dessen umfangreichen politischen Aufzeichnungen und dem Briefwechsel gearbeitet.

42) Ebd. S. 13.

43) S. Seite 13.

44) Das Gutachten bei Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S. 21 ff.

45) Ebd. S. 23. G. Rosenfeld zitiert die Niederschrift einer Unterredung des Grafen Holtzendorff mit Brockdorff vom 1. April, nach der sich Brockdorff ähnlich geäußert haben soll. Sowjetrußland und Deutschland, S. 244.

46) Margret Boveri, Rapallo, Geheimnis-Wunschtraum-Gespenst. In: Merkur, VI (1952), S. 880 ff.

47) Nach Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland, S. 245.

48) Zum Verlauf dieser Angelegenheit, s. ebd. S. 236 ff.

49) Behrendt war Großkaufmann gewesen und galt als Rußlandkenner, ein „homo novus", wie Wipert von Blücher, Deutschlands Weg nach Rapallo (1951), S. 52, schreibt.

50) Ebd. S. 96, von Hans von Raumer, Dreißig Jahre nach Rapallo. In: Deutsche Rundschau, 78,4, S. 323, bestätigt.

51) D'Abernon, Ein Botschafter der Zeitwende, II (1928), S. 56.

52) Hans von Raumer, Dreißig Jahre nach Rapallo, S. 323.

53) Protokoll des Kasseler Parteitages der SPD, S. 33 f.

54) Vgl. Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten, S. 56 f.

55) Paul Scheffer, Die Lehren von Rapallo. In: Merkur, VII (1953), S. 377. Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S. 94, meint, daß Ebert durch die Tatsache, daß Rathenau die Unterzeichnung vollzogen habe, beunruhigt worden sei.

56) „Die weltpolitische Kräfteverteilung nach den Pariser Friedensschlüssen" (1921), S. 29.

57) Ebd. S. 28 f.

58) Hans von Raumer, Dreißig Jahre nach Rapallo, S. 321.

59) Der Plan stieß jedoch auf den Widerstand Sowjetrußlands, das eine zu starke Einflußnahme der kapitalistischen Länder auf seine Wirtschaft fürchtete. Hans von Raumer sagt, daß Lloyd George unbedingt einen innenpolitischen Erfolg habe buchen wollen. Dreißig Jahre nach Rapallo, S. 322.

60) Paul Scheffer, Die Lehren von Rapallo, S. 379.

61) Margret Boveri, Rapallo, S. 881.

62) Nach Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland, S. 254.

63) Paul Scheffer, Die Lehren von Rapallo, S. 373.

64) Ebd. S. 374 f. Für die gesamte Kriegsgefangenenfrage vgl. Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S. 28 ff.

65) Vgl. Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S. 46.

66) Nach Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland, S. 326 f.

67) Ebd. S. 331.

68) Vgl. ebd. S. 335 f. und Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S. 52 ff.

69) Günter Rosenfeld, Das Zustandekommen des Rapallo-Vertrages. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, IV (1956), S. 680.

70) Dazu Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland, S. 360.

71) Zu den Mitteilungen Schlesingers s. Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S. 56 ff.

72) Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland, S. 360.

73) Hans von Raumer, Dreißig Jahre nach Rapallo, S. 324, und auch Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S. 79 ff., neben Schieder, Die Probleme des Rapallo-Vertrages (1956), S. 37, Anm. 70.

74) Nachzulesen bei Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland, S. 376 ff.

75) Zum Inhalt des Vertrages s. den Vertragstext im Anschluß an diesen Artikel.

76) Hans von Raumer, Dreißig Jahre nach Rapallo, S. 329.

77) So ein Urteil des Botschafters Herbert von Dirksen, Moskau—Tokio—London (1949), S. 46.

78) Rosenberg, Entstehung und Geschichte, S. 380.

79) Hans von Raumer, Dreißig Jahre nach Rapallo, S. 330.

80) Richard Nürnberger, Die Grundlagenkrise der Politik. In: Außenpolitik, VI, 2, S. 87.

81)Nach Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S. 98. Hans von Raumer schrieb diesen Brief als Beobachter der Deutschen Volkspartei [kursiv von mir, H. L.].

82) Gerald Freund, Unholy Alliance. Russian-German relations from the Treaty of Brest-Litovsk to the Treaty of Berlin (1957), insbes. S. 248 ff.

83) Adalbert Worliczek, Rapallo: Drohung und Wirklichkeit. Die neuen Akten zur deutschen Außenpolitik. In: Die politische Meinung, 5 (1956), S. 22 und 38.

84) Vgl. dazu auch Helbig, Die Träger der Rapallo-Politik, S. 101.

85) Vgl. im übrigen die feinsinnigen Bemerkungen von Paul Scheffer, Die Lehren von Rapallo, S. 388 ff.

Anhang:

Der Text des Vertrages von Rapallo:

„Die Deutsche Regierung, vertreten durch
Reichsminister Dr. Walther Rathenau, und
die Regierung der Russischen Sozialistischen
Föderativen Sowjetrepublik, vertreten durch
Volkskommissar Tschitscherin,

sind über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Artikel 1

Die beiden Regierungen sind darüber einig, daß die Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über die Fragen aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Rußland auf folgender Grundlage geregelt wird:

a) Das Deutsche Reich und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, d. h. derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen einschließlich aller im Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind. Desgleichen verzichten beide Teile auf den Ersatz der Zivilschäden, die den Angehörigen des einen Teils durch die sogenannten Kriegsausnahmegesetze oder durch Gewaltmaßnahmen staatlicher Organe des anderen Teiles verursacht worden sind.

b) Die durch den Kriegszustand betroffenen öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, einschließlich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des anderen Teiles geratenen Handelsschiffe, werden nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit geregelt werden.

c) Deutschland und Rußland verzichten gegenseitig auf Erstattung der beiderseitigen Aufwendung für Kriegsgefangene. Ebenfalls verzichtet die Deutsche Regierung auf Erstattung der von ihr für die in Deutschland internierten Angehörigen der Roten Armee gemachten Aufwendungen. Die Russische Regierung verzichtet ihrerseits auf Erstattung des Erlöses aus von Deutschland vorgenommenen Verkäufen des von diesen Internierten nach Deutschland gebrachten Heeresgutes.

Artikel 2

Deutschland verzichtet auf die Ansprüche, die sich aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik auf deutsche Reichsangehörige oder ihre Privatrechte sowie auf

die Rechte des Deutschen Reiches und der Länder gegen Rußland sowie aus den von der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik oder ihren Organen sonst gegen Reichsangehörige oder ihre Privatrechte getroffenen Maßnahmen ergeben, vorausgesetzt, daß die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik auch ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht befriedigt.

Artikel 3

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik werden sogleich wieder aufgenommen. Die Zulassung der beiderseitigen Konsuln wird durch ein besonderes Abkommen geregelt werden

Artikel 4

Die beiden Regierungen sind sich ferner auch darüber einig, daß für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles und für die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten soll. Der Grundsatz der Meistbegünstigung erstreckt sich nicht auf die Vorrechte und Erleichterungen, die die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik einer Sowjetrepublik oder einem solchen Staat gewährt, der früher Bestandteil des ehemaligen Russischen Reiches war.

Artikel 5

Die beiden Regierungen werden den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage auf internationaler Basis werden sie in vorherigen Gedankenaustausch eintreten. Die Deutsche Regierung erklärt sich bereit, die ihr neuerdings mitgeteilten, von Privatfirmen beabsichtigen Vereinbarungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern.

Artikel 6

Die Artikel 1 b und 4 dieses Vertrages treten mit der Ratifikation, die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages treten sofort in Kraft.

gez. Rathenau gez. Tschitscherin."

durch das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" vom 15. September 1935 (ein Gesetz, an dessen „Zustandekommen Dr. Globke in ganz hervorragendem Maße beteiligt gewesen ist" — so NS-Innenminister Frick in einem Brief an den Stellvertreter des „Führers") die Eheschließung zwischen „Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes" verboten, ebenso der außereheliche Verkehr zwischen Angehörigen der beiden „Rassen", der als „Rassenschande" später mit schwersten Strafen, bis zur Todesstrafe, verfolgt wurde.

In der „Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht", Ausgabe vom 15. 1. 1937, findet sich der Abdruck eines Urteils des Großen Strafsenats des Reichsgerichtes zum „Verbrechen der Rassenschande" mit einem anschließenden Kommentar zu diesem Urteil. In dem Kommentar heißt es u. a.:

„Über die Abgrenzung des Begriffs Geschlechtsverkehr im Sinne des Blutschutzgesetzes bestehen Meinungsverschiedenheiten. Während Lösener-Knost (Nürnberger Gesetze) darunter nur den Beischlaf verstehen, legen die übrigen Erläuterungsbücher den Begriff weiter aus und verstehen unter Geschlechtsverkehr außer dem Beischlaf auch den regelwidrigen Geschlechtsverkehr, insbesondere beischlafähnliche Handlungen (vgl. Brandis, Die Ehegesetze; Stuckart-Globke, Kommentare zur deutschen Rassengesetzgebung). Das Reichsgericht hat sich mit eingehender Begründung die weitere Auslegung zu eigen gemacht. Diese Entscheidung ist zu begrüßen, zumal sie dazu dienen wird, unerwünschte geschlechtliche Beziehungen zwischen Juden und Deutschen zu erschweren und Umgehungen des Blutschutzgesetzes zu verhüten."

Als Verfasser dieses abscheulichen Kommentars zum Urteil zeichnet: Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium Dr. Globke, Berlin ... CDU-MdB-Barzel über Globke: „Gebe Gott, daß in der roten Diktatur der Zone möglichst viele Männer so wirken, wie Hans Globke es in der braunen Diktatur tat."

-ne

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aus der Rede Präsident Kennedys vor den Vereinten Nationen am 25. September 1961

„Wir treten hier in einer Stunde der Trauer, aber auch großer Aufgaben zusammen. Dag Hammarskjöld ist tot. Aber die Vereinten Nationen bestehen weiter. Sein tragisches Geschick geht uns sehr ans Herz. Aber die Aufgaben, um derentwillen er starb, stehen an der Spitze unserer Tagesordnung. Ein großer Diener des Friedens ist von uns gegangen. Aber die Suche nach dem Frieden liegt noch vor uns.

Das Problem ist nicht der Tod eines Mannes — das Problem ist das Fortbestehen dieser Organisation. Sie wird entweder weiter wachsen, um den Aufgaben unseres Zeitalters gerecht zu werden — oder sie wird mit dem Wind verweht werden, ohne jeden Einfluß, ohne Kraft, ohne Achtung. Wenn wir es zulassen, daß sie dahinstirbt, daß ihre Kraft geschwächt wird, daß ihre Machtbefugnisse beeinträchtigt werden, dann würden wir unsere Zukunft verraten.

Denn im Ausbau dieser Organisation liegt die einzige echte Alternative zum Krieg — und der Krieg besitzt als sinnvolle Alternative keine Anziehungskraft mehr. Der bedingungslose Krieg kann nicht mehr zum bedingungslosen Sieg führen. Er kann nicht länger zur Beilegung von Streitigkeiten dienen. Er kann nicht länger die Großmächte allein angehen. Denn eine nukleare Katastrophe, die vom Winde, vom Wasser und der Furcht weitergetragen wird, könnte sehr wohl die Großen und Kleinen, die Reichen und die Armen, die Bundesgenossen und die Bündnisfreien gleichermaßen verschlingen. Die Menschheit muß dem Krieg ein Ende machen — sonst wird der Krieg der Menschheit ein Ende bereiten.

Deshalb laßt uns hier beschließen, daß Dag Hammarskjöld nicht umsonst gelebt haben — und gestorben sein — soll. Laßt uns einen Waffenstillstand gegen den Terror ausrufen. Laßt uns die Segnungen des Friedens ins Auge fassen. Und laßt uns, während wir das internationale Potential der Friedenserhaltung aufbauen, mit vereinten Kräften das nationale Kriegspotential abbauen ...

Heute muß jeder Bewohner unseres Planeten auf den Tag gefaßt sein, da dieser nicht mehr bewohnbar ist. Jeder Mann, jede Frau, jedes Kind lebt unter einem nuklearen Damoklesschwert, das an dem dünnsten aller Fäden hängt, der jeden Augenblick durch einen Zufall, eine Fehlkalkulation oder Wahnsinnstat zerschnitten werden kann. Die Waffen des Krieges müssen beseitigt werden, bevor sie uns beseitigen.

Die Menschen diskutieren nicht mehr darüber, ob Rüstungen ein Symptom oder die Ursache der Spannungen sind. Die bloße Existenz der modernen Waffen — die zehnmillionenfach gewaltiger sind als alles, was die Welt bisher gesehen hat, und dabei binnen weniger Minuten jedes beliebige Ziel auf Erden erreichen — ist eine Quelle des Schreckens, der Zwietracht und des Mißtrauens. Die Menschen sind nicht länger der Ansicht, daß man mit der Abrüstung bis zur Beilegung aller Streitigkeiten warten solle — denn die Abrüstung muß ein Bestandteil jeder dauerhaften Friedensregelung sein. Und die Menschen können nicht länger behaupten, daß Abrüstungsbemühungen ein Zeichen der Schwäche seien — weil die Sicherheit einer Nation, die erst einmal in die Spirale des Wettrüstens geraten ist, unbeschadet des Anwachsens ihrer Rüstung durchaus zu schrumpfen vermag. Seit fünfzehn Jahren bereits strebt diese Organisation die Beschränkung und Beseitigung der Rüstungen an. Heute ist dieses Ziel nicht länger mehr ein Traum — es geht praktisch um Leben und Tod. Die mit der Abrüstung verbundenen Risiken verblassen vor den Risiken eines unbeschränkten Rüstungswettlaufs ...

Das Programm für eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer und internationaler Kontrolle, das dieser Vollversammlung unterbreitet werden wird, schlägt eine Brücke über die Kluft zwischen jenen, die auf einem schrittweisen Vorgehen bestehen, und jenen, die lediglich von einer endgültigen und totalen Abrüstung reden. Es würde die Maschinerie zur Wahrung des Friedens schaffen, in dem Maße, wie es die Kriegsmaschinerie zerstört. Es würde durch ausgewogene und abgesicherte Phasen Fortschritte ermöglichen, so daß kein Staat einen militärischen Vorteil über einen anderen erhält. Es würde die letzte Verantwortung für die Verifizierung und Kontrolle denen übertragen, denen sie zusteht — nicht den Großmächten allein, nicht dem Gegner oder sich selbst, sondern einer internationalen Organisation im Rahmen der Vereinten Nationen.

Es würde jene unumgängliche Bedingung der Abrüstung — wirkliche Inspektion, in Stufen, proportional der Stufe der Abrüstung — garantieren und in Anwendung bringen. Es würde sowohl Einsatzsysteme als auch Waffen erfassen. Es würde schließlich sowohl ihre Produktion als auch ihre Erprobung, ihren Transport als auch ihren Besitz unterbinden. Es würde unter den Augen einer internationalen Abrüstungsorganisation eine ständige Verminderung nuklearer und konventioneller Macht zustande bringen, bis es alle Armeen und alle Waffen außer denen, die für die innere Ordnung und für eine Friedensarmee der Vereinten Nationen notwendig sind, abgeschafft hat. Und es läßt diesen Prozeß, heute, dann, wenn die Gespräche beginnen, anlaufen.

Kurz gesagt, die allgemeine und vollständige Abrüstung darf nicht länger ein Schlagwort bleiben, das gebraucht wird, um den ersten Schritten Widerstand zu leisten. Es ist nicht länger ein Ziel ohne Mittel und Wege, es zu erreichen, ohne Mittel und Wege, seinen Fortschritt zu verwirklichen, ohne Mittel und Wege, den Frieden zu erhalten. Es ist jetzt ein realistischer Plan und zugleich eine Bewährungsprobe — eine Bewährungsprobe für jene, die nur den Willen haben zu reden, und eine Bewährungsprobe für jene, die bereit sind, zu handeln.

Ein solcher Plan würde uns keine Welt bescheren, die frei wäre von Auseinandersetzungen und Habgier; er bescherte uns aber eine Welt, die frei wäre von den Schrecken und der Massenvernichtung. Er würde nicht das Zeitalter des Superstaates einleiten; er würde aber eine Ära einleiten, in der kein Staat einen anderen auslöschen oder von einem anderen ausgelöscht werden könnte.

Im Jahre 1945 schlug unser Land den Baruch-Plan für eine Internationalisierung der Er-

kenntnisse der Atomforschung vor, noch ehe andere Nationen die Atombombe besaßen oder ihre Truppen demobilisiert hatten. Wir schlugen gemeinsam mit unseren Verbündeten den Abrüstungsplan von 1951 vor, noch während wir in Korea im Krieg standen. Und wir machen unsere Vorschläge heute, während wir unsere Verteidigung wegen Berlin ausbauen, nicht weil wir unbeständig, unaufrichtig oder eingeschüchtert sind, sondern weil wir wissen, daß die Rechte freier Menschen sich behaupten werden; weil wir, während wir gegen unseren Willen zur Aufrüstung gezwungen sind, mit Vertrauen über Berlin hinaus unseren Blick auf jene Art einer abgerüsteten Welt richten, der wir alle den Vorzug geben.

Ich schlage deshalb auf der Grundlage dieses Plans vor, daß die Abrüstungsverhandlungen unverzüglich wieder aufgenommen und ohne Unterbrechung fortgeführt werden, bis ein umfassendes Programm für eine allgemeine und vollständige Abrüstung nicht nur vereinbart, sondern tatsächlich verwirklicht ist.

Am besten beginnt man logischerweise mit einem Vertrag, der die Beendigung der Kernwaffenversuche jeglicher Art, in jeglicher Umgebung durch praktisch durchführbare Kontrollen gewährleistet. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben einen solchen Vertrag vorgeschlagen, der sowohl angemessen, wirksam und unterschriftsfertig ist. Wir sind bereit, diesen Vertrag noch heute zu unterzeichnen.

Wir haben auch ein beiderseitiges Verbot ohne Inspektionen und Kontrollen für Versuche in der Atmosphäre vorgeschlagen, um das Menschengeschlecht vor dem Gifthauch der radioaktiven Ausschüttungen zu schützen. Wir bedauern, daß dieses Angebot nicht akzeptiert worden ist . . .

Doch um die Weiterverbreitung dieser schrecklichen Waffen aufzuhalten, um die Verseuchung der Luft aufzuhalten, um den immer schneller werdenden Atomwaffen-Wettlauf aufzuhalten, sind wir weiterhin bereit, neue Wege des Übereinkommens ausfindig zu machen. Unser neues Abrüstungsprogramm enthält dementsprechend folgende Vorschläge:

1. Unterzeichnung des Vertrages über ein Versuchsverbot durch alle Nationen. Dies kann sofort geschehen. Verhandlungen über ein Versuchsverbot müssen nicht und sollten auch nicht eine allgemeine Abrüstung abwarten.
2. Einstellung der Produktion spaltbarer Materialien für die Waffenherstellung und Verhinderung einer Übergabe solcher Materialien an jede Nation, die jetzt über keine Kernwaffen verfügt.
3. Verbot der Übertragung einer Kontrolle über Kernwaffen an Staaten, die keine besitzen.
4. Verhinderung, daß Kernwaffen neue Schlachtfelder im Weltraum schaffen.
5. Allmähliche Vernichtung vorhandener Kernwaffen und Verwendung ihres Materials für friedliche Zwecke. Und schließlich: Beendigung der unumschränkten Erprobung und Herstellung von Einsatzmitteln für strategische Kernwaffen und ebenfalls allmähliche Vernichtung dieser Einsatzmittel.

Waffen zu zerstören, ist aber nicht genug. Wir müssen schöpferisch sein auch im Zerstören: weltweites Recht und weltweiten Rechtsvollzug schaffen, während wir den weltweiten Krieg und weltweite Waffen ächten. In der Welt, die wir erstreben, werden UNO-Eingreifverbände, wie sie bisher in Hast aufgestellt, nur schleppend versorgt und unzureichend finanziert wurden, niemals ausreichen.

Deshalb empfehlen die Vereinigten Staaten, daß sämtliche Mitgliedstaaten besondere Verbände ihrer Streitkräfte aussuchen, die für die Vereinten Nationen auf Abruf bereitgehalten werden, eine besondere Ausbildung erhalten und schnell verfügbar sein sollen und für die im voraus die notwendigen Vorkehrungen für ihre Finanzierung und ihre Versorgung getroffen werden . . .

Doch die Geheimnisse des Weltraums dürfen unseren Blick oder unsere Energie nicht von der rauhen Wirklichkeit ablenken, der sich unsere Mitmenschen gegenübersehen. Politische Souveränität ist nur ein Hohn ohne die Mittel, mit Armut, Analphabetentum und Krankheit fertig zu werden. Selbstbestimmung ist nur eine Phrase, wenn die Zukunft keine Hoffnung bereithält.

Und dies ist der Grund, weshalb meine Nation — die ihr Kapital und ihre Technik bereitwillig mit anderen geteilt hat, um sie bei ihrer Selbsthilfe zu unterstützen — vorschlägt, diese Dekade der sechziger Jahre offiziell als UNO-Dekade der Entwicklung zu bezeich-

nen. Im Rahmen dieser Resolution können die gegenwärtigen Anstrengungen, welche die Vereinten Nationen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums unternehmen, erweitert und koordiniert werden. Regionale Studien- und Ausbildungsstätten können jetzt die Talente vieler zusammenfassen. Neue Forschungsprogramme, technische Entwicklungshilfe und Leitprojekte können den Reichtum minderentwickelter Länder und ungenutzter Wasserreservoire erschließen. Und Entwicklung kann ein Unternehmen der Zusammenarbeit, nicht des Konkurrenzkampfes werden, um alle Nationen, so verschiedenartig sie nach System oder Glauben auch sein mögen, in die Lage zu versetzen, de facto wie de jure zu freien und gleichen Nationen zu werden.

Mein Land tritt für eine Welt freier und gleichberechtigter Staaten ein. Wir stimmen mit jenen überein, die erklären, der Kolonialismus sei ein Schlüsselproblem in dieser Versammlung. Wir wollen aber die Tatsachen in ihrer Gesamtheit hier auch in ihrer Gesamtheit zur Sprache bringen.

Da ist einmal die Tatsache, daß eine weltweite Unabhängigkeitserklärung seit Beendigung des zweiten Weltkriegs nahezu einer Milliarde Menschen auf einem Gebiet von rund 23 Millionen Quadratkilometern in 42 freien und unabhängigen Ländern zur Eigenstaatlichkeit verholfen hat. Noch nicht einmal zwei Prozent der Bevölkerung der Erde leben heute in abhängigen Gebieten.

Ich übersehe die verbleibenden Probleme des traditionellen Kolonialismus keineswegs, vor die sich diese Körperschaft auch heute noch gestellt sieht. Diese Probleme werden mit Geduld, gutem Willen und Entschlossenheit gelöst werden. Innerhalb der Grenzen unserer Verantwortlichkeit für diese Dinge beabsichtigt mein Land Mitbeteiligter und nicht nur Beobachter des friedlichen und raschen Übergangs von Völkern vom Kolonialstatus zur Partnerschaft Gleichberechtigter zu sein. Diese unaufhörliche Welle der Selbstbestimmung, die so mächtig anschwillt, hat unsere Sympathie und unsere Unterstützung. Aber Kolonialismus in seiner krassesten Form ist nicht nur die Ausbeutung von jungen Völkern durch alte, von Menschen mit dunkler Haut durch Weiße oder die Unterjochung der Armen durch die Reichen. Mein Land war einst Kolonie, und wir wissen, was Kolonialismus bedeutet: die Ausbeutung und Unterjochung der Schwachen durch die Starken, der Vielen durch Wenige, der Regierten, die ohne ihre Zustimmung regiert werden — unabhängig vom Kontinent, der Klasse und der Hautfarbe ...

Die Westmächte haben in aller Ruhe beschlossen, mit allen Mitteln, die ihnen etwa aufgezwungen werden, ihre Verpflichtungen und ihren Zugang zu den freien Bürgern Westberlins sowie die Selbstbestimmung dieser Bürger zu verteidigen. Diese Generation hat aus bitterer Erfahrung gelernt, daß sowohl das Drohen mit der Gewalt als auch das Weichen vor der Gewalt nur zu einem Krieg führen können. Festigkeit und Vernunft können jedoch zu der Art von friedlicher Lösung führen, an die mein Land glaubt.

Wir haben uns nicht auf eine starre Formel festgelegt, und wir sehen auch keine perfekte Lösung. Wir erkennen an, daß Truppen und Panzer eine Zeitlang ein Volk gegen seinen Willen geteilt halten können, so unklug eine solche Politik uns auch zu sein scheint. Aber wir glauben, daß eine friedliche Vereinbarung möglich ist, die die Freiheit West-Berlins und die Anwesenheit sowie den Zugang der Alliierten schützt und gleichzeitig die historischen und legitimen Interessen anderer an der Gewährleistung der Sicherheit in Europa anerkennt.

Die Möglichkeiten von Verhandlungen werden gegenwärtig sondiert. Es ist noch zu früh, darüber zu berichten, welche Aussichten bestehen. Was uns anbetrifft, so wären wir froh, wenn wir zu gegebener Zeit berichten könnten, daß eine Lösung gefunden worden ist. Denn es besteht keine Notwendigkeit für eine Berlin-Krise, die den Frieden bedroht, und wenn diejenigen, die diese Krise geschaffen haben, Frieden wünschen, dann werden in Berlin Frieden und Freiheit herrschen.

Die Ereignisse und Entscheidungen der nächsten zehn Monate können sehr wohl das Schicksal der Menschheit für die nächsten zehntausend Jahre bestimmen. Wir werden uns ihnen nicht entziehen können. Es wird keine Revision für diese Entscheidungen geben. Und an uns hier in diesem Saal wird man sich entweder erinnern als Teil jener Generation, die diesen Planeten in einen lodernden Scheiterhaufen verwandelte oder der Generation, die ihrem Versprechen gerecht wurde, die folgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren.

In dem Bestreben, jenes Versprechen zu erfüllen, gelobe ich alle Anstrengungen, deren diese Nation fähig ist. Ich gelobe Ihnen, daß wir weder eine Aggression begehen, noch eine solche provozieren werden, daß wir weder zurückweichen noch mit Gewalt drohen werden, daß wir niemals aus Furcht heraus verhandeln und uns niemals vor Verhandlungen fürchten werden . . .

Ich kam aber heute hierher, um über diese Welt der Drohungen hinaus nach einer Welt des Friedens Ausschau zu halten. Bei jener Suche können wir keinen endgültigen Triumph erwarten, denn es werden sich immer neue Probleme ergeben. Wir können nicht erwarten, daß sich alle Völker das gleiche System zu eigen machen — denn Konformität ist der Kerkermeister der Freiheit und der Feind jeder Entwicklung.

Doch wie nahe wir auch manchmal diesem finsteren und tödlichen Abgrund zu sein scheinen, so darf doch kein friedens- und freiheitsliebender Mensch verzweifeln. Denn er steht nicht allein. Wenn wir nur alle durchhalten — wenn wir nur in jedem Land und in jedem Amt über die eigenen Grenzen und Ambitionen hinaussehen —, dann wird mit Sicherheit auch jenes Zeitalter anbrechen, in dem die Starken gerecht, die Schwachen sicher sind, und wo jedermann Frieden hält.

Meine Damen und Herren, Mitglieder dieser Versammlung, die Entscheidung liegt bei Ihnen. Niemals hatten die Nationen der Welt so viel zu verlieren oder so viel zu gewinnen. Entweder werden wir gemeinsam unseren Planeten retten, oder wir werden gemeinsam in seinen Flammen umkommen. Wir können ihn retten, und wir müssen ihn retten, und dann werden wir den ewigen Dank der Menschheit ernten und als Friedensstifter auch den ewigen Segen Gottes."

Nach: Die Welt v. 27. IX. 61

Ministerpräsident Chrustschow vor dem Parteikongreß der KPDSU zur Deutschland-Frage

Unlängst, während seines Aufenthaltes in den USA anläßlich der Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, führte der Außenminister der Sowjetunion, Genosse Gromyko, Besprechungen mit dem Außenminister und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten. Er führte auch Besprechungen mit dem Außenminister und dem Premierminister Englands. Nach diesen Besprechungen gewannen wir den Eindruck, daß die Westmächte ein gewisses Verständnis für die Situation aufbringen und geneigt sind, Lösungen für das deutsche Problem und die West-Berlin-Frage auf beiderseits annehmbarer Grundlage zu suchen.

Jedoch zeichnet sich in den westlichen Ländern und vor allem in den Vereinigten Staaten eine sonderbare Eigenart ab. Das eine wird dort während der Besprechungen zwischen den Staatsmännern und das andere wird in der Presse gesagt, obwohl es feststeht, daß die Presse offensichtlich über den Charakter dieser Gespräche informiert wurde.

In der westlichen Presse wird die Frage des deutschen Friedensvertrags in einer unvernünftigen, unrealistischen Weise dargestellt. Man erhebt zum Beispiel den Vorwurf, bei der Lösung der deutschen Frage wolle sich irgendwer einen Obstgarten nehmen und dafür einen Apfel hergeben. Der Vergleich gefällt vielleicht den Autoren, aber im gegebenen Fall spiegelt der Vergleich nicht das richtige Bild. Es ist bekannt, daß die Sowjetregierung vorschlägt, den deutschen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Wir gehen von der faktischen Lage aus, die sich nach der Zertrümmerung Hitlerdeutschlands ergab. Jeder Krieg muß mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrages beendet werden. Für die Aggression, für die Entfesselung eines Krieges muß man die Verantwortung tragen und zahlen. So steht die Sache. Was hat der Garten, was hat der Apfel damit zu tun? . . .

Der deutsche Friedensvertrag muß und wird unterzeichnet werden, mit den Westmächten oder ohne sie. Auf der Basis dieses Vertrages wird auch die Lage West-Berlins als einer freien und entmilitarisierten Stadt normalisiert werden. Den Westmächten und allen Ländern der Welt soll das Recht des freien Zugangs nach West-Berlin im Zusammenhang mit den entsprechenden internationalen Normen zugestanden werden, das heißt, man muß eine entsprechende Vereinbarung mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, auf deren Gebiet die Verbindungswege West-Berlins mit der übrigen Welt verlaufen, erzielen.

Einige Vertreter der Westmächte sagen, unser Vorschlag, in diesem Jahr den deutschen Friedensvertrag abzuschließen, stelle ein Ultimatum dar. Aber das ist eine unrichtige Be-

hauptung. Die Vorschläge wurden ja schon 1958 vorgebracht. Seitdem ist viel Zeit vergangen. Wir haben die Lösung dieser Frage nicht forciert, da wir auf die Herbeiführung eines gegenseitigen Verständnisses mit den Westmächten hofften. Man fragt sich: Wo ist hier ein Ultimatum? Als die Sowjetregierung vorschlug, den deutschen Friedensvertrag abzuschließen, hat sie kein Ultimatum gestellt, sondern ging von der Notwendigkeit aus, diese herangereifte Frage endlich zu lösen. Sie besteht auch jetzt auf der raschesten Lösung des deutschen Problems. Sie ist dagegen, diese endlos hinauszuziehen. Falls die Westmächte sich bereit zeigen, das deutsche Problem zu regeln, dann wird die Frage des Zeitpunkts der Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages nicht von solcher Bedeutung sein. Wir werden dann nicht darauf bestehen, daß der Friedensvertrag unbedingt bis zum 31. Dezember 1961 unterzeichnet ist. Das wichtigste ist, die Überbleibsel des zweiten Weltkrieges zu liquidieren und einen deutschen Friedensvertrag zu unterschreiben. Das ist die Grundlage, um die es geht."

Nach: Deutsche Zeitung v. 20. X. 61

Amerikanischer Senator nach Berlin-Besuch für „informelle" Anerkennung der DDR

Der demokratische Senator des USA-Staates Maine, Edmund Muskie, erklärte in Washington nach seiner Rückkehr von einem Besuch in Berlin, eine informelle westliche Anerkennung der Sowjetzonenrepublik könnte möglich sein, falls ein Übereinkommen über die westlichen Zugangsrechte nach Berlin erreicht werden könne und die Stabilität West-Berlins garantiert sei. Auf keinen Fall dürfe ein neuer Status von Berlin, der alle vier Sektoren umfassen müsse, die Stadt wirtschaftlich, militärisch und politisch schwächen. Es müsse auch geprüft werden, ob eine De-facto-Anerkennung der Existenz des Zonenregimes unter Bedingungen möglich sei, die die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nicht präzudizierten.

Deutsche Zeitung v. 3. X. 61

Fulbright zur Berlinfrage

Der amerikanische Senator Fulbright, Präsident der Senatskommission für außenpolitische Angelegenheiten, erklärte am Samstagabend anläßlich einer Pressekonferenz in London:

„Ich glaube nicht, daß die westlichen Mächte in der Berlinfrage keine Fehler begangen haben. Wir haben im Gegenteil zahlreiche Fehler gemacht. Auf uns lastet ein großer Teil der Verantwortung für die gegenwärtige Lage, für die ich mich schäme. Die Verantwortung für die Affäre kommt nicht allein der Sowjetunion zu."

Auf eine Frage nach der Zweckmäßigkeit einer allfälligen Lieferung von Kernwaffen an die deutsche Bundesrepublik antwortete Fulbright: „Dies hängt von der künftigen Entwicklung der Lage ab. Wenn im Hinblick auf ein annehmbares Abkommen mit der Sowjetunion Fortschritte erzielt werden, sollte man von einem solchen Beschluß absehen."

Fulbright betonte, er spreche ausschließlich in seinem eigenen Namen und nicht in demjenigen der amerikanischen Regierung. Der Senator äußerte sich zugunsten von Verhandlungen, in denen genau festgelegt werden sollte, was die sowjetische Regierung unter einer „Freien Stadt" und „freiem Zugang" in bezug auf Berlin versteht; denn es habe sich bereits herausgestellt, daß die Sowjetunion diesen Begriffen nicht den gleichen Sinn gebe wie der Westen.

Neue Zürcher Zeitung v. 4. X. 61

Fulbright kritisiert westliche Berlin-Politik

Der Vorsitzende der Außenpolitischen Kommission des Senats, William Fulbright, bekräftigte am Montagabend nach seiner Rückkehr aus London seine Ansicht, daß die Ausrüstung der deutschen Bundeswehr mit sogenannten Mehrzweckwaffen, die auch atomare Sprengladungen tragen können, nicht nur für die Sowjets ein Gegenstand ernster Sorge zu sein scheine, sondern auch für die Nachbarn Deutschlands. Er erklärte ferner, die Verzögerungstaktik sowohl der Regierung Eisenhower wie auch der Regierung Kennedy habe möglicherweise zur Berlinkrise beigetragen. Präsident Eisenhower habe während seiner achtjährigen Amtszeit „nicht sehr viel" getan, um die umstrittenen alliierten Rechte auf freien Zugang nach Berlin zu festigen. Verhandlungen, durch die man hätte herausbekom-

men können, was die Sowjets in Berlin wirklich bezweckten, seien „wegen der Wahlen in Westdeutschland" aufgeschoben worden.

Der Hauptfehler sei gewesen, daß die Vereinigten Staaten in den Jahren 1944 und 1945 versäumt hätten, genaue Abmachungen über die Zugangswege nach Berlin zu treffen. Die Vereinbarungen, die nach dem Zusammenbruch Deutschlands ausgehandelt wurden, seien informeller Art und „in höchstem Grade unbefriedigend". Die Vereinigten Staaten könnten nicht allzu selbstsicher auf ihrem Standpunkt beharren, weil sie durch ihre Verzögerungstaktik zu dem Problem beigetragen hätten. Früher oder später müßten die Fehler der Vergangenheit beseitigt werden; die Vereinigten Staaten sollten aber auch nicht „fluchtartig das Feld räumen". Fulbright nannte die Gespräche Rusks mit Gromyko einen Schritt in der richtigen Richtung und erklärte: „Wir sollten herausfinden, was die Sowjets wirklich mit Formulierungen wie völlig ungehinderter Zugang der Alliierten nach Berlin meinen."

Neue Zürcher Zeitung v. 5. X. 61

Washington gegen deutsche „Kreuzzugsstrategen"

In diesen Tagen werden in Washington die deutschen Reaktionen sehr aufmerksam beobachtet. „Was beabsichtigen eigentlich", so fragen die Amerikaner, „jene deutschen Zeitungen, die einen neuen Kreuzzug predigen? Sie versuchen, die Vereinigten Staaten auf die Alternative Wiedervereinigung oder Krieg festzulegen; aber sind sie wirklich bereit, ihren Lesern klarzumachen, daß die Deutschen dann notfalls auch für Berlin sterben müßten? In den USA sind sieben von zehn Bürgern dazu bereit. In dem Lande aber, dessen Hauptstadt Berlin ist, wird diese Frage umgangen. Keine der politischen Parteien hat sie ihren Wählern zugemutet."

Washington wartet darauf, daß mutige deutsche Politiker ihrem Volk endlich sagen, was — mit amerikanischer Hilfe — erreichbar ist und was nicht. In der militärischen Notstandsplanung für Berlin zum Beispiel verfährt Bonn nach dem Grundsatz: Keine Verwicklung der Bundeswehr in gewaltsame lokale Auseinandersetzungen der vier Besatzungsmächte. Dasselbe Bonn aber ist nicht bereit, öffentlich zuzugeben, daß auch die Deutschen sich vor der Alternative „Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und des Ulbricht-Staates oder Krieg" mit großer Mehrheit gegen den Krieg entscheiden würden.

Thilo Koch in: Die Zeit v. 6. X. 61

Reynauds Gespräche mit Chrustschow

In einer Rede vor dem „American Club" in Paris erklärte der ehemalige französische Ministerpräsident Paul Reynaud, Chrustschow habe ihm anläßlich seines jüngsten Aufenthaltes in der Sowjetunion gesagt, „Berlin hat für mich keine große Bedeutung. Dieser Tropfen wird den Krug nicht zum Überlaufen bringen." Der sowjetische Ministerpräsident habe beigefügt, der wirkliche Konflikt sei eher im Unterschied der Lebensart in Ost und West zu suchen. Es stelle sich die Frage, welche der beiden den Sieg davontragen und den Menschen mehr Befriedigung auf materiellem und intellektuellem Gebiet geben werde. Chrustschow habe ferner ausgeführt, ein Krieg in der gegenwärtigen Lage käme einem Selbstmord gleich.

Reynaud erklärte, aus seinen Unterredungen mit Chrustschow könne er schließen, daß ein Krieg zu vermeiden sei. Die nach seiner Ansicht vorhandene Furcht vor der Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion führte Reynaud auf einen „nicht vertretbaren Minderwertigkeitskomplex" zurück.

Neue Zürcher Zeitung v. 7. X. 61

Lester Pearson hält Anerkennung der DDR für möglich

Der ehemalige kanadische Außenminister Lester Pearson hat am Montagabend erklärt, man könne nicht zu einer Lösung der Berlin-Frage beitragen, indem man vorgebe, daß die DDR nicht existiere und keine Autorität habe. Vor der „Gesellschaft deutsch-kanadischer Geschäftsleute" in Toronto sagte der jetzige Führer der liberalen Opposition Kanadas, vielleicht werde es bald zu irgendeiner Defacto-Anerkennung des Ost-Berliner Regimes kommen, obwohl „dieses Regime brutal und tyrannisch ist und von Männern geführt wird, die sich ohne die Macht der Sowjetunion keine 24 Stunden im Sattel halten könnten". Pearson sagte ferner, der Westen sei nicht gewillt, in den Krieg zu ziehen, um die

Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Selbstbestimmung zu erzwingen. Das bedeute aber nicht, daß das Ideal eines friedlichen, demokratischen und wiedervereinigten Deutschlands aufgegeben werden dürfe.

Frankfurter Rundschau v. 11. X. 61

Norwegen gegen Atomwaffenbasen

König Olav V. von Norwegen erklärte in seiner Thronrede, daß sich seine Regierung an das Prinzip halte, keine nuklearen Waffen auf norwegischem Gebiet zu dulden. „Die Regierung wird versuchen, die Verteidigungskraft des Landes durch die Anschaffung moderner und passender Mittel sowie durch die Rekrutierung von genügendem und qualifiziertem Personal zu fördern", erklärte er. „Atomwaffen werden nicht auf norwegischem Gebiet stationiert".

Die Tat (Zürich) v. 11. X. 61

Friedensappell der Nobelpreisträger

Einen gemeinsamen Friedensappell an alle Staatsmänner der Erde haben die sieben noch lebenden Träger des Friedensnobelpreises und das fünfköpfige Nobelpreiskomitee des norwegischen Storting veröffentlicht. Die Deklaration ist von Sir Norman Angell (Großbritannien), Lord Boyd Orr of Brechin (Großbritannien), Ralph Bunche (USA), Philip Noel-Baker (Großbritannien), Lester B. Pearson (Kanada), Georges Pire (Belgien), Albert Schweitzer (Frankreich) und den fünf Abgeordneten unterzeichnet. Sie lautet: „Der Friede der Welt ist ernsthaft gefährdet. In dieser Situation großer Gefahr flehen wir die Staatsmänner aller Länder an, Mäßigung zu zeigen, damit eine Katastrophe vermieden werden kann. Wir bitten Sie, sich der Verantwortung zu erinnern, die Sie gegenüber der ganzen Menschheit tragen, und fordern Sie leidenschaftlich auf, Zurückhaltung und Geduld zu üben."

FAZ v. 11. X. 61

Erklärungen des polnischen Parteichefs Gomulka in einem Interview mit „Le Monde":

„Unter diesen Bedingungen ist es schwer zu sagen, auf was der Westen zählt. Ist sein Ziel die Vereinigung Deutschlands, dann müßte er eine Politik betreiben, die diese Vereinigung fördert. Bis jetzt ist er weit davon entfernt. Ist sein Ziel die Entwicklung des westdeutschen Militarismus, das Verbleiben der Bundesrepublik in der NATO, dann sind alle Schlagworte über die Vereinigung nichts als Propaganda, eine ganz einfache Täuschung.

Will man zu einer langandauernden Verständigung kommen, zu einer Entspannung, zu einer Festigung des Friedens, dann muß man mit der Anerkennung der beiden deutschen Staaten anfangen. Solange es zwischen Ost und West keine Übereinstimmung in dieser Frage geben wird, kann keines der anderen Probleme gelöst werden.

In Europa gibt es keine Gefahr einer ‚leeren Zone', die ‚der Kommunismus anknabbern könnte'. Die ‚leere Zone' ist in der Epoche der Atombombe etwas ganz anderes wie zur Zeit der Kanonen mit einer Schußweite von 40 km. Heute, da der eine oder andere Teil Geschosse 20 oder 25 000 km weit schicken kann, bedeutet die leere Zone nichts mehr.

Beeinflußt Westdeutschland das Kräfteverhältnis im Weltmaßstab? Nein. Es gibt zwei entscheidende Mächte: die USSR und die USA. Die Wiederaufrüstung Westdeutschlands verschärft nur die Kriegsgefahr. Selbst wenn Westdeutschland nicht bewaffnet wäre, könnten die USA es verteidigen oder Westeuropa vor einem angeblichen Angriff schützen, sofern sie wirklich fürchten, daß er von den sozialistischen Staaten kommen kann. Wir haben niemals gesagt, daß eine atomwaffenfreie Zone nur Westdeutschland oder Deutschland in seiner Gesamtheit umfassen soll. Der Rapacki-Plan sieht vor, daß die atomwaffenfreie Zone vier Staaten einschließt, darunter Polen und die Tschechoslowakei unter den gleichen Bedingungen. Und trotzdem hat man ihn ohne jede Diskussion verworfen. Hätte man ihn angenommen, wären spätere Ereignisse vermieden worden und der Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland wäre möglich.

Wenn die Westmächte guten Willen zeigen wollen, wenn sie wirklich die friedliche Lösung des deutschen Problems anstreben, dann muß es möglich sein, zu einem Friedensvertrag zu gelangen mit Deutschland, so wie es heute ist, das heißt mit den beiden deut-

schen Staaten. In diesem Fall könnte eine wirkliche Sicherheit und der Friede in Europa hergestellt werden.

Es gibt noch eine andere Alternative, die schlechter wäre: Der Friedensvertrag könnte mit der DDR, zur gleichen Zeit wie ein Übereinkommen hinsichtlich der Lösung des Problems West-Berlin, unterzeichnet werden. Obwohl das die Aufrichtung einiger Hindernsse auf dem Weg des Krieges bedeuten würde, könnten die Revisionisten weiter Illusionen unterhalten hinsichtlich der Möglichkeit, die DDR, früher oder später, zu absorbieren. Solcherart handeln, hieße auf den Krieg setzen. Niemand wird sich von dem Gerede vom ‚Selbstbestimmungsrecht' fangen lassen. Davon zu sprechen, während die Bundesrepublik im Schoß der NATO sitzt, ist Heuchelei.

Das Problem der Vereinigung Deutschlands wird eines Tages von der Geschichte und den Deutschen gelöst werden. Eines Tages, das heißt unter normal gewordenen Bedingungen, nach dem Abschluß des Friedensvertrages, nachdem die beiden deutschen Staaten die Militärblöcke verlassen haben. Dann könnte die Situation eine Annäherung zwischen ihnen erlauben. Gegenwärtig entfernt sie jeder Schritt, jeder Tag voneinander."

Le Monde v. 11. 10. 61

Besprechungen Rapackis mit Rusk

Der polnische Außenminister Rapacki hielt nach einer mehr als einstündigen Unterredung mit Staatssekretär Rusk am Dienstag eine Pressekonferenz ab, in der er erklärte, er glaube, es gäbe eine Basis für Ost-West-Verhandlungen über das Berlinproblem, „wenn beide Seiten die Lage in Europa zu stabilisieren wünschten".

In Beantwortung von Fragen erklärte der polnische Außenminister, sein Gespräch mit Rusk sei „sehr interessant und nicht pessimistisch" gewesen. Auf die Frage, ob er glaube, daß eine befriedigende Basis für Ost-West-Gespräche über die Berlinfrage gefunden werden könnte, antwortete er: „Wenn beide Seiten ebenso wie Polen wünschen, daß die Lage in Europa sich stabilisiert und die Gefahren, die bestehen und die im Laufe der Jahre entstanden sind, beseitigt werden, dann glaube ich, daß eine solche Basis für Verhandlungen möglich ist."

Rapacki sagte, er habe mit Rusk auch den „Rapacki-Plan" diskutiert, den er vor einigen Jahren vorschlug, und der für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa eintritt. Der Staatssekretär betrachte diesen Plan als eine „wichtige Angelegenheit".

Neue Zürcher Zeitung v. 12. X. 61

Humphrey: Sympathie für Rapackis Plan

In einem zwanzig Minuten dauernden Fernsehinterview für das polnische Fernsehen hat der amerikanische Senator Humphrey — vor seiner Abreise aus Polen — zur Überraschung polnischer und diplomatischer Kreise Warschaus Sympathien für den Rapackiplan bekundet und dessen neue Überprüfung durch die amerikanische Abrüstungsbehörde angekündigt. Humphrey sagte, dieser Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (die beide Teile Deutschlands, Polen und die Tschechoslowakei einschließen soll) sei „konstruktiv" und verdiene, da er auf die Milderung der Spannungen ziele, „eine sehr ernste Erwägung durch alle Mächte". Auf den Einwand, daß der Plan doch bisher von Amerika abgelehnt worden sei, antwortete Humphrey: „Er wurde durch die frühere Regierung abgelehnt, doch jetzt haben wir einen neuen Präsidenten mit einer neuen Politik und einer neuen Abrüstungspolitik." Die neugeschaffene amerikanische Abrüstungsbehörde werde diesen Plan ernst in Betracht ziehen.

FAZ v. 18. X. 61

Wachsender Unmut Washingtons über Bonns Intransigenz

Die USA hoffen dringend, daß die deutsche Bundesrepublik künftig einen stärkeren Beitrag zur Gestaltung einer westlichen Berlin-Politik leisten wird, mit der eine friedliche Lösung des Berlin-Problems erreicht werden kann. Präsident Kennedy äußerte diese Erwartung am Mittwoch zweimal auf seiner Pressekonferenz. Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Bundesrepublik nach der Bildung einer neuen Regierung in Bonn „mit mehr Kraft" als bisher an der Formulierung der westlichen Deutschland- und Berlin-Politik teilnehmen werde.

Hinter dieser Äußerung des Präsidenten steht eine wachsende Unzufriedenheit mit den geringen Fortschritten, die in den letzten Wochen in Washington bei den westlichen Botschafterbesprechungen über die Berlin-Politik des Westens gemacht worden sind. In amerikanischen Regierungskreisen wird dafür hauptsächlich die Bundesrepublik verantwortlich gemacht, deren Einstellung sich zunehmend verhärtet habe. Unterrichtete Kreise Washingtons haben das Gefühl, daß Botschafter Grewe, der die Bundesrepublik im Botschafterlenkungsausschuß der vier Westmächte vertritt, sehr weitgehend die Hände gebunden sind.

Jedenfalls wird der deutsche Beitrag zu den Überlegungen, wie eine friedliche Regelung des Berlin-Konflikts erreicht werden kann und welche Preise der Sowjetunion dafür unter Umständen gezahlt werden können, in amerikanischen Regierungskreisen nicht als sehr konstruktiv empfunden. Die deutsche Politik wird dahingehend charakterisiert, daß sie alle Aussichten für die von Washington angestrebten Verhandlungen mit äußerstem Pessimismus betrachtet, daß sie die Ergebnisse der zweiseitigen amerikanisch-sowjetischen Berlin-Gespräche besonders negativ bewertet und daß sie bei der Erörterung jeder Konzessionsmöglichkeit fast ausnahmslos eine „harte Linie" einschlage. Darüber hinaus ist die Äußerung Grewes in einem Fernsehinterview, daß die Unterredung zwischen Kennedy und Gromyko ein Schritt zurück gewesen sei, in Washington nicht als sehr glücklich empfunden worden.

Amerikanische Regierungskreise vertreten bei der Erörterung dieser Probleme die Auffassung, daß eine Berlin-Lösung — und damit die konstruktive Alternative zum Kriege — von beiden Seiten Zugeständnisse erfordert. Für den Westen sei darum eine flexible Haltung nötig. Auf welchen Gebieten der Westen Zugeständnisse machen könne und bis zu welcher Grenze solche Konzessionen gehen dürften, das müsse jetzt von den Vertretern der Westmächte Punkt für Punkt abgesprochen werden. Für diese notwendige Vorbereitungsarbeit künftiger Berlin-Verhandlungen erhoffen Washingtoner Regierungskreise eine stärkeren deutschen Beitrag.

Stuttgarter Zeitung v. 13. X. 61

Lippmann gegen „hysterische Schreier"

„Die hysterischen Schreie der Deutschen über Verrat nicht übermäßig ernst zu nehmen", hat der amerikanische Publizist Walter Lippmann in der „New York Herald Tribune" empfohlen.

Ohne erfolgreiche Verhandlungen mit den Sowjets werde „Westberlin ein verlorenes Schiff ohne Treibstoff sein, das sein Ruder verloren hat. Deshalb ist es unwahr, daß wir in Verhandlungen nur verlieren könnten und nichts zu gewinnen hätten".

„Verhandeln heißt nicht aufgeben, was wir haben, sondern versuchen, zu erhandeln, was nötig ist und was wir nicht haben — nämlich eine Zukunft für Westberlin, die zu leben sich lohnt."

Nach: Die Welt v. 18. X. 61

Kissinger für Anerkennung der Oder-Neiße-Linie

Der Deutschland-Experte und enge Mitarbeiter des amerikanischen Präsidenten Kennedy, Henry Kissinger, hat sich am Wochenende in einer Fernsehsendung für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze ausgesprochen. Er gab zu, daß die Westmächte nach dem Krieg der Vertreibung von elf Millionen Menschen aus den Ost-Gebieten nicht hätten zustimmen sollen. Die Deutschen sollten sich aber jetzt mit der Tatsache abfinden, daß es solange keine Aussichten auf eine Wiedervereinigung gebe, als sie auf ihren territorialen Forderungen bestehen.

Deutsche Zeitung v. 16. X. 61

„New York Times" über „Obstruktion" der Bundesrepublik

Die Obstruktion von Verhandlungen durch Westdeutschland und/oder Frankreich ist ebenso unvernünftig. Wenn eine ehrenhafte und zufriedenstellende Lösung für Berlin und die deutsche Krise gefunden werden soll, dann kann sie nur durch Verhandlungen gefunden werden ... Es gibt Grundlagen für Verhandlungen über Berlin und Deutschland, und sie sollten untersucht werden. Es braucht dabei nichts aufgegeben oder eingebüßt zu werden." Die Zeitung meint, ein Austritt Deutschlands aus der NATO sei nicht

annehmbar, fügt aber hinzu: „Aber eine teilweise Abrüstung auf beiden Seiten, ein teilweiser Rückzug sowohl der sowjetischen als auch der allierten Streitkräfte, die Anerkennung dessen, daß die deutsche Wiedervereinigung jetzt nicht möglich ist und daß die Oder-Neiße-Linie tatsächlich die ständige polnisch-deutsche Grenze ist — solche Gedanken sind nicht so alarmierend, daß sie Verhandlungen darüber ausschließen würden.

New York Times v. 20. X. 61

Der belgische Senatspräsident für Anerkennung der DDR

Der Präsident des belgischen Senats, Paul Struye, hat sich am Montag in seinem jede Woche erscheinenden politischen Kommentar in der Tageszeitung „La libre Belgique" für die Anerkennung der Sowjetzonenrepublik durch die Westmächte eingesetzt. Struye schrieb: „Vor einigen Jahren stimmte Rußland der Wiedervereinigung Deutschlands, aber eines neutralen Deutschlands, zu. Ob es richtig oder falsch war, die Bonner Regierung lehnte jedenfalls diese Formel ab. Damit trug sie indirekt dazu bei, daß die Spaltung Deutschlands zu einem Dauerzustand wurde. Seitdem haben sich die beiden Deutschlands mehr und mehr voneinander entfernt. Die Zeit hat nicht für die Wiedervereinigung gearbeitet. Überdies sind De-facto-Kontakte zwischen dem Westen — einschließlich der Bundesrepublik — und Ostdeutschland hergestellt worden, Handelsabkommen sind zwischen den beiden Deutschlands geschlossen worden. Es ist deshalb immer mehr unmöglich, seine Augen vor der geographischen Realität zu verschließen, die Ostdeutschland darstellt. Man kann daher auch nicht erkennen, aus welchem wichtigeren Grunde man starr an einer Haltung der Nichtanerkennung festhalten sollte, die keinen Beitrag zu dem Vorgang der Wiedervereinigung leistet, die aber ein Abkommen zur wesentlichen Verbesserung des Schicksals von zweieinhalb Millionen Westberlinern verhindern könnte. Die jetzige Diplomatie ist elastisch und geschickt genug, um eine Formel zu finden, die, ohne bis zu einer De-jure-Anerkennung zu gehen, das Pankower Regime in die Lage versetzen würde, sich einem Abkommen über den Status Berlins anzuschließen und ihm die Unverletzlichkeit seiner Grenze mit Polen zuzusichern. Man sollte auch nicht vergessen, daß durch die Politik der Unnachgiebigkeit für die Westberliner nichts gewonnen wird. Würde das ein glückliches Ergebnis sein? „Die Politik des Schlimmsten ist fast immer die schlimmste Politik."

Stuttgarter Zeitung v. 24. X. 61

Schwedens Außenminister legt eine Variante zum Rapacki-Plan vor

Um in der internationalen Atomwaffendiskussion aus der Sackgasse herauszukommen, in der sie seit der mißglückten Genfer Konferenz der Kernwaffenmächte und der Wiederaufnahme der Bombenexperimente durch die Sowjetunion steckt, hat Schwedens Außenminister Undén jetzt einen bemerkenswerten Vorschlag gemacht. Wie der Minister im Politischen Hauptausschuß der UN erklärte, möchte er alle diejenigen Länder, welche noch keine Kernwaffen besitzen, zu einem „Antiatomklub" zusammenschließen, dessen Mitglieder es grundsätzlich ablehnen, sich an der Kernwaffenrüstung zu beteiligen, und die die Verpflichtung eingehen, solche Waffen weder herzustellen noch einzuführen.

Auf den ersten Blick gleicht der Vorschlag Undéns dem Plan des polnischen Außenministers Rapacki, der schon 1957 die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa angeregt hat. Der schwedische Außenminister geht jedoch insofern weiter als Rapacki, als er den Antiatomklub nicht auf Europa begrenzen, sondern weltweit gestalten will. Ein weiterer wesentlicher Unterschied gegenüber dem Rapacki-Plan besteht darin, daß nach Undéns Vorschlag die Atomverzichterklärung bedingt und befristet wäre, die Mitglieder des Klubs sich ihre Handlungsfreiheit ausdrücklich vorbehalten sollen, falls kommende Abrüstungsverhandlungen der Kernwaffenmächte abermals negativ enden würden.

Mit diesem Vorbehalt, so meint Außenminister Undén, könnten die Mitglieder seines Klubs einen gewissen politischen Druck auf die Kernwaffenmächte ausüben, um sie wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Frage der Versuchskontrolle an der die Genfer Verhandlungen scheiterten, stellt seiner Meinung nach heute kein unüberwindliches Hindernis mehr dar. Wie der Minister im schwedischen Rundfunk ausführte, habe man die Bedeutung dieser Frage bisher überbewertet, denn die Erfahrungen der letzten Wochen hätten gezeigt, daß die amerikanischen Instrumente in der Lage sind, alle sowjetischen Kernwaffenexplosionen genauestens zu registrieren. Darum sei die Schaffung einer um-

fassenden Kontrollorganisation, welche garantiere, daß die kleinsten und auch unterirdische Versuche ermittelt werden, nicht länger so wichtig, wie man angenommen habe.
Frankfurter Rundschau v. 1. XI. 61

Gaitskell befürwortet in Rom De-facto-Anerkennung der DDR

Auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Rom befürwortete der britische Oppositionsführer Gaitskell am Dienstag eine „begrenzte De-facto-Anerkennung der DDR", die Akzeptierung der Oder-Neiße-Grenze und die Übersiedlung einiger UN-Institutionen nach West-Berlin. Gaitskell warnte jedoch vor zu weitgehenden Zugeständnissen, die die Freiheit der West-Berliner gefährden könnten. Zu dem Einwand, das Ulbricht-Regime stütze sich nicht auf die Bevölkerung, sagte Gaitskell, der Westen erkenne auch die Regierungen der Tschechoslowakei, Polens und anderer Ostblocksatelliten an, ohne sie zu billigen. Man gebe sich einer Illusion hin, wenn man glaube, die deutsche Wiedervereinigung dadurch fördern zu können, daß man weder mit den Machthabern in Pankow rede noch sie in begrenztem Umfange anerkenne, sondern bloß verharre und abwarte.
Frankfurter Rundschau v. 25. X. 61

Bonn kauft angeblich für 2,4 Milliarden DM US-Ausrüstungsgegenstände

Die Bundesregierung hat, einer Meldung der „New York Times" zufolge, beschlossen, amerikanische Militärausrüstung im Wert von 600 Millionen Dollar (2,4 Milliarden Mark) zu kaufen. In einem am Sonntag veröffentlichten Bericht des Londoner Korrespondenten der Zeitung, Drew Middleton, der sich auf zuverlässige Kreise in der britischen Hauptstadt beruft, hieß es, britische Regierungsbeamte betrachteten dieses Geschäft als das wichtigste Ergebnis des Besuchs des stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsministers Gilpatric in der Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien.
Stuttgarter Zeitung v. 30. X. 61

Kasernen, Kasernen, Kasernen ...

In der Bundesrepublik sind gegenwärtig 61 Kasernen in Bau; weitere 99 befinden sich noch in der Planung. Wenn das Kasernenbauprogramm der Bundeswehr, das in der letzten Zeit schnelle Fortschritte gemacht hat, abgeschlossen ist, werden den Streitkräften 536 Unterkünfte zur Verfügung stehen. Die Neubauten liegen vorwiegend in den Zonenrandländern Niedersachsen, Bayern und Hessen.

Zur Zeit verfügt die Bundeswehr in Westdeutschland über 376 Kasernen, von denen vorher 99 zivil genutzt wurden. Sechzehn weitere waren vom Bundesgrenzschutz belegt, und 185 standen den ausländischen Stationierungsstreitkräften zur Verfügung.
Der Mittag v. 25. IX. 61

Bisher 70 Mrd. DM Stationierungskosten

An Besatzungskosten und mit der Stationierung alliierter Streitkräfte zusammenhängenden Verteidigungsausgaben haben Bund und Länder seit 1945 über 70 Milliarden R- und DM gezahlt. Diese Mitteilung wurde am Donnerstag zu Beginn einer zweitägigen Sitzung des Arbeitsstabes Verteidigungs- und Besatzungslasten der Länder-Finanzministerien in Kaiserslautern gemacht.
Kölnische Rundschau v. 27. X. 61

Merkatz rühmt die Ritterkreuzträger

„Halten Sie an der Tradition Ihres Kreuzes fest; es ist kein verblassendes Ordenszeichen. Es ist viel mehr! Auf Sie sieht man, nicht nur als die Elite, sondern als einen Adel unseres Volkes", erklärte am Samstagabend Bundesminister von Merkatz bei dem Jahrestreffen der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" in Bensheim-Auerbach.

Der Minister, der vor etwa 200 Mitgliedern der Gemeinschaft über das Thema „Vom Sinn der Tradition" sprach, betonte, auch die heute Verantwortlichen fühlten „die ganze Ehrerbietung vor der Leistung, die Sie vollbracht haben und vor Ihnen als Vorbild". Als Vertreter der Bundeswehr und im Auftrag des Verteidigungsministers Strauß waren Generalmajor Pape und General Plocher zu dem Treffen erschienen.

Scharf wandte sich der Minister in seiner Rede gegen die Behauptung von „nonkonformistischen Literaten", daß Begriffe wie Ehre, Vaterland, Heimat, Volk und Nation als entzauberte Phrasen „in den Mülleimer der Geschichte" gehörten. Tradition sei der Ausdruck von Selbstbehauptung und ungebrochenem Lebensgefühl und seineswegs ein Anachronismus. Weil Amerikaner und Sowjets an die Zukunft glaubten, würden auch sie das Heute und Morgen im Gestern zu begründen suchen. „Tradition ist die Kraft, eine Gesinnung herauszubilden", erklärte von Merkatz. Auch die Stärke der Wehrmacht des Dritten Reiches habe weitgehend in der Tradition ihre Wurzel gehabt. Die Armee gehöre zu den traditionsbildenden Kräften, und wenn es sicher auch zu Verbiegungen und Verzerrungen gekommen sei, so sei die Jugend doch zur Wehrtüchtigkeit erzogen worden.

Das enge Verhältnis des Soldaten zur Tradition begründete der Minister mit dem besonders ausgeprägten Gefühl des Militärs zur Verantwortung für die Gemeinschaft. Diese Verantwortung sei „die Pflicht und die Ehre des Soldaten". Er wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die Vorstellung vom Staatsbürger in Uniform. „Es kann nicht sein, daß der Soldat im Grunde nichts ist als ein verkleideter Zivilist. Wollte man ihn in jeder Hinsicht an den Maßen des bürgerlichen Lebens messen, so wäre er selbst mit modernsten Waffen im Ernstfall wahrscheinlich nutzlos", sagte von Merkatz. Die Armee brauche Autorität und Vorbilder, um „die Manneszucht, die alte Soldatentugend", zu wecken. Mit Militarismus habe diese Auffassung nichts zu tun, denn „unser Soldat weiß, daß man für den Krieg rüsten muß, um den Frieden zu erhalten".

Zuvor hatte der Ritterkreuzträger Tetsch aus Stuttgart zum Thema „Die NATO und wir" gesprochen. Er vertrat dabei die Ansicht, daß der einzige Weg zur Wiedervereinigung die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik sei.

Frankfurter Rundschau v. 16. X. 61

Prof. Pauling über die Strahlengefährdung durch die sowjetische Superbombe

Nach Ermittlungen des amerikanischen Nobelpreisträgers Pauling wird, wie der Springer-Auslandsdienst meldet, die Explosion der sowjetischen Superbombe für die nächsten 6000 Jahre Tausende und Abertausende von Menschen gefährden. Pauling, der durch seinen jahrelangen Widerstand gegen alle Arten von Kernwaffenversuchen bekannt geworden ist, spricht die Befürchtung aus, daß infolge der Strahlendosis 40 000 Babys mit körperlichen Verunstaltungen geboren werden.

Die Welt v. 21. X. 61

Prof. Pauling gegen die sowjetischen Atomversuche

Auch der amerikanische Nobelpreisträger Pauling ersuchte Chrustschow in einem Telegramm, den geplanten Versuch fallenzulassen. Die weltweite radioaktive Verseuchung würde dazu führen, daß Zehntausende von Kindern mit körperlichen und geistigen Schäden zur Welt kämen. Ein von Pauling auf Tonband gesprochener Appell wurde am Wochenende von Radio Liberty nach der Sowjetunion ausgestrahlt. Pauling bat Präsident Kennedy überdies telegraphisch, die USA sollten öffentlich auf weitere Atombombenversuche verzichten, falls die Sowjetunion ihren Super-Versuch absagen sollte.

Deutsche Zeitung v. 23. X. 61

Nkrumah an Chrustschow

Der ghanaische Staatspräsident Nkrumah hat an Chrustschow telegraphiert, daß er wegen der sowjetischen Versuche äußerst besorgt sei. In dem Telegramm heißt es: „Ich hoffe aufrichtig, daß es zumindest möglich ist, diese Versuche zu verschieben."

Stuttgarter Zeitung v. 21. X. 61

Earl Russell in der Sowjetbotschaft

Der englische Philosoph Earl Russell und einige Mitglieder seines „Komitees der 100", dem prominente Atombombengegner angehören, übergaben der sowjetischen Botschaft in London am Dienstag eine scharfe Protestnote gegen die von der Sowjetunion ausgelöste atomare Explosion. In der Note, welche der 89jährige Philosoph selber überbrachte, heißt es wörtlich:

„Wir protestieren gegen die Explosion der stärksten jemals getesteten Atomwaffe durch

die Sowjetunion, genau wie wir gegen die Rolle, die unsere Regierung und die Vereinigten Staaten im Wettkampf um die nuklearen Waffen spielten, Protest eingelegt haben. Dieser verderbenbringende Wettlauf kann nur die Vernichtung beider Seiten bringen, denn ein Sieg ohne Vernichtung ist heute nicht mehr möglich."

Neue Zürcher Zeitung v. 26. X. 61

Weitere Proteste gegen die sowjetischen Atomversuche

Norwegische Atombombengegner haben die norwegische Regierung am Mittwoch gebeten, bei der Weltorganisation einen Initiativantrag zu stellen, wonach Atombombenversuche als Bruch des Völkerrechts geahndet werden sollen. Der Appell an die Regierung ist von 13 prominenten Norwegern unterzeichnet. Eine Delegation des deutschen „Komitees gegen Atomrüstung" hat am Mittwoch in der sowjetischen Botschaft in Bonn einen Brief an den sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow übergeben, in dem gegen die Kernwaffenversuche der Sowjets protestiert und an den Kreml appelliert wird, diese Versuche einzustellen. 50 amerikanische Wissenschaftler haben Ministerpräsident Chrustschow in einem Telegramm aufgefordert, die Atombombenversuche sofort abzubrechen. Eine Nation, die die eigene militärische Sicherheit über die Interessen der Menschheit stelle, werde sich auch dafür entscheiden, einen Atomwaffenkrieg zu führen, heißt es in dem Appell.

Stuttgarter Zeitung v. 26. X. 61

Nehru verurteilt den sowjetischen Superbomben-Versuch

Premierminister Nehru mißbilligte am Dienstagmorgen die Explosion der sowjetischen 50-Megatonnen-Bombe. Nehru erklärte bei der Grundsteinlegung für ein Spital in Delhi, es sei „bedauerlich, daß die Sowjetunion trotz dem von den Vereinigten Nationen an sie gerichteten Appell diesen Versuch vorgenommen hat". Diese Experimente verschmutzten nicht nur die Atmosphäre, „sondern auch den Geist der Menschheit". Der Regierungschef fügte hinzu: „Die jüngste Kernexplosion hat das Vertrauen der Völker der Erde in das Versprechen eines Moratoriums untergraben." Möglicherweise würden künftige Generationen von diesen Versuchen betroffen. Nehru schloß mit den Worten, es sei falsch, zu behaupten, diese Versuche würden zum Zweck der nationalen Sicherheit durchgeführt. In Tat und Wahrheit verschärften sie die Weltlage und trieben andere Länder dazu, ihre eigenen Versuche ebenfalls wieder aufzunehmen.

Neue Zürcher Zeitung v. 1. XI. 61

Frankreich plant neue Atomversuche

Kurz nach dem Bekanntwerden der Explosion der sowjetischen Superbombe hat die französische Zeitung „France Soir" gestern mitgeteilt, die französische Regierung plane „in Kürze" einen neuen Kernwaffenversuch. Die Bombe werde wahrscheinlich unter der Erde gezündet. Der Versuch soll in der Sahara stattfinden. Bisher hat Frankreich vier Kernladungen über der Erde zur Explosion gebracht.

Denselben Hinweis veröffentlichte die französische Zeitung „Le Monde", die allgemein die Reaktion offizieller Kreise widerzuspiegeln pflegt. Im Zusammenhang mit den sowjetischen Atombombenversuchen schreibt das Blatt: „Frankreich könnte in Kürze eine neue Serie von Versuchsexplosionen unternehmen. Es ist bekannt, daß diese Versuche unter der Erde in dem Gebiet von Hoggar in der Sahara stattfinden werden."

Der Mittag v. 31. X. 61

Bemerkungen

Dr. Hildegard F o r r e s hat Volkswirtschaft und Psychologie studiert. Sie war Leiterin der Berufsberatungsstelle der Schülerinnen der höheren Lehranstalten Groß-Berlins. Ostern 1939 von den nationalsozialistischen Behörden aus Deutschland ausgewiesen, lebt sie seither in Großbritannien. Sie ist als Psychologin, Pädagogin und Schriftststellerin tätig.

Max W i n i g e r, Zürich, ist, als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), Präsident der „Bewegung gegen die atomare Aufrüstung in der Schweiz". Gleichzeitig vertritt er die SPS im Kantonsrat des Kantons Zürich.

Dr Hermann 35

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O.,
M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D.
Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident
Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D.
Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus
Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D.
Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm
Foerster, PH, D., D. D.
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel
(Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg
und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayfron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D.
Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner
Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Dr. Viktor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h.,
Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr.
Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László
Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Earl Bertrand Russell,
O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R.
Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr.
Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk
Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer
Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

BLÄTTER
FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VI. Jahrgang | **November 1961** | **Heft 11**

Die Lage:

Die Stunde der deutschen Öffentlichkeit

Kennedy muß taktieren

Der weltpolitische Ost-West-Dialog zwischen Moskau und Washington ist noch immer im Stadium der Sondierungen und Vorbesprechungen. Sie werden begleitet von Ereignissen, die die Dringlichkeit einer umfassenden Klärung der Beziehungen zwischen den beiden Machtblöcken noch einmal mit allem Nachdruck deutlich machen. Die Vorbereitung von konkreten Verhandlungen wird auf beiden Seiten, vor allem auf der westlichen, erschwert durch die innenpolitischen Machtverhältnisse. Präsident Kennedy hat in den letzten Wochen erneut, wenngleich zumeist in etwas verschlüsselter Form, zu verstehen gegeben, daß er ein Agreement mit der Sowjetunion in den entscheidenden Fragen (Abrüstung, Deutschland, Berlin) für geboten hält. Es wurde auch deutlich, daß Washington weit unvoreingenommener als bisher Alternativen zu der festgefahrenen amerikanischen Deutschland-Politik der letzten Jahren sucht. Gerade die unverkennbare Nervosität der Bonner Partner dieser bisherigen amerikanischen Deutschland-Politik läßt die Ernsthaftigkeit jener Überlegungen der Kennedy-Administration erkennen. In diesen Rahmen gehören Überlegungen, die ein Disengagement in Mitteleuropa, ein „Einfrieren" der Bewaffnung der Bundeswehr, eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sowie vermehrte technische Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR betreffen. Der polnische Außenminister Rapacki, der Initiator des nach ihm benannten Planes, traf anläßlich seiner Teilnahme an der Sitzung der UN-Generalversammlung mit Staatssekretär Rusk zusammen. In Warschau äußerte sich etwa zu gleicher Zeit der amerikanische Senator Humphrey bemerkenswert positiv über den Rapacki-Plan. Allen Dementis zum Trotz gehen, hinter einem Vorhang einander oft widersprechender Erklärungen, die Sondierungen weiter. Darüber kann auch die vorübergehende Zuspitzung der Lage in Berlin nicht hinwegtäuschen, die freilich ein Symptom für die Krisenhaftigkeit der Situation ist und die Notwendigket neuer, beiderseits anerkannter Vereinbarungen erkennen läßt.

Man hat Grund zu der Annahme, daß die Demonstrationen der Amerikaner in Berlin — denen freilich nur ein Teilerfolg beschieden war — nicht zuletzt eine Konzession an die amerikanischen (und in einem gewissen Sinne natürlich auch

die außeramerikanischen westlichen) Gegenspieler Kennedys waren. Denn der amerikanische Präsident steht zweifellos unter einem starken Druck der Kreise, die für eine Fortsetzung und das kann nur heißen Forcierung der bisherigen Politik der Stärke, mit allen ihren Konsequenzen, plädieren. Selbstverständlich hat Kennedy ohnehin alles andere im Sinn als eine Kapitulation vor den Sowjets; er muß es aber auch vermeiden, auch nur den Anschein einer solchen zu erwecken. Seine innenpolitischen Gegner denunzieren ständig seine auf Einsicht in die weltpolitischen Gegebenheiten und auf Weitsicht beruhende Kompromißbereitschaft als „appeasement". Die Position des amerikanischen Präsidenten ist angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Kongreß nicht so stark, daß er über diese Gegner hinweg einfach zur weltpolitischen Tagesordnung übergehen könnte. Ein beträchtlicher Teil seines innenpolitischen Reform-Programms ist von ihnen bereits zu Fall gebracht worden. Die Groß-Industrie steht der neuen Administration heute zum größeren Teil ablehnend gegenüber, vor allem wegen der Forcierung der Anti-Trust-Politik durch die progressiv-liberalen wirtschaftspolitischen Berater Kennedys.

So sind denn in den USA die Kreise überaus aktiv, die vor allem aus geschäftlichen Gründen an einer Fortsetzung des Kalten Krieges, d. h. an einer Steigerung der amerikanischen Aufrüstung unmittelbar interessiert sind. In der Londoner „Tribune" vom 20. Oktober hat Raymond F l e t c h e r auf die Umtriebe der Rüstungslobby hingewiesen; sie stützt sich auf maßgebende Kreise des Pentagon und arbeitet mit diesen gegen das Weiße Haus zusammen. Einer der Wortführer der republikanischen Agitation gegen Kennedy ist der von uns schon einmal früher erwähnte Senator G o l d w a t e r von Arizona, der Führer der ausgesprochenen Rechten in den Vereinigten Staaten, der möglicherweise schon 1964 als republikanischer Präsidentschafts-Kandidat auftreten wird. Die berüchtigte ultrarechte, prä-faschistische John Birch Society verdächtigt die Administration „unamerikanischer Haltung" und behauptet, das weltpolitisch kompromißbereite, innenpolitisch relativ fortschrittliche Washington sei „kommunistisch verseucht". Zweifellos ist ein Teil der amerikanischen Öffentlichkeit für solche Thesen empfänglich. Schließlich harrt neben dem Deutschland- und Berlin-Problem auch noch das so heikle C h i n a - Problem seiner Lösung; und auch in dieser Frage werden die USA in nicht allzu ferner Zeit zu einer Anerkennung der Tatsachen gezwungen sein, die die innenpolitische Auseinandersetzung noch verschärfen dürfte. Der Washington-Korrespondent der Zürcher „Tat" schrieb am 8. 10. in seinem Blatt: „Nicht so sehr in der Berlin-Frage, sondern vielmehr in der unabwendbaren China-Krise wird das liberale Amerika um seine Existenz zu kämpfen haben." Die katastrophale Verschlechterung der Lage in Südvietnam fällt ebenfalls ins Gewicht.

In solchen Zusammenhängen muß das Taktieren Kennedys gesehen werden. Immer wieder hat er Rücksicht zu nehmen auf jene Gegenspieler, auf deren Aktivität heute auch die unnachgiebigen Wortführer der Politik der Stärke in Paris und Bonn ihre Hoffnungen setzen. Es wird von der Umsicht des amerikanischen Präsidenten und seiner Mitarbeiter, von der Einsicht der amerikanischen Öffentlichkeit, von der Dynamik der für eine Entspannung eintretenden Kräfte in der Bundesrepublik und schließlich auch vom Verhalten der Sowjets abhängen, ob es Kennedy gelingt, seine Konzeption eines weltpolitischen Ausgleiches ungeachtet der Widerstände im eigenen Lande und in einem Teil der westlichen Welt durchzusetzen. Vom Gelingen dieser weltpolitischen Operation aber hängt heute das Schicksal der ganzen Menschheit ab. Denn wenn es nicht bald zu dem weltpolitischen Ausgleich kommt, zu dem Kennedy offensichtlich bereit ist, dann wird die Folge eine Intensivierung des Kalten Krieges, eine Verschärfung des sowjetischen

Druckes auf Berlin und Deutschland, eine unheilvolle Steigerung des Rüstungswettlaufes sein.

Die Problematik der sowjetischen Atomversuche

Fraglos ist auch die innenpolitische Position des sowjetischen Ministerpräsidenten und Parteiführers nicht von der Art, daß er ganz ohne Rücksicht auf gewisse Gegenströmungen operieren kann. Der Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion läßt erkennen, wie radikal Chrustschow gegen die immer noch beträchtlichen Relikte der Stalin'schen Epoche vorzugehen gedenkt. Diese innenpolitische Entwicklung in der Sowjetunion ist ebenso bemerkenswert wie Chrustschows Verzicht auf sein früheres Berlin-Ultimatum. Aber der letztere sollte den Westen nicht zu der Auffassung führen, eine Lösung des Berlin-Problems ließe sich abermals beliebig lange hinausschieben und es komme nur darauf an, „hart" zu bleiben. Nichts wäre gefährlicher als eine solche Meinung, zu der man zweifellos gerade in Bonn neigt. Offensichtlich hält Chrustschow im Augenblick ein Ultimatum nicht mehr für notwendig, da sich in den Vorgesprächen mit den Amerikanern Verhandlungsmöglichkeiten abgezeichnet haben. Sollte sich aber herausstellen, daß der Westen zu ernsthaften Verhandlungen doch noch nicht bereit ist, so würde der sowjetische Ministerpräsident sein Ultimatum zweifellos sehr schnell erneuern. Anders gesagt: Der Westen und insbesondere Bonn sollten die Chance zu Verhandlungen ohne Termindruck nutzen, die sich ihnen jetzt bietet. Man darf nicht vergessen, daß auch Chrustschow Gegenspieler im eigenen Lande und im Ostblock hat, die ihn teils offen, teils hinter den Kulissen einer Abweichung von den Prinzipien des Marxismus/Leninismus bezichtigen und für eine wesentlich härtere und aggressivere Politik gegenüber der kapitalistischen Welt eintreten.

Es erscheint denkbar, daß die Wiederaufnahme der sowjetischen Atomversuche, die mit Recht die ganze Welt beunruhigen, abgesehen von rein militär-technischen Überlegungen auch innenpolitisch bedingt ist: als eine nach Chrustschows Auffassung notwendige Demonstration der Stärke der Sowjetmacht gegenüber dem Westen und den neutralen Staaten. Auch der sowjetische Ministerpräsident muß den Eindruck vermeiden, er sei allzu nachgiebig. Es kommt hinzu, daß die Aktivität der Scharfmacher im Westen Chrustschow offenbar zu der Auffassung geführt hat, es müsse diesen Kreisen noch einmal die militärische Macht der Sowjetunion demonstriert werden. Gleichwohl — die Fragwürdigkeit jener sowjetischen Atomversuche wird durch solche Erklärungen nicht geringer, sondern nur noch größer. Die Weltöffentlichkeit hat die sowjetischen Experimente nahezu einhellig verurteilt; von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang nicht so sehr das Urteil derer im Westen, die selbst Atomwaffen-besessen sind, als vielmehr das unzweideutige Verdikt solch unabhängiger Persönlichkeiten wie Nehru, Albert Schweitzer, Prof. Linus Pauling, sowie der Atomwaffen-Gegner im Westen. Sie alle haben vornehmlich auf die außerordentliche Gefährdung der Menschheit durch die radioaktive Ausstrahlung hingewiesen, die mit den sowjetischen Versuchen verbunden ist [1]).

Es sollte aber neben dem humanitären der politische Aspekt nicht außer Betracht bleiben. Und wenn schon aus humanitären Gründen die sowjetischen Experimente zu verurteilen sind (ebenso wie die entsprechenden Experimente der Amerikaner, Franzosen etc.), dann sind sie es aus politischen nicht minder.

[1]) Daß den sowjetischen Wissenschaftlern bei dem großen Versuch am 30. X. nach Chrustschows Worten ein folgenschwerer „Irrtum" unterlaufen ist, macht diese Versuche vollends zu einem Menetekel! Es zeigt, wie gefährlich groß der Unsicherheits-Koeffizient bei ihnen in jeder Hinsicht ist!

Manches spricht dafür, daß die sowjetische Regierung hier einem überaus gefährlichen Trugschluß verfallen ist. Sie mag wähnen, es sei notwendig oder vielmehr zweckmäßig, „die Kriegshetzer" im Westen durch ein solches Ausspielen der eigenen Stärke in Schach zu halten. Aber gerade das dürfte ein folgenschwerer Irrtum sein; denn die wirklich „kriegshetzerischen" Kreise in den USA — und es gibt sie zweifellos — werden durch derartige Demonstrationen nicht etwa eingeschüchtert, sondern im Gegenteil: sie nehmen nun die sowjetischen Versuche zum Anlaß, noch nachdrücklicher als bisher schon eine Verstärkung der amerikanischen Atomrüstung, eine Wiederaufnahme der „Politik der Stärke", absolute Unnachgiebigkeit usw. zu verlangen. Die sowjetischen Atomversuche kommen also den Gegenspielern Kennedys überaus gelegen und bringen Kennedy selbst in eine noch schwierigere Situation. Bezeichnenderweise reagierten nicht nur die notorischen Scharfmacher, sondern auch durchaus Koexistenz-bereite Zeitungen in den USA auf die sowjetische Demonstration mit der Forderung nach sofortiger Wiederaufnahme auch der amerikanischen Atom-Experimente. Die „New York Times" schrieb am 25. Oktober dazu: „Die Kombination von zahlreichen sowjetischen Atomversuchen zusammen mit den Fortschritten der Sowjets in der Raketenabwehr führt zu einem ungeheuren Druck auf Präsident Kennedy, die Versuche mit unseren eigenen Atomwaffen über der Erde wieder aufzunehmen" [2]).

So zeigt gerade diese Reaktion auf die sowjetische „Abschreckungs-Demonstration" den ganzen gefährlichen Widersinn der sogenannten „Abschreckungs"-Strategie überhaupt. Die beiden Supermächte kennen ihr eigenes militärisches Potential und das des Gegners zu gut, um derartiger „Belehrungen" durch Machtdemonstrationen noch zu bedürfen. Die letzteren fordern nur entsprechende Demonstrationen der anderen Seite heraus, schwächen die Position der verhandlungsbereiten Kräfte und führen zu neuen gefährlichen Steigerungen des Rüstungswettlaufs. Die Elemente im Westen, die durch eine extreme kreuzzugsartige „Politik der Stärke" faktisch eine Kriegskatastrophe heraufbeschwören, werden sowjetische „Härte" immer wieder zum Vorwand nehmen, ihre eigene Politik zu rechtfertigen und sie dem ganzen Westen noch einmal zu oktroyieren.

Bonn: Desorientierung und Starrsinn

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß Paris und Bonn ihre Hoffnungen auf die amerikanischen Gegenspieler Kennedys setzen. Zwar hat die Bundesrepublik sechs Wochen nach den Wahlen vom 17. September noch keine neue Regierung. Aber es läßt sich doch schon jetzt absehen, was in außenpolitischer Hinsicht von der neuen Koalition CDU/FDP zu erwarten sein wird. Die Freien Demokraten haben nicht nur auf ihr ursprüngliches, mit so viel Nachdruck propagiertes Vorhaben verzichtet, Dr. Adenauer durch einen anderen christlich-demokratischen Bundeskanzler zu ersetzen; sie haben offensichtlich auch in den außenpolitischen Grundsatzfragen ihre relativ oppositionelle Haltung aufgegeben [3]). Wie immer die Koalitions-Verhandlungen nun ausgehen werden, man sollte sich keine Illusionen über die Möglichkeiten oder auch nur die Absichten der Freien Demokraten machen, auf die Außenpolitik der Bundesrepublik im Sinne einer wirklich durchdachten, konstruktiven Neuorientierung einzuwirken.

[2]) Auf diese verhängnisvolle Logik der Ereignisse hat auch Nehru hingewiesen. Ihr entsprechend hat sich jetzt der frühere amerikanische Vizepräsident Nixon für eine sofortige Wiederaufnahme amerikanischer Kernwaffenversuche in der Atmosphäre ausgesprochen. „Dieselbe Forderung ist von Gouverneur Rockefeller und einer Reihe namhafter Senatoren und Atomwissenschaftler erhoben worden." (FAZ v. 1. XI. 61)

[3]) Bezeichnenderweise hat die CDU/CSU dafür der FDP auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet Zugeständnisse gemacht, die dem rechten, dem Unternehmen-Flügel der CDU, nur allzu angenehm sein dürften!

Die Ersetzung von Brentanos durch einen anderen Außenminister besagt noch nicht viel.

Die „geschäftsführende Bundesregierung" unter Dr. Adenauer ist in den letzten Wochen nicht müßig gewesen. Sie hat sich unermüdlich bemüht, Washington in ihrem Sinne zu beeinflussen und den amerikanischen Druck auf Bonn (zugunsten von Verhandlungen auf realistischer Basis) mit einem starken Gegendruck zu beantworten. Man geht kaum zu weit, wenn man sagt, daß Bonn auf einen Mißerfolg der amerikanisch-sowjetischen Vorbesprechungen hofft. Es scheut sich auch nicht, entgegen den Tatsachen bereits jetzt von einem solchen zu sprechen. Aufschlußreich war in dieser Hinsicht die ausgesprochen (zweck-) pessimistische Wertung der Unterhaltung Kennedy - Gromyko durch den deutschen Botschafter in Washington, Prof. Grewe, im amerikanischen Fernsehen. Grewes Erklärungen standen in einem offenen Widerspruch zu denen Mr. Salingers, des Presse-Chefs des Weißen Hauses, über das Gespräch zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Außenminister. Der ganze Unterschied zwischen der besonnenen amerikanischen Diplomatie und der sehr wenig besonnenen Bonns wird daran deutlich. Washington ist offensichtlich bestrebt, so intensiv wie möglich zu sondieren, in welchen Fragen, auf welchen Wegen Kompromisse mit der Sowjetunion möglich sind. Man denkt nicht daran, die Chancen für einen positiven Ausgang der Ost-West-Verhandlungen durch „forsche" öffentliche Erklärungen schon jetzt zu reduzieren. Das Abtasten zwischen Washington und Moskau geht weiter. Die Bundesregierung hingegen ist bemüht, schon jetzt, so schnell und so apodiktisch wie möglich, von einem Mißerfolg jener Sondierungen zu sprechen, um Washington wieder auf die „harte Linie" zurückzuzwingen.

Die Betriebsamkeit der Bundesregierung ist freilich in erster Linie ein Symptom für die Unsicherheit Bonns. Denn entgegen früheren Deklamationen kann man sich in der Bundeshauptstadt über die neuen Wege der Regierung Kennedy keine Illusionen mehr machen, so wenig wie die deutsche Öffentlichkeit sich noch darüber täuschen läßt, daß zwischen Washington und Bonn keineswegs mehr die alte Harmonie besteht. Zwischen Präsident Kennedy und Bundeskanzler Adenauer wurden in den letzten Wochen mehrere Briefe gewechselt. Botschafter Grewe hielt sich längere Zeit in Bonn auf und reiste dann mit neuen Direktiven nach Washington zurück. Desorientiert, versucht man es noch einmal mit dem Starrsinn.

Die Bundesregierung besteht prinzipiell auch weiterhin auf einer Fortsetzung der bisherigen Politik in den entscheidenden Fragen: Westdeutsche Aufrüstung, Berlin, Verhältnis zur DDR, Oder-Neiße-Linie. Die Stuttgarter Zeitung berichtete am 4. Oktober, der CDU-Bundestagsabgeordnete und außenpolitische Experte Majonika habe sich öffentlich gegen die „weiche Linie" in Washington gewandt: „Majonika forderte die Bundesregierung auf, alles zu tun, um die offizielle Haltung Washingtons zu stärken und ein Übergewicht der ‚weichen' Linie zu verhindern. Die Bundesregierung müsse auch den Einfluß auf die NATO verstärken, und zwar durch Einsatz ihres politischen und wirtschaftlichen Gewichts, das nicht unterschätzt werden dürfe." Außenminister von Brentano gab am 12. Oktober vor der neuen CDU/CSU-Fraktion einen Überblick über die außenpolitische Lage und über die Konzeption der Bundesregierung. Diese bestehe auf einem Junktim zwischen einer Lösung der Berlin-Frage und der Lösung der Sicherheits-Frage. „Eine Sicherheits-Lösung durch Schaffung von Entspannungszonen ist unmöglich, solange der Status quo der deutschen Spaltung aufrechterhalten wird" (Stuttgarter Zeitung vom 13. 10. 61).

Das bedeutet nichts anderes als ein Beharren auf dem alten, längst ad absurdum geführten und durch seine Verbindung mit der atomaren Bewaffnung der Bun-

deswehr zu einer lebensgefährlichen politischen Hypothek gewordenen gesamtdeutschen Anspruch Bonns. Der Außenminister lehnte gleichzeitig Kontaktgespräche zwischen Bonn und Pankow ab, wenn von seiten der DDR eine Konföderation (das heißt die einzige im Augenblick überhaupt noch denkbare Zwischenlösung auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands) angestrebt werde.

Besonders versteift hat sich der Widerstand der Bundesregierung gegen jede Form von Disengagement und insbesondere gegen eine neue Diskussion über den Rapacki-Plan, wie sie in Washington bereits im Gange ist. Verteidigungsminister Strauß lehnte in einem Interview mit der Londoner „Times" (6. Oktober) alle evtl. Pläne für Rüstungsbegrenzung ab, die die Bundeswehr im Vergleich zu ihren Verbündeten und ihren Gegnern „hoffnungslos benachteiligen" würden. Strauß fragte, ob man gewisse Berichte aus Washington so interpretieren wolle, als werde auch vorgeschlagen, der Bundesrepublik die Mittel zur Beförderung von Atomwaffen (Flugzeuge und Raketen) zu nehmen. Wenn ja, dann sei dies eine vollständige Umkehrung der Politik der NATO und der USA (nach einem Bericht des „Mittag" vom 17. 10. 61). Strauß verstieg sich dann zu der emphatischen Erklärung: „Kein deutscher Kanzler und kein deutscher Außenminister — ganz zu schweigen von jedem Verteidigungsminister — könnte die Tatsache akzeptieren, daß westdeutsche Streitkräfte in dieser Hinsicht, verglichen mit ihren Verbündeten und dem möglichen Gegner, hoffnungslos unterlegen wären."

Mit einem Leitartikel von Wilfried Hertz-Eichenrode „Nicht auf unsere Kosten" assistierte die Deutsche Zeitung (9. Oktober) dem Verteidigungsminister. Dieser Aufsatz ist ein geradezu klassisches Beispiel für die Monomanie des Rein-Militärischen oder vielmehr Pseudo-Militärischen, von der das Denken der Verantwortlichen in Bonn heute nahezu ausschließlich beherrscht wird. Das Sicherheitsproblem hat heute einen übergeordneten politischen und einen sekundären militärischen Aspekt. Die von uns erwähnten Erklärungen lassen eine gefährliche Vernachlässigung des ersteren zugunsten einer Verabsolutierung des letzteren erkennen. Die Folgen der hier noch einmal proklamierten, seit Jahren nun schon eingenommenen Haltung werden sowohl militärischer als auch politischer Natur sein. Man versteift sich darauf, es könne in der Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr keinerlei Konzessionen und zwar auch nicht im Rahmen eines mitteleuropäischen Sicherheitssystems geben. In dem Aufsatz der Deutschen Zeitung heißt es dazu: „Besonders in Fragen unserer äußeren Sicherheit gibt es keine konzessionsfähigen Modalitäten. Der von Atomwaffen gesicherte Abwehrwall entlang der Zonengrenze ist die Voraussetzung jeder freiheitlichen Politik in der Bundesrepublik und in Westeuropa. Wenn in Washington Pläne über eine auf Deutschland oder Mitteleuropa beschränkte Zone der Rüstungsbegrenzung ernstlich erwogen werden, dann leistet das einem Denken Vorschub, das den Gleichheitsgrundsatz der NATO verletzt, weil es der Peripherie des Bündnisgebietes weniger Schutz zubilligt als dem Zentrum. Über die deutsche Einstellung zu solchen regionalen Rüstungsbegrenzungen darf kein Zweifel gelassen werden: Niemals können wir einwilligen, daß die Bundeswehr schlechter bewaffnet wird als die amerikanischen oder sowjetischen Streitkräfte; deutsche Soldaten sind kein Kanonenfutter. Niemals werden wir uns innerhalb der NATO in eine Satellitenrolle drängen lassen. Niemals werden wir uns mit einer zweit- oder drittrangigen Garantie unserer äußeren Sicherheit zufrieden geben."

Das ist eine unmißverständliche Formulierung des militärpolitischen Denkens gewisser Kreise in Bonn, die die Frage der Atombewaffnung der Bundeswehr zu einer, ja, zu der Prestige-Frage für die Bundesrepublik machen. Daß West-

deutschland nicht durch diese unsere Atomwaffen, sondern durch die amerikanische Gesamt-Strategie (in deren Rahmen die Bundeswehr und ihre Bewaffnung nur einzelne, durchaus auswechselbare Faktoren sind) geschützt wird, und daß im Kriegsfall deutsche Soldaten und die deutsche Zivilbevölkerung durchaus nichts anderes als eben „Kanonenfutter" sein werden, ist allzu bekannt, als daß man es dem Leitartikler der Deutschen Zeitung noch einmal entgegenhalten müßte. Deutsche Atomwaffen sind, von ihrer militärischen Überflüssigkeit abgesehen, politische Waffen heute mehr denn je nur in einem negativen Sinne: Sie bedeuten eine gefährliche politische Belastung der Bundesrepublik, umsomehr, als sie mit den noch immer nicht reduzierten politischen Ansprüchen Westdeutschlands gegenüber der DDR und Polen verbunden sind. In der Bonner politischen Strategie, die in immer stärkerem Maße zu einer rein militärischen geworden ist, hat die atomare Bewaffnung der Bundeswehr heute gewissermaßen absolute Bedeutung; sie ist ein absoluter Wert, Selbstzweck geworden, ohne Rücksicht auf die politische Konstellation und ihre Erfordernisse. Dem entspricht es, daß die Sowjetunion kaum mehr als präsumptiver außenpolitischer Partner sondern in erster Linie als „möglicher Gegner" gesehen wird. Ideologisch radikaler, politisch expansiver Anti-Kommunismus und atomare Aufrüstung ergänzen einander. Gemeinsam bestimmen sie noch immer die Bonner Politik.

Gerade in diesem Punkt der Ausrüstung der Bundeswehr, der auch für die Sowjetunion der entscheidende ist bei ihrer Einschätzung der Bundesrepublik, zeigt sich die Bundesregierung weiterhin unnachgiebig. Auch hier gilt wieder, daß ihr Eifer eine Reaktion auf entsprechende Tendenzen der Kennedy-Administration ist. Bonn weiß sich in dieser Frage der Unterstützung durch de Gaulle sicher. Offensichtlich hat Botschafter Grewe bei seinem jüngsten Aufenthalt in Bonn die Weisung erhalten, ein Disengagement nach wie vor unbedingt abzulehnen. Über die Linie der Bundesregierung berichtet die Deutsche Presse-Agentur laut „Frankfurter Rundschau" vom 27. Oktober: „Bonn ist gegen jede vertragliche Abmachung mit Moskau, die diesen Status quo der Ausrüstung einfrieren und dem Westen dadurch für die Zukunft die Hände binden würde. Hinter dieser ablehnenden Haltung steht die Befürchtung, daß die Bundesrepublik durch feste Abmachungen benachteiligt werden könnte, wenn die Pläne für eine NATO-Atommacht oder die schnelle waffentechnische Entwicklung die jetzige Lage überholen. Die westdeutschen Bedenken sind gegen amerikanische Überlegungen gerichtet, der Sowjetunion, die zusammen mit den osteuropäischen Staaten immer wieder die Gefahr einer westdeutschen Atommacht beschwört, auf irgendeine Weise die Versicherung zu geben, daß die Bundesrepublik keine Atomwaffen erhalten wird. — Alle Ideen, die wie der Rapacki-Plan oder der Gedanke einer Zone mit verminderter Rüstung auf ein militärisches Auseinanderrücken der Machtblöcke in Europa (Disengagement) hinauslaufen, gefährden nach Bonner Auffassung die Sicherheit der Bundesrepublik und werden darum abgelehnt" [4]).

Bonn möchte also offensichtlich freie Hand behalten zu einer Aufrüstung ad infinitum. Die Überlegung, daß ein „Einfrierenlassen" dieser Bewaffnung der Bundeswehr die Bundesrepublik militärisch zwar gegenüber anderen NATO-Mächten „benachteiligen", ihre Sicherheit aber keineswegs gefährden, sondern im Gegen-

[4]) Ein westdeutsches „Nichtangriffsversprechen" gegenüber den Ostblockstaaten, auch der DDR, ist für derartige rüstungspolitische Vereinbarungen kein Ersatz. Man täuscht sich in Bonn, wenn man wähnt, mit ihm die Befürchtungen der Ostblockstaaten zu zerstreuen, solange nicht konkrete Abmachungen über eine Entspannung in Mitteleuropa getroffen sind. Mit deutschen „Nichtangriffsversprechungen" haben diese Staaten zu Zeiten Hitlers ihre Erfahrungen gemacht!

teil eher f ö r d e r n und einen politischen G e w i n n darstellen würde — solche Erwägungen gelten in einem vom rein militärischen Machtstreben beherrschten Bonn bereits als „Defaitismus". Die von der Bundesregierung auch jetzt wieder postulierten Junktims laufen alle auf eine weitere Verschleppung p o l i t i s c h e r Lösungen zugunsten einer weiteren Forcierung der R ü s t u n g e n hinaus, da die Sowjetunion selbstverständlich nicht daran denkt, sich von Bonn militärpolitisch erpressen zu lassen. Ein Verzicht auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr im Rahmen eines mittel- oder gesamteuropäischen Disengagements kann heute freilich n i c h t m e h r als P r e i s für sowjetische Konzessionen in der W i e d e r v e r e i n i g u n g s f r a g e angeboten werden. Auch diese Chance ist in den letzten Jahren mutwillig v e r s ä u m t worden. Das bedeutet indes nicht, daß nun jene Atombewaffnung unvermeidlich und zweckmäßig geworden wäre, sondern im Gegenteil: nachdem der Weg zur W i e d e r v e r e i n i g u n g durch sie noch mühevoller als vorher geworden ist, führt nun der Weg zu einer relativen S i c h e r h e i t der Bundesrepublik nur über einen vertraglich fixierten Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen. Noch einmal sei gesagt, daß hier niemals einem einseitigen Verzicht das Wort geredet worden ist, sondern einer Vereinbarung zwischen Washington und Moskau wie zwischen den Regierungen Mitteleuropas, in die auch beide deutsche Staaten einbezogen werden können.

Ein solches agreement schließt freilich so etwa wie eine de-facto - A n e r k e n n u n g der DDR ein. Bonn müßte also hier einen entscheidenden Schritt über seine bisherige Position hinaus tun. Aber, ganz abgesehen davon, daß Washington sich mit diesem Problem bereits intensiv beschäftigt: jene alte Position ist ohnehin absurd und eine bloße Fessel geworden. Sie aufgeben, bedeutet nichts anderes verlieren als Illusionen und Fiktionen. Wenn damit ein Schritt in Richtung auf Vereinbarungen verbunden ist, die die Sicherheit Deutschlands durch eine militär-politische Entspannung fördern, dann ist diese Aufgabe einer schon allzulange eingenommenen Haltung nur allzu s i n n v o l l. Sie würde dann ein Teil jener Anpassung an die Realitäten sein, um die Bonn nicht herum kommt, es sei denn auf unser aller Kosten. — Was hier hinsichtlich eines Disengagement gesagt worden ist, das gilt auch für die Lösung des B e r l i n - Problems. Auch eine Sicherung der Unabhängigkeit Westberlins und des Zuganges nach Westberlin erscheint nurmehr über Vereinbarungen mit der DDR möglich, wie das in diesen „Blättern" seit Jahr und Tag oft genug dargestellt worden ist. Wir können nur wiederholen, daß die destruktive Alles-oder-Nichts-Haltung der Bundesregierung in diesen Fragen uns dem Nichts immer näher gebracht hat.

Man wird immer wieder die Frage stellen müssen, wie man sich denn heute in Bonn eigentlich eine befriedigende langfristige Lösung des Deutschland-Problems denkt. Die Ablehnung a l l e r politischen Kompromiß-Vorschläge einerseits, die Hypertrophie des Militärischen andererseits lassen das Schlimmste befürchten; einfach darum, weil Bonn des konstruktiven politischen Denkens derart entwöhnt ist, daß es mehr und mehr in Versuchung kommt, den nur p o l i t i s c h auflösbaren „Gordischen Knoten" durch Einsatz jener bewaffneten M a c h t, auf die sich das Selbstbewußtsein der Bundesregierung heute allein stützt, zu durchhauen. Wir sprechen hier weniger von Aggressions-Absichten, mögen sie hinter den Kulissen vorhanden sein oder nicht, als von einer kollektiven M e n t a l i t ä t, die, wenn sie sich weiter ausbreitet, zwangsläufig zu Aggressionen führen muß. Bonn klammert sich heute, da es außenpolitisch sich immer mehr isoliert sieht und sich über das Fiasko der bisherigen Aufrüstungs„politik" nicht mehr hinwegtäuschen kann, mehr und mehr an die Bundeswehr als solche! Diese Haltung soll ein außenpolitisches Umdenken ersetzen!

Beunruhigend ist in diesem Zusammenhang vor allem, daß auch der Bundes-

präsident in jenen militärischen Kategorien zu denken scheint, die heute in Bonn die politischen fast völlig verdrängt haben. Am 11. Oktober hielt Herr Lübke vor Offiziersanwärtern der Bundeswehr eine von der bundesdeutschen Presse stark beachtete und viel kommentierte Rede, in der er über die Bundeswehr u. a. sagte: „Sie ist der Ausdruck unseres Selbsterhaltungswillens und soll zusammen mit den Streitkräften unserer Verbündeten einen möglichen Angreifer von kriegerischen Aktionen abschrecken . . . Alle Kraft ist darauf zu verwenden, jenes Höchstmaß an Schlagkraft und Verteidigungsbereitschaft zu erreichen, das unseren Widerstandswillen glaubhaft macht . . . Ihr (der Landesverteidigung) Ziel muß es sein, im ganzen Volk den Widerstandswillen und die Opferbereitschaft für unseren Staat zu wecken . . . Der Soldat der Bundeswehr kann in die Lage kommen, einmal gegen seine eigenen Landsleute kämpfen zu müssen. Mit diesem Problem ist ein Gefühls- und Gewissenskonflikt angesprochen, den nur Menschen mit einer festen inneren Bindung an die politische Idee der westlichen Welt und damit auch unserer Bundesrepublik lösen können. Dem Soldaten muß klar sein, daß es zu einer solchen Kampfhandlung Deutscher gegen Deutsche nur auf Grund eines kommunistischen Angriffs kommen kann, der auf unsere vollkommene Unterwerfung abzielt. Wenn wir uns dagegen wehren, machen wir von unserem Recht und von unserer Pflicht zur Notwehr ebenso Gebrauch wie die Polizei, die gegen Rechtsbrecher im Innern des Staates einschreitet." Wie immer diese Ausführungen gemeint sein mögen — sie müssen im Sinne einer Mobilisierung der Bundesrepublik zum Bürgerkrieg wirken! Eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik ist heute aber gerade die, durch ein Ausschöpfen aller Verhandlungsmöglichkeiten die Gefahr eines großen wie eines Bürger-Krieges soweit wie möglich zu bannen. Die Voraussetzung dafür ist freilich die Einsicht wenigstens der Regierenden in diese Notwendigkeit. Und gerade von einer solchen ist verhängnisvollerweise in Bonn noch immer sehr wenig zu merken.

Als besondere Belastung erweist sich dabei der Umstand, daß die herrschenden Kreise sich seit Jahr und Tag mit einer Ausschließlichkeit auf ihre bisherige Politik festgelegt haben, die heute jede auch nur relative Modifizierung dieser Politik zu einer Prestige-Sache für sie werden läßt. Und sie neigen dazu, ihr eigenes gefährdetes Prestige mit dem der Bundesrepublik selbst in bedenkenloser, für diesen Staat höchst gefährlicher Weise zu identifizieren.

Die Bedeutung der öffentlichen Meinung

So steht denn in der Bundesrepublik die entscheidende Machtprobe zwischen den Befürwortern der Politik der Stärke und denen, die in dieser oder jener Form eine Entspannung anstreben, erst noch bevor. Angesichts der anhaltenden Intransigenz der Bundesregierung und ihres Widerstandes auch gegen die Neuorientierung der amerikanischen Deutschland-Politik wird Vieles, vielleicht Alles von der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik abhängen. Nur dann, wenn die deutsche Öffentlichkeit die Bundesregierung unter Druck setzt, sie zu Verhandlungen und Kompromissen im Interesse des Friedens, unserer Sicherheit, unserer Freiheit und auch der Wiedervereinigung zwingt, nur dann ist ein Einschwenken Bonns zu erwarten. So wichtig und so positiv der von Washington ausgehende Druck auf Bonn zu bewerten ist — er allein wird die Dinge noch nicht zum Besseren wenden. Dies um so weniger, solange der Bundeskanzler sich gegenüber Präsident Kennedy auch nur mit einem Schein von Recht auf eine „einmütige" Ablehnung der neuen amerikanischen Konzeption durch Regierung, öffentliche Meinung und Bevölkerung der Bundesrepublik berufen kann. Gerade weil sich „Adenauer und seine Mannschaft" immer wieder so ausschließlich auf ihre bisherige Politik festgelegt haben, werden sie alles tun, um diese Politik um jeden

Preis und wenn es sein muß auf unser aller Kosten noch einmal fortzusetzen. Sie hoffen dabei, wie wir eingangs schon dargelegt haben, auf die Scharfmacher in USA, die Kennedy zu Fall zu bringen versuchen. Bonn kann zwar auf die Dauer eine Verständigung zwischen Washington und Moskau nicht verhindern. Aber eine solche o h n e Mitwirkung der Deutschen würde die Bundesrepublik politisch und moralisch vollends isolieren. Abgesehen davon aber: die Bundesregierung vermag durchaus, wie die Gaulle, d e s t r u k t i v zu wirken, d. h. jene dringend notwendige Verständigung zu v e r z ö g e r n. Und das ist schon verhängnisvoll genug, weiß doch niemand, was in der Zwischenzeit passieren wird. Wer heute in Bonn auf „Zeitgewinn" spekuliert, beschwört eine weitere Komplizierung der weltpolitischen Lage herauf!

Aus alledem ergibt sich, daß es notwendig ist, den politischen K l ä r u n g s - p r o z e ß in der deutschen Öffentlichkeit voranzutreiben. Die Stimme der O p p o s i t i o n gegen die Aufrüstungspolitik der Regierung ist heute wichtiger denn je. Die letzten Äußerungen führender SPD-Sprecher zu diesen entscheidenden außenpolitischen Fragen widersprechen einander. Der Drang der Sozialdemokraten nach einer All-Parteien-Regierung verheißt freilich kaum etwas Gutes. Gerechtfertigt wäre er nur dann, wenn Aussicht bestände, daß es den Sozialdemokraten gelingen könnte, als Partner einer Regierungs-Koalition eine wesentliche Modifizierung der bisherigen Außenpolitik zu erwirken; aber nicht einmal, daß sie solches überhaupt im Sinne haben, ist gewiß, von den Chancen eines derartigen Unterfangens ganz abgesehen. Umgekehrt können kaum noch Zweifel daran bestehen, daß die neue Regierung die Außenpolitik der alten zunächst unverändert fortzusetzen gedenkt. Wenn die Sozialdemokraten unter diesen Umständen, allen eindeutigen außenpolitischen Erklärungen der bisherigen Regierungspartei zum Trotz, dennoch in eine große Koalition eintreten würden, so würde das die Besiegelung ihrer Kapitulation vor der Außenpolitik Adenauers bedeuten, die für immer mit dem schwarzen Tag des 30. Juni 1960 verbunden sein wird. Jedenfalls kann sich die SPD heute weniger denn je auf Anzeichen eines außenpolitischen Sinneswandels bei der CDU berufen. Es bleibt zu hoffen, daß eine realistische Einschätzung der außenpolitischen Verhältnisse, wie sie aus einigen Erklärungen namhafter Sozialdemokraten in letzter Zeit spricht, die Partei endlich wieder zu einer entschieden oppositionellen und in der Opposition konstruktiven Haltung veranlassen wird.

Ähnliches gilt für die d e u t s c h e A n t i - A t o m - B e w e g u n g, die vor allem durch die unermüdliche Aktivität der Atomwaffengegner in Großbritannien beschämt wird. Die Frage der atomaren Bewaffnung ist für kein anderes Land in demselben Sinne wie für Deutschland eine Lebensfrage, ein politisches Schlüsselproblem. Hätte die Bundesrepublik sich vor Jahr und Tag im Rahmen von weitläufigeren Ost-West-Verhandlungen zu einem Verzicht auf Atomwaffen bereit gefunden, so hätte eine solche unzweideutige Willenserklärung den Prozeß der weltpolitischen Entspanung wesentlich fördern können — zu unserem eigenen Nutzen. Es ist durchaus denkbar, daß in diesem Falle der Entwicklung frühzeitig Einhalt geboten wäre, die in diesen Wochen zu den unbedingt zu verurteilenden sowjetischen Atomversuchen geführt hat. Das von Bonn heute propagierte Bestehen auf diesen Waffen wird eine weitere Verschärfung der internationalen Lage zur Folge haben. Es wird das Mißtrauen der Ostblockstaaten gegen die Bundesrepublik weiter steigern und es fordert faktisch einen verstärkten Druck der Sowjets auf Westberlin und die Bundesrepublik heraus.

Es ist an der Zeit, daß die Gegner der deutschen atomaren Bewaffnung sich dieser Zusammenhänge ebenso erinnern wie der Bereitschaft Washingtons zur ernsthaften Prüfung der Möglichkeiten eines Disengagements. Nicht als ob durch

ein solches eine Klärung der Verhältnisse in Berlin ersetzt werden könnte; nicht als ob dadurch die Zweiteilung Deutschlands ungeschehen gemacht werden könnte; und nicht als ob damit allein schon die Spannungen zwischen Ost und West sich beseitigen ließen, die auf tiefgreifenden machtpolitischen und ideologischen Gegensätzen beruhen. Aber alle diese politischen Probleme, ohne deren Lösung in absehbarer Zeit es keine Sicherung des Friedens und der Freiheit geben kann, werden sich weit eher im Zusammenhang mit einem militär-politischen Kompromiß lösen lassen. Wir wiederholen noch einmal: Die Bundesregierung wird von sich aus dazu nicht bereit sein und sie wird sich gegenüber Washington solange auf „die deutsche Öffentlichkeit" berufen wie diese deutsche Öffentlichkeit den Aberglauben an die deutschen Atomwaffen unterstützt oder durch Schweigen doch sanktioniert. Es bedarf einer außerordentlichen, in politische Aktion umgesetzten intellektuellen und moralischen Anstrengung aller Besonnenen und Verantwortungsbewußten, den Weg frei zu machen für einen sinnvollen Dialog zwischen Washington und Bonn. Ein solcher aber ist die Voraussetzung für einen Erfolg des über unser aller Schicksal entscheidenden weltpolitischen Dialoges zwischen Washington und Moskau.

(Abgeschlossen am 1. November)

Prof. Dr. Linus Pauling, Pasadena/Californien

Dringender denn je: Allgemeine und totale Abrüstung

Die Entwicklung der nuklearen Waffen, die, wenn sie in einem großen Krieg angewandt werden, den größten Teil der Bevölkerung der Erde töten und damit das Ende jeglicher Zivilisation bedeuten würden, macht es notwendig, daß wir die große Unmoralität, die ein moderner Krieg darstellt, endgültig verbannen.

Es ist jetzt notwendig, daß endlich rapide Fortschritte in Richtung auf das große Ziel einer allgemeinen und totalen Abrüstung gemacht werden, und zwar mit internationalen Kontrollen und Inspektionen. Dieses Ziel ist nicht etwa ein schönes Ideal: es ist vielmehr eine praktische Notwendigkeit. Obwohl mit der Durchführung dieser allgemeinen und totalen Abrüstung eine Reihe von sehr ernsthaften Problemen verknüpft ist — vor allem im Hinblick darauf, daß in jedem Augenblick dieses Abrüstungsprozesses keine der großen Nationen eine militärische Priorität von der Art über die andere Seite erhält, daß es ihr möglich wird, einen Angriff zu beginnen — bin ich doch dessen sicher, daß diese Probleme gelöst werden können.

Vor drei Jahren hatten wir allen Grund, zu hoffen, daß endlich ernsthafte Fortschritte in Richtung auf das Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung gemacht werden würden. Damals waren von den drei großen Atommächten die furchtbaren Atombomben-Tests in einer Gesamtgrößenordnung von 100 Megatonnen durchgeführt worden. Durch diese Tests wurde die Atmosphäre durch große Mengen von furchtbaren radio-aktiven Substanzen verseucht — ‚strahlende' Substanzen, welche für die gesamte Menschheit große Leiden heraufbeschwören, weil sie die Ursache schrecklicher Krankheiten für die lebende Generation und für die kommenden, noch ungeborenen Kinder sind. Es wurde

damals angekündigt, die nuklearen Test-Explosionen würden ab November 1958 gestoppt werden; und es begannen die Genfer Verhandlungen über ein internationales Übereinkommen, betreffend das Verbot aller Atombomben-Tests durch alle Nationen.

Diese Verhandlungen wurden nahezu drei Jahre fortgesetzt. Während dieser Zeit wurden große Fortschritte in der Formulierung eines solchen internationalen Übereinkommens gemacht. Dann setzten Schwierigkeiten ein. Eine Kampagne begann, die Vereinigten Staaten sollten ihre Tests wieder aufnehmen. Und, plötzlich und überraschend, wurde das große Versprechen für die Zukunft der Menschheit, daß das Verbot der nuklearen Test-Explosionen voraussetzt, vernichtet durch die schockierende Aktion der Sowjetunion, welche am 31. August 1961 ankündigte, sie werde die Test-Explosionen mit nuklearen Waffen wieder aufnehmen und sei vorbereitet, eine Serie von Superbomben, entsprechend einer Äquivalenz von 20, 30, 50 und 100 Millionen Tonnen TNT, herzustellen. Beide, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, erklärten sich dann für die Wiederaufnahme der nuklearen Test-Explosionen.

Das amerikanische Volk, das russische Volk und die Völker anderer europäischer Nationen, ja der ganzen Welt, befinden sich nun in der denkbar größten Gefahr, welche die Erde je gesehen hat: der Gefahr des Todes für uns alle, totaler Zerstörung unserer Nationen, der Verwandlung unserer großen Länder in radioaktive Wüsten, möglicherweise des Endes jeglicher Zivilisation.

Es ist nunmehr äußerst dringend, daß wir wirksame und nachhaltige Aktionen durchführen, um uns selber gegen die Machenschaften von Politikern zu schützen, die willens sind, mit dem Leben von Hunderten von Millionen menschlicher Wesen zu spielen. Es gibt keinerlei Streitigkeiten und Differenzen zwischen den Völkern, welche einen Atomkrieg in irgendeiner Weise rechtfertigen. Selbst ein kleiner Krieg ist heute gefährlich, da stets die Möglichkeit besteht, daß er in einen großen nuklearen Krieg einmündet, der die ganze Zivilisation vernichten würde.

Es ist möglich, die Größe der über uns schwebenden Gefahr einigermaßen genau abzuschätzen. Ich glaube, daß die Vereinigten Staaten von Amerika gegenwärtig einen Vorrat an Atombomben von insgesamt 100 000 Megatonnen besitzen. Das ist eine Menge, die fünf Millionen mal so groß ist wie die, die während des Zweiten Weltkrieges für die Zerstörung einer großen Stadt, wie etwa Hamburg, eingesetzt wurde. Das US Strategic Air Command verfügt gegenwärtig über ungefähr 2000 große Atom-Bomber. Im Durchschnitt kann jedes dieser großen Kampfflugzeuge eine Bombenmenge mit einer Sprengkraft von 40 Megatonnen tragen. Sie alle zusammen könnten also etwa 80 000 Megatonnen auf einmal befördern. Die Vereinigten Staaten besitzen außerdem einige tausend Raketen und raketenähnliche Waffen, so daß nach meiner Einschätzung der Gesamtbestand der amerikanischen Vorräte mindestens 100 000 Megatonnen umfaßt.

Vor zwei Jahren stellte der amerikanische Physiker Dr. Ralph E. L a p p , eine der ersten Autoritäten auf dem Gebiet der nuklearen Waffen und des nuklearen Krieges, fest, daß „im gegenwärtigen Zeitpunkt" — also vor zwei Jahren — unsere strategische Vergeltung gegen einen sowjetischen Angriff in einer Ein-Tages-Attacke mit einem Potential von 10 000 Megatonnen bestehen würde. Die Vorratslager haben inzwischen rapide an Größe zugenommen, und ich glaube, daß die Vereinigten Staaten von Amerika heute einen Atomschlag gegen die Sowjetunion mit einer Bombenmenge von 20 000 Megatonnen führen könnten. Ich vermute, daß der Vorrat der Sowjetunion z. Zt. etwa 50 000 Megatonnen beträgt.

Ein bedeutsames Zeugnis über die Wirkung eines nuklearen Angriffs auf die

Vereinigten Staaten einerseits und auf die Sowjetunion andererseits wurde 1959 vor dem Komitee für Atomenergie des amerikanischen Kongresses durch das Unter-Komitee für radioaktive Strahlungen vorgelegt. Aus dem in diesem Zeugnis dargelegten Material kann geschlossen werden, daß ein Angriff, der mit einer Atombomben-Menge von 10 000 Megatonnen das Gebiet der Vereinigten Staaten von Amerika trifft, von den 180 Millionen Amerikanern 170 Millionen töten würde. Am Ende einer Zeitspanne von zwei Monaten würden nur noch 10 Millionen Amerikaner am Leben sein, aber die meisten von ihnen wären ebenfalls ernsthaft verletzt. Diese Überlebenden ständen zudem vor den Problemen einer totalen Desorganisation der Gesellschaft: der absoluten Unterbrechung aller Verbindungen, dem Ausfall sämtlicher Transportmittel, der Vernichtung der gesamten Tierwelt, der Strahlenvergiftung der Lebensmittel durch radio-aktive Spalt-Produkte, ganz zu schweigen von den erlittenen genetischen Strahlungsschäden. Nach Ablauf eines einzigen Jahres würde es voraussichtlich keine Überlebenden mehr in den Vereinigten Staaten geben.

Da die Sowjetunion ein ausgedehnteres Land ist, würden 20 000 Megatonnen nötig sein, um dem russischen Volk einen ähnlichen Schaden zuzufügen. Ein Jahr nach dem Angriff auf Rußland würden praktisch keine Russen mehr am Leben sein.

In diesem Falle würde wahrscheinlich auch eine Reihe von Atombomben über anderen europäischen Ländern zur Explosion gelangen, ausreichend, um dem weitaus größten Teil der Bevölkerung auch dieser Gebiete den Tod zu bringen.

Der einzig vernünftige Schluß aus alledem ist, daß wir alles tun müssen, um die nukleare Katastrophe zu vermeiden. Dies kann einzig und allein durch den Abschluß internationaler Vereinbarungen erreicht werden, welche zur allgemeinen und totalen Abrüstung führen. Um aber dieses Ziel der so dringend notwendigen Abrüstung zu erreichen, müssen wir uns auch in dieser Richtung bewegen und nicht in der entgegengesetzten Richtung der weiteren Aufrüstung und des Wettrüstens. Insbesondere die Wiederaufrüstung Deutschlands ist eine große Gefahr für die Welt.

Während der letzten Jahre zeigte sich die Sowjetunion mehr und mehr besorgt über die Bewaffnung Deutschlands mit nuklearen Waffen. Die Erklärung der Sowjetunion vom 31. August 1961 über die Wiederaufnahme der Atomversuche enthält dazu die folgenden Sätze: „Die Tragödie der ersten Monate des großen vaterländischen Krieges, als Hitler die UdSSR angriff ... ist noch zu frisch im Gedächtnis des Volkes, um zu erlauben, daß so etwas heute geschieht ... Westdeutschland und die gegenwärtigen Verbündeten der deutschen Militaristen sind fieberhaft mit militärischen Vorbereitungen beschäftigt ... A d e n a u e r und die Kräfte, die hinter ihm stehen, verfolgen den Kurs, Westdeutschland in einen militaristischen, bis an die Zähne bewaffneten Staat zu verwandeln ... Die Sowjetregierung würde ihre heilige Pflicht gegenüber den Völkern ihres eigenen Landes, den Völkern der sozialistischen Länder und gegenüber allen Völkern, die ein friedliches Leben erstreben, nicht erfüllt haben, wenn sie angesichts der Drohungen der militärischen Vorbereitungen, wie die Vereinigten Staaten und einige andere NATO-Länder sie ergriffen haben, es nicht versucht hätte, alle gegebenen Möglichkeiten zur Vervollkommnung ihrer wirksamsten Waffentypen auszunutzen, die die Hitzköpfe in den Hauptstädten einiger NATO-Mächte abkühlen können".

Es ist in der Tat allerhöchste Zeit, daß Verhandlungen eingeleitet werden, die zu einem abgerüsteten Deutschland führen und nicht zu einem mit nuklearen Waffen aufgerüsteten Deutschland. Ich meine, wir sollten die ernsthaftesten Anstrengungen unternehmen, daß Zentral-Europa zu einer entmilitarisierten Zone

wird, etwa auf der Basis der vor vier Jahren von Rapacki und dann von Botschafter Kennan unterbreiteten Vorschläge.

Das Problem Zentral-Europa kann bei klarer Einschätzung der Realitäten heute nur in einer einzigen Weise gelöst werden: Durch die Bildung einer entmilitarisierten Zone, mit einer Garantie der Integrität der betroffenen Nationen durch die UN.

Es gibt keine Alternative zum Frieden. Und die allgemeine und vollständige Abrüstung durch internationale Vereinbarungen ist der Weg, auf welchem der Weltfrieden realisiert werden muß und realisiert werden kann.

Die Zeit ist nun gekommen, da wir alle, jeder einzelne von uns, jeder Mensch in der Welt, ein aktiver Kämpfer gegen den Krieg werden muß. Ich glaube, daß wir diesen Kampf nicht verlieren werden, sondern daß unser Bemühen, Abrüstung und dauerhaften Frieden in der Welt zu schaffen, erfolgreich sein wird.

Anton Zischka

Wir sind gerüstet, und wir werden beschützt — aber ...

Technische Details, die leicht „vergessen" werden

Generalmajor Medaris, dem Chef des amerikanischen Heeres-Fernlenkwaffen-Amtes, zufolge, beträgt der Nuklear-Sprengstoff-Vorrat der Vereinigten Staaten in Trinitrotoluol-Wirkung umgerechnet zehn Tonnen für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind der gesamten Weltbevölkerung: 30 Milliarden Tonnen TNT-Wirkung also, während die Hiroshima-Bombe 0,02 Millionen Tonnen TNT gleichkam.

Was also sollte uns da passieren können? Um so mehr, als bekanntlich unsere Verbündeten stets 700 Bomber in der Luft haben, die je zwei stets abwurfbereite 24-Megatonnen-„Vorrichtungen" an Bord haben, von denen jede „eine Millionenstadt auslöscht"? Und neben diesen B-52-Bombern besitzen die USA seit 1961 ja auch ihr Modell B-58, den Convair-„Hustler", und damit das schnellste bekannte Bombenflugzeug der Welt: Mit mehr als zwei Mach errang es binnen sieben Monaten sechs Weltgeschwindigkeitsrekorde; war es nach einem Tausendmeilenrennen schon wieder daheim, ehe das nächstschnellste in Dienst befindliche Flugzeug auch nur die Ziellinie erreichte.

Aber zwei Mach oder die doppelte Schallgeschwindigkeit kommen rund 2400 Stundenkilometern gleich. Und viele Raketen machen 20 Mach, legen 24 000 km pro Stunde zurück. Raketen suchen sich, von der Hitze angezogen, heute selber den Weg in die Düsentriebwerke, und so erklärte Dr. Vannevar Bush, der während des Zweiten Weltkrieges die Militärforschung der USA leitete, schon 1950, daß „auch die schnellsten überhaupt denkbaren Bomber Raketen völlig hilflos ausgeliefert" seien, weil sie „sie weder sehen noch ihnen ausweichen können".

Ganz abgesehen davon, daß zwar am 26. Mai 1961 ein Convair B-58-„Hustler" der USAF in 3 Stunden 19 Minuten 41 Sekunden von New York nach Paris flog — aber am 4. Juni 1961 bei seiner Vorführung in Le Bourget abstürzte. Amtlich

Heinz Abosch

Das Ende des Zaubers

In den letzten Wochen ist de Gaulles Regime in den Zustand beschleunigter Zersetzung geraten. Alles bricht auseinander. Der Staat, der stark sein wollte, wurde zu einem der schwächsten, zur Ohnmacht verurteilt, mitansehen zu müssen, wie seine Ansprüche nicht nur mißachtet, sondern der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Das versuchte Attentat auf den General war nur ein Ausdruck für das umsichgreifende Chaos, das die Fünfte Republik abzuwehren vorgab. In Algerien wird der Staatsgewalt offen von extremistischen Siedlerverbänden getrotzt, deren „geheimer" Charakter kaum ernstzunehmen ist, da sie als die eigentliche politische Macht erscheint. Aber ähnliche Verhältnisse breiten sich nunmehr im Mutterland aus, wobei die Staatsmacht in einem Meer von Anfechtungen führerlos hin- und hergetrieben wird. Bauern sperren zu Tausenden die Landstraßen ab und belagern Städte; Streiks flammen auf und die Eisenbahnen werden lahmgelegt; in Paris gehören ein Dutzend Bombenattentate zum gewohnten Tagesablauf; die Algerier werden grausam verfolgt, worauf sich ihr Terror ausdehnt und die Regierung zur rassistischen Maßnahme des nächtlichen Ausgehverbots sich entschließt; Menschen verschwinden spurlos, andere werden in KZs geworfen, die man schamhaft „Aufnahmelager" nennt, noch andere werden, von Revolverschüssen durchlöchert, aus der Seine gezogen; die faschistische Terrororganisation OAS spinnt jetzt über Frankreich ihr Netz, schüchtert ein und erhebt unter Drohungen hohe Beiträge, zu denen sich auch Großunternehmungen bereitfinden; Parteien wie die Sozialisten, Christdemokraten und Radikalen, die de Gaulle unterstützten, geraten immer mehr in Opposition; das Parlament begehrt gegen die ihm aufgezwungene unwürdige Rolle einer Registrierkammer auf und zwingt den General zur Aufgabe des Diktaturparagraphen, mit dem er seit dem Aprilputsch regierte; das Biserta-Abenteuer läßt die ganze Welt sich gegen Frankreich kehren und de Gaulle verbirgt noch nicht einmal seine Isolierung, indem er hochmütig den UN-Sitzungen fernbleibt. Das sind die äußeren Zeichen des Niedergangs, und unsere Aufzählung ist gewiß nur ein Bruchstück.

Aber die Bilanz ist schlimmer. Die schlechte Note hat sich der General verdient, nicht weil er versagt, sondern weil er mit Starrsinn dies Versagen verschuldet. Sein Staat treibt ohne Kompaß, nicht weil dieser entzweigegangen ist, sondern weil es ihn nie gab: das heißt, eine die Verhältnisse berücksichtigende politische Konzeption. De Gaulles Ideen entsprechen weder den Erfordernissen Frankreichs noch denen Algeriens noch überhaupt denen der Welt im zwanzigsten Jahrhundert. Sie gehören dem Mittelalter an, da ihre Vorbilder Ludwig XI., Jeanne d'Arc und Ludwig XIV. sind. Wie jene will de Gaulle die Größe Frankreichs und einen starken, sich in einer Elite verkörpernden Staat. Lebt ein Historiker in einer fernen, von ihm ein Leben lang durchforschten Epoche, so ist das natürlich, — auch wenn er dabei vergißt, daß er in einer andern Epoche lebt. Tut das jedoch ein Politiker und versucht, Probleme der Jetztzeit mit dem 15. Jahrhundert entlehnten Schablonen zu lösen, dann ist das Verhängnis unausbleiblich. An den Beginn seiner Kriegsmemoiren stellte de Gaulle ein Bekenntnis, das ebenso kurz wie aufschlußreich ist: „Mein ganzes Leben habe ich mir eine gewisse Idee Frankreichs gebildet. Das Gefühl leitet mich dabei ebenso wie die Vernunft. Was es in mir an Gefühlsmäßigem gibt, stellt sich natürlich Frankreich, ganz so wie die Märchenprinzessin oder die Madonna der Mauerfresken, als zu einem hervorragenden und außergewöhnlichen Schicksal berufen vor." Das klingt sehr hübsch, aber beantwortet das eine politische Frage? Natürlich kommt sich der

Verfasser dieses eigenartigen kindhaften Bekenntnisses selber als auserwählt vor, die Märchenprinzessin an der Hand zu fassen und sie dem „außergewöhnlichen Schicksal" entgegenzuführen. Ein solches naives Bild erklärt das Scheitern, dem wir seit mehr als drei Jahren beiwohnen. Es enthält die beiden hervorstechendsten Eigenschaften des Generals: völlig untaugliche Ideen paaren sich mit einem durch nichts ins Wanken zu bringenden Selbstvertrauen. Damit gewappnet, wird die Niederlage sozusagen „schicksalhaft", die tragische Rolle ist vorgezeichnet, die Donquichotterie unvermeidlich. Wie einst der Grande kämpft der General von der traurigen Gestalt mit abgestandenen Ideen gegen Probleme, die er nicht versteht.

Außer dem Glauben an seine und Frankreichs Berufung wird man daher bei ihm nichts Beständiges finden, keine politische Konzeption, an deren Durchführung er zähe arbeitete. Der Führermythos ist leer, die politischen Auffassungen sind, je nach den Umständen, auswechselbar. De Gaulle ergriff 1958 die Macht, um das „französische Algerien" zu sichern, — heute bekennt er sich zu dessen Unabhängigkeit. Er wollte das Kolonialreich aufrechterhalten, — heute beansprucht er den Ruhm, seine Beseitigung durchgeführt zu haben. Gestern war er für die Zerstückelung Deutschlands, — heute verteidigt er Bonn nicht nur gegen Moskau, sondern auch gegen Washington. Vor einem Jahr empfing er C h r u s t s c h o w und sagte ihm freundliche Worte, — heute beschuldigt er ihm eines „ambitiösen Imperialismus" und ruft dazu auf, mit „klarem Auge und festem Herzen" einem Weltkrieg entgegenzusehen. Seit Jahren brüskiert er seine Verbündeten und besteht auf eigenwilligem Handeln, — jetzt will er der Herold der westlichen Welt gegenüber dem Osten sein. Vergeblich sucht man in diesem Wirrwarr die geringste Kohärenz. Es gibt sie nicht, da de Gaulle über keine andere Konzeption als die der Macht verfügt und da er seine untauglichen Mittel ständig auswechseln muß. Das Wunschbild einer aufgeklärten Monarchie konnte nicht anders, als sich im zwanzigsten Jahrhundert in Dunst auflösen. Kein einziges Problem vermochte es zu beantworten. Aus diesem Grunde erklärt sich das hilflose Sichtreiben-lassen, das Anhäufen von Widersprüchen, was Freunde abstößt und Feinde reizt. In kurzer Zeit zusammengerafft, ist es dem General gelungen, alle Fehler der Vierten Republik zu wiederholen: die Zugeständnisse, die er der Zeit machte, kamen immer zu spät. Im September erklärte er die Zugehörigkeit der Sahara zu Algerien als natürlich; aber einige Monate vorher scheiterten die Verhandlungen in Lugrin, weil die französischen Unterhändler kein Gespräch über die Sahara zuließen. Im Oktober sprach er von der Unvermeidlichkeit eines unabhängigen algerischen Staats; aber der Friede kam bisher nicht zustande, weil er sich hartnäckig weigerte, eine solche Möglichkeit ins Auge zu fassen. Während die Zugeständnisse des Generals praktisch nichts lösten, weil sie zu spät kamen, reizten sie nur die Algerier, die sich betrogen glaubten, und seine eigenen Bundesgenossen vom Mai 1958, die auf das Versprechen vom „französischen Algerien" pochten. Noch jetzt weiß man nicht, was er vorhat. Seine zwiespältigen Formeln besagen sowohl Einheit des umstrittenen Landes als auch seine Teilung, die Festsetzung Frankreichs als auch den vollständigen Rückzug. Bisher hat er die Entscheidung nur verzögert, die sich unheilvoll ankündigt, da man einen neuen Putsch in Algerien, vielleicht sogar in der Metropole, erwarten kann. Einen Vorgeschmack für das mögliche gegenseitige Massenabschlachten beider Bevölkerungsteile hat es in den letzten Wochen bereits gegeben.

In politischen Kreisen wird offen die Nachfolge des Regimes besprochen, wobei niemand an dessen Tod mehr zweifelt. Für den Vertrauensverlust zeugen vor allem diejenigen, die ihm bisher nahestanden. So schrieb „Le Monde" am 26. 9., daß man sich frage, ob das Regime überleben könne, „wovon es noch nicht einmal

selber überzeugt sei". Nach der Pressekonferenz de Gaulles vom 6. September entgegnete das Blatt verächtlich auf die Prahlereien: „Nichts als Worte". Es sehe so aus, „als ob die Eigenschaften — und die nicht weniger außergewöhnlichen Fehler —, die den General de Gaulle 1958, selbst wenn man daran kaum glaubte, als einzige Chance erscheinen ließen, sich jetzt gegen ihn wendeten". Sehr hart ist ebenfalls das Urteil des klugen Soziologen Raymond Aron: „Um Erfolg zu haben, hätte er das Umgekehrte dessen tun müssen, was er tat: weniger von oben verleihen und mehr aushandeln, nicht vorhaben, dem Gegner die Prozedur der Entkolonisierung aufzuerlegen, den Mut haben anzuerkennen, daß er das Ende des Monologs bedeutet, selbst wenn der Wille des ehemaligen Herrn zum Willen des Rückzugs wird. Man entkolonisiert nicht im Stil Ludwigs XIV." Es ist daran zu erinnern, daß Aron früher de Gaulle mit Sympathie gegenüberstand.

Ist man sich dieser verzweifelten Lage bewußt, so wird die Haltung eines Großteils der westdeutschen Presse um so überraschender. Bei ihrer Lektüre gewinnt man den Eindruck, als habe sie sich zum Ziel gesteckt, den schwindenden Anhang de Gaulles zu ersetzen, das dem Tod geweihte System zu stützen. Mit welcher Treue ihm da Loblieder gesungen werden! Alle Schwächen, die man in Frankreich mit Schonungslosigkeit aufdeckt, werden mit rührender Liebe verschwiegen oder entschuldigt, geht es doch um die Rettung des treuesten Adenauer-Knappen in der Berlin-Frage. Wer hätte an eine solche Verwandlung gedacht? Am wenigsten diejenigen, die ihn des französischen Nationalismus ziehen, als er die Oder-Neiße-Grenze anerkannte! Versucht man die Gründe dieser seltsamen Rolle zu entdecken, so wird man sie in keiner politischen Konzeption suchen müssen, sondern in reiner zeitbedingter Zweckmäßigkeit. De Gaulles Verhalten Deutschland oder Rußland gegenüber ist so widerspruchsvoll wie das in der algerischen Frage. Zwischen der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der von den hiesigen Kalten Kriegern bejubelten Ablehnung von Berlin-Gesprächen gibt es keinen anderen Bindestrich als den seiner Hilflosigkeit. Und wie steht es erst mit der Befürwortung, daß „die beiden Teile des deutschen Volkes die Bande und Beziehungen untereinander auf allen praktischen Gebieten vermehren sollten"? (Pressekonferenz vom 27. 3. 59.) Kurzum: auch in der deutschen Frage fehlt jeder Kompaß. In seiner Erklärung vom 6. September räumte der General mit groben Plattheiten die russischen Erwägungen — die inzwischen auch in Washington anerkannt wurden — beiseite und führte die Berlin-Krise auf innere Schwierigkeiten Chrustschows zurück. Nun, wenn man die innerpolitischen Spannungen Frankreichs und der UdSSR vergleicht, wird es nicht schwer sein, herauszufinden, wer eine äußere Ablenkung am dringendsten braucht. Tatsächlich ist dieser Vorwurf in dem eben zitierten Leitartikel von „Le Monde" erhoben worden, der ironisch meinte, daß „der Appetit des großen bösen Moskauer Wolfs und die Perspektive eines Weltuntergangs gerade zur rechten Zeit kämen, um den Rückzug aus Algerien anzutreten." Ein solcher, sehr naheliegender Verdacht ist in der Bundesrepublik nicht geäußert worden, wo man den französischen Staatschef sozusagen als Vorkämpfer Bonner Belange feiert. Dessen September-Erklärungen wurden nirgends so warm aufgenommen wie am Rhein, wo ein Regierungssprecher versicherte, „die Bundesregierung stimme mit seiner Beurteilung der Lage völlig überein. Die Warnung de Gaulles an Chrustschow und seine Forderung nach Festigkeit gegenüber einseitigen sowjetischen Maßnahmen könne die westdeutsche Regierung nur unterstützen."

In anderen westlichen Hauptstädten (von Madrid abgesehen, mit dem gerade gegenwärtig — auch das ist kennzeichnend! — die Bande enger geknüpft werden) war die Reaktion ungünstig. Washington und London, um nur die wichtigsten zu nennen, betrachten die Eigenbröteleien des Generals schon lange mit

Mißfallen. Sein Alleingang in der NATO, die Sahara-Explosionen, der endlose Kolonialkrieg, die Mißachtung der UN stellen eine Belastung dar, der sie müde sind. Daß de Gaulle auch in der Berlin-Frage eine Extratour unternimmt, ist dementsprechend nicht überraschend. So wenig wie bisher liegt ihr ein konstruktiver Gedanke zugrunde. Da es ihm nicht gelingt, sich als Macht positiv durchzusetzen, versucht er es mit negativen Mitteln, indem er sich die Gewichtigkeit eines Störenfrieds geben will. Aber diese Politik des Ressentiments ist ohne Perspektive, nichts als kurzsichtige Reaktion, die übrigens sogleich einer anderen Platz machen kann. Daß er sich jetzt mit westdeutschen Scharfmachern des Kalten Krieges verbindet und die sich anbahnenden Berlin-Vor-Verhandlungen zu Fall gebracht hat, widerspricht Auffassungen, die er vor noch nicht langer Zeit äußerte: im Ost-West-Konflikt vermitteln zu wollen. Aber es versteht sich, daß er die von ihm verratene Idee wieder aufnehmen wird, wenn er glaubt, damit ein Zipfelchen Macht zu erhaschen. In den USA und in Großbritannien mißtraut man diesen Störmanövern, da man in ihnen eine Wiederholung der mißglückten Algerien-Politik sieht. Auch in der Berlin-Frage, meint man dort, werde die Zeit nicht für den Westen arbeiten und ein späteres Verhandeln könnte ein schlechteres Verhandeln sein.

Bonner Regierungskreise halten sich an solchen Überlegungen nicht auf: sie sind froh, in verzweifelter Stunde wenigstens einen verständnisvollen Freund gefunden zu haben. Daß de Gaulle und Adenauer sich in dieser späten Freundschaft finden, ist für den einen wie den anderen von symbolhafter Bedeutung: Beide stecken in völliger Isolierung und beide tragen an einer zusammenbrechenden Politik. Es handelt sich um zwei Lahme, die sich gegenseitig beim Gehen stützen wollen. Aber so groß die Freude im Augenblick auch in Paris und Bonn sein mag: zu große Hoffnungen sollten sie sich nicht machen. Diese „entente cordiale" der Beschädigten ist keine starke Position, die gegenüber den USA ins Gewicht fallen könnte. Sie kann die Entwicklung bremsen, aber nicht aus der Welt schaffen. Dasselbe demonstriert de Gaulle in Algerien seit drei Jahren. Noch andere Überlegungen sind am Platze. Seine Deuschlandpolitik, so sehr sie sich auch in der Form gewandelt, bleibt sich in einem gleich: sie dient nicht der Wiedervereinigung, sondern der Spaltung. Dieses Ziel verfolgt auch die „harte" Berlin-Haltung. Darin sieht Frankreichs Staatspräsident die beste Gewähr für die Aufrechterhaltung der Zweiteilung. Die Absichten, die jeder Partner dieser Zweckgemeinschaft hat, sind im Wesen verschieden. Aus diesem Grunde kann sie nicht von Dauer sein und muß notwendig einen Betrogenen auf der Strecke lassen. An noch etwas ist zu denken. Frankreichs Algerien-Feldzug ist besonders in der Vielzahl der Entwicklungsländer verhaßt. Es ist eine schlechte Empfehlung für Bonner Selbstbestimmungsforderungen, im achten Jahr des Algerienkriegs sich als enger Verbündeter einer Politik zu bekennen, die hunderttausende Menschen ermorden ließ, um das Selbstbestimmungsrecht im Blut zu ersticken. Nicht zuletzt darauf ist die Erfolglosigkeit zurückzuführen, die die Bundesrepublik in ihrem Bemühen zu verzeichnen hat, sich der Sympathie der asiatischen und afrikanischen Staaten zu vergewissern. Noch nie hat Kurzsichtigkeit als kluge Politik sich bewährt.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Die Mauern

Man kommt in Versuchung, mit einem „Entschuldigen Sie, daß ich geboren bin" zu beginnen, wenn man sich im gegenwärtigen Zeitpunkt in diesem Lande anschickt, ein Wort der Mäßigung und Vernunft zu sprechen: so sehr sieht man sich in dieser Position umstellt vom furchteinflößenden Unisono derer, die nicht bereit sind, den 13. August als Glied einer mindestens 12 Jahre in die Zeit zurückreichenden Kausalkette zu bewerten, sondern die sich damit begnügen, dieses einschneidende historische Ereignis als eine Art stinkenden deus machina, als bewußten, völlig unprovozierten, geschichtslosen, aus purer Bosheit und Zerstörungslust ersonnenen Anschlag „auf das deutsche Volk" hinzustellen.

Man werfe einen Blick in seine Tageszeitung, man schalte Rundfunk oder Fernsehen ein: nirgendwo die Frage „Wie hat es zum 13. August kommen können?", überall nur diese beklemmende Bescheidung auf jenen fast schon allergisch zu nennenden Ausruf des Abscheus und der einseitigen Anklage. Sogar die öffentliche Diskussion verschiedener, meist „linksgerichteter" Schriftsteller über dieses politische Thema ist überwiegend emotional bestimmt. In anderen Kreisen wiederum schlägt man der Emotion noch die materialische Forderung nach Helden und Heldenverehrung zu, gipfelnd bis zur Stunde in der unglaublichen Apotheose des Bundesministers v. Merkatz auf die „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" (kommt denn niemand auf den Gedanken, es könnte zwischen der bloßen Existenz solcher Verbindungen und dem 13. August ein Zusammenhang bestehen?): „Halten Sie an der Tradition Ihres Kreuzes fest; es ist kein verblassendes Ordenszeichen. Es ist viel mehr! Auf Sie sieht man, nicht nur als die Elite, sondern als einen Adel unseres Volkes . . ." (Vgl. Dokumente zum Zeitgeschehen).

Das alles geschieht bei uns, während die bedrohte Menschheit sich sorgt, es könnte wegen Deutschland schon wieder einen Krieg geben; während alle Welt sich Gedanken macht, wie man endlich zu einer Lösung der deutschen Frage kommen könnte; während es im Westen aus dem Lager der Sozialisten, der Liberalen und sogar der Konservativen immer mehr und immer dringlichere Stimmen gibt, die die Hinnahme der Existenz zweier deutscher Staaten, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und eine europäische Zone verdünnter Rüstung fordern ... Vergleicht man damit die bei uns zur Zeit tonangebenden Stimmen, so könnte man wirklich an der Zukunft des deutschen Volkes zu zweifeln beginnen.

Wie viele Menschen gibt es in der Bundesrepublik, die folgendes Wort von Willy Brandt, gesprochen vor der Sozialistischen Internationale in Rom, unterschreiben würden: „... aber mit den 16 Millionen Menschen in der Sowjetzone können wir die Aufrechterhaltung des Friedens nicht bezahlen"? Die Beantwortung dieser Frage wäre höchst wichtig, denn das Wort bedeutet, verdeutscht, doch nichts anderes, als daß „wir" die „16 Millionen Menschen in der Sowjetzone", wenn es mal ganz ernst würde, lieber vernichten als in einem kommunistisch geführten Staat weiterleben lassen wollten. Ist es möglich, ist es noch menschlich, das schreckliche Menetekel von Nowaja Semlja in einem solchen Ausmaß zu ignorieren? Wie, wenn wir die Nicht-„Aufrechterhaltung des Friedens" auch noch mit den 53 Millionen Menschen in der Bundesrepublik „bezahlen" müßten?

Wie einfach wäre doch alles, wenn es genügte, die Berliner „Schandmauer" zu verurteilen. Auch ich verurteile sie. Aber ich weiß, daß sie emporwuchs, weil nicht verhandelt worden ist, und ich weiß auch, daß sie nur durch Verhandlungen beseitigt werden kann.

Es genügt auch nicht, die Tatsache zu verabscheuen, daß an der Berliner Mauer schon auf Menschen geschossen worden ist. Ich verabscheue sie. Aber ich weiß, daß geschossen wurde, weil nicht verhandelt worden ist, und ich weiß auch: nur Verhandlungen bieten die Gewähr, daß nicht noch mehr geschossen werden wird.

Daß der deutsche Journalist Lichtenberg in Deutschland von Deutschen erschossen worden ist, kann man nur verurteilen, — auch dann noch, wenn man die besonderen Umstände in Betracht zieht. „Einen Menschen töten, bedeutet niemals, eine Lehre verteidigen, sondern immer, einen Menschen töten." Aber auch hier wurde geschossen, weil nicht verhandelt

worden ist. Dieses ganze kleine Stück deutscher Selbstzerfleischung wäre nicht aufgeführt worden, wenn zuvor verhandelt worden wäre.

Es gibt nicht nur eine Berliner, sondern es gibt auch eine Bonner Mauer. Sie ist unstofflich, aber nicht weniger hart und nicht weniger gefährlich, zudem älter als die Berliner: von ihr sind bisher alle Rufe nach Verhandlungen, ob sie nun aus Ost oder West kamen, zurückgeprallt; der Anruf konnte formuliert sein, wie und von wem er wollte, das Echo war immer das gleiche: Nein, nein, niemals! Wie ist es möglich, daß das so viele Leute bei uns nach dem 13. August plötzlich vergessen zu haben scheinen? Das grenzt doch an das Pathologische.

Die Bonner Mauer ist Ausdruck purer Verweigerung. Wer sich, dem Leben, dem Herrgott, dem Genius des Volkes etwas zutraut, verhält sich anders: Er geht grundsätzlich und in allem davon aus, daß Wenig mehr ist als Nichts, daß aus Wenig immer Viel werden kann, und daß es keinen lebendigen Zustand gibt, auch nicht den schlimmsten, der nicht die Keime neuer Entwicklungen in sich trüge. Man kann Geschichte nicht ungeschehen machen — es sei denn, man zerstört die Bühne, auf der sie sich zugetragen hat und neue zutragen kann.

Und die Berliner Mauer — wessen Ausdruck ist sie? Einer sehr ernsten, womöglich endgültigen existentiellen Prüfung: Ist dieses Volk bereit, auf der dualistischen Basis, die ihm die Geschichte für unbestimmte Zeit verordnet hat, mit sich selbst sein Auskommen zu finden? In dieser Prüfung stehen wir nicht erst seit dem 13. August, und Berlin ist nicht erst seit diesem Tage eine geteilte Stadt (übrigens nicht die einzige auf Erden; sogar das heilige Jerusalem ist geteilt). Aber seit dem 13. August ist eine Weigerung, auf diese Frage eine verbindliche Antwort zu geben, nicht länger möglich. Schießmauer oder Verhandlungsmauer, Kriegsmauer oder Koexistenzmauer, Lebensmauer oder Todesmauer? Das ist hier die Frage.

Um was es den anderen in Berlin geht, um Macht, Prestige, kann uns im Grunde schnuppe sein: Ihr Schicksal entscheidet sich dort nicht. Für uns geht es um viel mehr: um unsere Existenz, um unsere Geschichtsbefugnis. In zwei Staaten geteilt, blieben wir doch immer noch ein Volk, mit der Perspektive, vielleicht doch einmal wieder einen gemeinsamen Staat zu bekommen. In einer Pestgrube vereinigt, verlören wir sogar rückwirkend den Anspruch, von den Überlebenden ein Kulturvolk genannt zu werden; denn auf die Dauer bleibt man ein solches nicht, wenn man an einer entscheidenden Wendemarke der Geschichte nicht wenigstens einmal auch für den Frieden aller ein tiefgreifendes, schmerzlich spürbares Opfer gebracht hat.

An dieser Wendemarke können wir seit dem 13. August täglich anlangen. Was dann geschehen wird, hängt keineswegs allein von den Großmächten ab. Wenn es denn stimmt, daß Berlin zu einem Weltproblem geworden sei: Bonn ist längst ein Weltproblem. Konrad Adenauer hat vor einigen Wochen in einer Fernsehansprache gelobt: „Ich werde alles tun, um den Frieden zu erhalten". Das war allerdings während des Wahlkampfes, und wir Bundeskinder sind es längst gewohnt, daß Wahlkampfworte bei uns nicht viel kosten. Löst Adenauer aber dieses sein Versprechen nicht ein, dann gnade Gott ihm und uns allen.

Die Welt wartet auf eine Tat der Entspannung aus Bonn am Rhein.

Johannes Weidenheim

Linus Pauling

Der Nobelpreisträger Prof. Linus Pauling ist ein Forscher, der als Chemiker in Fachkreisen seit langem weltweiten Ruf genießt. Aber er ist mehr als nur ein Professor für Chemie oder ein Fachmann auf dem Gebiete der Quantenmechanik chemischer Bindungen; gestützt auf seine Autorität als Wissenschaftler und auf Grund seiner fachlichen Einsichten in die Gefahren atomarer Experimente und eines Atomkrieges selbst, ist Linus Pauling heute in den Vereinigten Staaten einer der entschiedensten und unbegeugsamsten Vorkämpfer für atomare Abrüstung [1]).

Linus Pauling wurde am 28. Februar 1901 in Portland (Oregon) geboren. Seit 1922 ist er, unterbrochen nur durch zahlreiche Auslandsaufenthalte, am California Institute of Technology in Pasadena (Kalifornien) wissenschaftlich tätig. Mehr als 20 Jahre lang stand er dort als Professor für Chemie der

[1]) Prof. Pauling bereiste vor kurzem auch die Bundesrepublik, wo er — im Rahmen einer Veranstaltungsreihe der „Internationale der Kriegsdienstverweigerer" — in Hamburg, Frankfurt, Essen und München seinen eindringlichen „Appell an die Vernunft" vortrug.

Abteilung für Chemie und technische Chemie vor, während er sich seit wenigen Jahren nur noch der wissenschaftlichen Arbeit als Professor widmet. Seine wissenschaftlichen Leistungen fanden Anerkennung u.a. in der Berufung in zahlreiche in- und ausländische wissenschaftliche Akademien sowie in der Verleihung von Ehrentiteln und Medaillen durch Institutionen aus der ganzen Welt. Als Krönung seiner wissenschaftlichen Erfolge darf die Verleihung des Nobel-Preises für Chemie im Jahre 1954 angesehen werden.

Dem Wissenschaftler Pauling wird sein Ruhm von keiner Seite bestritten. Der Bürger Pauling hat in seinem Lande jedoch keineswegs einhellige Anerkennung oder Zustimmung gefunden. Gewiß, weite Kreise der „Liberals" und der sog. „Leftists" sowie Pazifisten stehen auf seiner Seite. Aber für die heutige amerikanische Gesellschaft ist Linus Pauling zu sehr Nonkonformist, um sich nicht immer wieder Angriffen und Verdächtigungen ausgesetzt zu sehen, die ihn oft nur zu gern mit kommunistischen „Umtrieben" in Verbindung bringen wollen.

Es war in den Tagen nach Pearl Harbor, als eine — nur zu verständliche und berechtigte — Welle antijapanischer Gefühle die USA ergriffen hatte, daß sich Pauling weigerte, seinen japanischen Gärtner zu entlassen. Setzte er sich damals des Verdachtes einer unpatriotischen Einstellung aus, so lenkte er nur wenige Jahre später die Aufmerksamkeit der Kommunistenjäger seiner engeren Heimat und im Kongreß auf sich. Anlaß war seine Stellung als Vizepräsident der World Federation of Scientific Workers, deren Präsident in den späten 1940er Jahren der als Kommunist bekannte bedeutende Wissenschaftler Prof. Joliot-Curie war. Allen Behauptungen, er sei Kommunist oder Mitglied kommunistischer Organisationen, trat Pauling jedoch entschieden entgegen.

Das Fehlen jeden Beweises und seine eigenen Erklärungen hinderten die Behörden während der Zeit McCarthy's jedoch nicht, ihn im Jahre 1950 der Mitgliedschaft in „kommunistischen Frontorganisationen" zu bezichtigen. Das hatte u. a. zur Folge, daß ihm dreimal der zum Besuche ausländischer Tagungen beantragte Paß verweigert wurde. Erst ein vierter Antrag hatte wenigstens begrenzten Erfolg: Pauling durfte nach England und Frankreich, jedoch nicht nach Indien reisen.

Größte Beachtung in der Weltöffentlichkeit fand im Jahre 1957 Pauling's Appell für einen Stop der Atombombenversuche wegen der damit verbundenen Gefahren für die Menschheit[2]). Versehen mit den Unterschriften von 2000 amerikanischen Wissenschaftlern, wurde eine entsprechende Petition dem damaligen amerikanischen Präsidenten Eisenhower vorgelegt. Zahlreiche zustimmende Erklärungen aus dem Ausland veranlaßten Pauling, auch außerhalb der USA Unterstützung für seinen Aufruf zu suchen. Innerhalb von knapp vier Monaten hatten 11 021 Wissenschaftler aus 49 Ländern die Petition unterzeichnet, die am 15. Januar 1958 dem UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld von Pauling persönlich überreicht wurde. Zu den Unterzeichnern gehörten 36 Nobel-Preisträger, darunter Albert Schweitzer, Bertrand Russell, Lord Boyd-Orr. Die Petition wurde auch von 140 Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik unterzeichnet, zu denen Max Born, Werner Heisenberg, Otto Hahn, Adolf Butenandt und C. F. von Weizsäcker gehörten.

Seitdem ist Prof. Pauling — ohne seine Verpflichtungen am California Institute of Technology zu vernachlässigen — nicht müde geworden, das amerikanische Volk über die Gefahren der Atombombenversuche aufzuklären und alle Verniedlichungen und Verharmlosungen eines Atomkrieges zurückzuweisen. Im Jahre 1958 erschien sein Buch „No More War", in dem in eindringlicher Weise die genetischen Gefahren fortgesetzter Atombombenversuche geschildert werden und erneut zu einem Stop der Versuche aufgefordert wird. Pauling besuchte die Pugwash-Konferenz und nahm im Jahre 1959 mit seiner Frau an der Jahreskonferenz des „Japanese Council Against A- and H-Bombs" teil. Er gehört auch zu den Befürwortern des Rapacki-Planes für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und eines ähnlichen chinesischen Vorschlages für den pazifischen Raum.

Zweimal, im Juni und Oktober 1960, wurde Linus Pauling vor das „Subcommittee on Internal Security" des amerikanischen Senates geladen, um Aussagen im Zusammenhang mit der Unterschriftensammlung für seine Petition aus dem Jahre 1957 zu machen. Allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz weigerte er sich, die

[2]) Vgl. Heft 1/1958 der „Blätter".

Namen derjenigen Personen zu nennen, die ihn bei der Unterschriftensammlung unterstützt hatten, um sie — wie er erklärte — vor möglichen Repressalien zu schützen.

Prof. Pauling hat bis heute seine Bemühungen, aufzuklären und zu warnen, nicht aufgegeben. In einem Lande, das die Schrecken des letzten Krieges nicht selbst erlebt hat und in dem über die Gefahren eines Atomkrieges Unwissenheit oder Illusionen verbreitet sind oder bewußt verbreitet werden, kommt dieser Stimme besonderes Gewicht zu. Pauling's Ruf gilt jedoch nicht nur dem amerikanischen Volk und den Verantwortlichen in der amerikanischen Regierung, sondern allen Mächten, die über Atombomben verfügen oder Atombombenversuche durchführen, im Westen und im Osten[3]). Seine Warnungen wiegen um so schwerer zu einem Zeitpunkt, da entgegen allen Hoffnungen und wider alle Vernunft erneut Atombombenversuche größten Ausmaßes unternommen werden.

Hans-Wilkin von Borries

Aus dem „Testimony of Dr. Linus Pauling"

Hearing before the Subcommittee to investigate the Administration of the Internal Security Act and other Internal Security Laws of the Comittee on the Judiciary, United States Senate, eighty-sixth Congress, second session, June 21, 1960.

Dr. Linus Pauling erklärte unter anderem:

„... Dieses zweite Ansuchen bezieht sich auf die Namen von Leuten, die die Petition verbreitet haben und mir Kopien der Petition mit den Namen von Leuten schickten, die sie unterzeichnet hatten. . . . Ich glaube, daß man dem Ziel, welches diese Petition anstrebt, näher gekommen ist. Die Politik, die vertreten wurde, ist die Politik unserer Regierung, derjenigen der UdSSR und Großbritanniens geworden. . . .

Petitionen zu verbreiten ist ein wichtiger Bestandteil unseres demokratischen Prozesses. Sollte er beseitigt oder wesentlich behindert werden, würde unsere Nation einen Schritt hin zu ihrer Entartung gemacht haben — vielleicht in Richtung auf einen Diktaturstaat, einen Polizeistaat.

Ich bin sehr an unserer Nation interessiert, an den Vereinigten Staaten von Amerika, und an den Regeln, die in der Verfassung und der Bill of Rights festgelegt worden sind. Nun, was für Versicherungen auch immer mir dieses Unterkomitee geben mag hinsichtlich des Gebrauches der Namen von Leuten, die die Petition verbreiteten, die ich geschrieben habe, ich bin davon überzeugt, daß diese Namen zu Repressalien gegenüber jenen Leuten gebraucht würden, die an das Verfahren der Demokratie glauben; diese enthusiastischen, idealistischen, hochgesinnten Arbeiter für den Frieden. Ich bin davon überzeugt, da ich selbst Erfahrungen mit der Periode des Mc-Carthyismus gemacht und bis zu einem gewissen Grade darunter gelitten habe, in einer Weise, die ich nicht erwähnen werde. Ich bin davon überzeugt, da ich die Bestätigungen des ‚Committee on Un-American Activities' des Repräsentantenhauses und dieses ‚Subcommittee on Internal Security' des Rechtsausschusses des Senates beobachtet habe. Ich habe das Gefühl, daß, wenn diese Namen diesem Unterausschuß übergeben würden, der Hoffnung für den Frieden in der Welt ein schwerer Schlag versetzt würde. Unsere Nation ist jetzt in großer Gefahr, einer größeren Gefahr als jemals zuvor. Die Gefahr rührt nicht vom Frieden her, oder von den Arbeitern für den Frieden, oder von den Leuten, die Petitionen verbreiten, die auf internationales Recht und internationale Vereinbarungen abzielen. Sie rührt von der Ansammlung nuklearer Waffen her, die in der Welt bestehen und die die Gewalt haben, die Welt zu zerstören . . . Diese Gefahr, die Gefahr der Vernichtung in einem Atomkrieg, würde nur größer werden, wenn diese Arbeit für den Frieden in der Welt, Frieden und internationale Gesetzgebung und internationale Vereinbarungen, beeinträchtigt würde.

In den Vereinigten Staaten wird zur Zeit ein schrecklicher Angriff unternommen gegen die Anstrengungen unserer Regierung, internationale Vereinbarungen über einen Stop der Atombombenversuche und über Abrüstung zu erreichen. Dieser Angriff wird von Vertretern der Verteidigungsindustrien unternommen, die finanziell am Kalten Krieg profitieren. Zum Beispiel, ...

Wenn zwei Nationen, die UdSSR und die Vereinigten Staaten, Jahr für Jahr versuchen würden, einer Politik zu folgen, die

[3]) So richtete Prof. Pauling jetzt auch einen entschiedenen Appell an Ministerpräsident Chrustschow, die Sowjetunion möge auf ihre Atomversuche, vor allem das angekündigte Experiment mit der Megaton-Bombe verzichten; Pauling wies auf die unermeßliche Strahlengefährdung der Menschheit durch diese letztere hin.

darauf gerichtet ist, die andere in ihrer Vernichtungskraft zu überflügeln, dann würden wir wahrhaftig zur Katastrophe verurteilt. Dann würde der nukleare Krieg, der die Zivilisation zerstören wird, mit Sicherheit kommen.

Ich glaube daran, daß die Arbeit für Frieden, Sittlichkeit und Gerechtigkeit auf der Welt jetzt intensiviert werden muß, und ich plane, was immer ich kann, zu tun in der Arbeit für Frieden in der Welt, in der Arbeit für internationale Vereinbarungen über Abrüstung; immer, natürlich, in einer Weise, daß sie die Sicherheit der Vereinigten Staaten erhöhen und sie nicht verringern . . ."

Brief aus London

Die Milchversorgung bereitete den Engländern gegen Ende des Monats Oktober erhebliche Befürchtungen. Diesmal sind diese nicht durch einen der vielen Streiks hervorgerufen, sondern durch die Angst vor dem fall-out der sowjetischen Atomversuche. Die Regierung hat erklärt, daß sie im Falle eines Überhandnehmens von Jod-131-Partikeln für die Kinder Trockenmilch bereithalten will. — Im allgemeinen diskutiert man hier die Strahlungsgefahren noch verhältnismäßig diskret, hat ja auch allen Grund dazu. Ich vermute aber, daß wir bald über alle Niederschläge gründlich aufgeklärt werden, wird doch jetzt die Vererbungslehre die neueste Waffe des Kalten Krieges. Nur über Untergrundversuche wird man bei uns nicht viel erfahren. Das gehört ja a) auch nicht zum Thema Niederschläge und b): Bis die Isotopen erst mal via Grundwasser und Gestein nach außen dringen, mag viel Zeit vergehen. Und die Isotopen haben Zeit. Dem Strontium 90 geben die, die es wissen müssen, 1500 Jahre ungebrochener Aktivität und dem Calcium 14 5000 Jahre.

Premierminister Macmillan hat sein Kabinett umgebildet. Der bisherige Kolonialminister Iain Macleod, der in seinem Fachgebiet durchaus liberal war und wahrscheinlich am Widerstand einiger Übersee-Briten gescheitert ist, ist wieder in die Innenpolitik zurückgekehrt. Hier hat man ihn noch als den Mann in Erinnerung, der seinerzeit den Londoner Omnibusstreik „gemeistert" hat. Macleod ist jetzt Vorsitzender der Konservativen Partei und Führer des Unterhauses.

Diese beiden Posten hat man dem liberalen Konservativen R. A. Butler weggenommen, der jetzt nur noch Innenminister ist. Dafür hat er den Vorsitz über den Kabinettsausschuß „EWG" erhalten. Als Warner vor einem Beitritt Großbritanniens zur EWG bildet er damit ein Gegengewicht gegen den „europafreudigen" Lordsiegelbewahrer Heath. Für die Unzufriedenen eines wie auch immer gearteten Ausganges der Verhandlungen wird Butler später eine gute Angriffsfläche bieten.

Neuer Kolonialminister wurde Reginald Maudling, bisher Handelsminister. Auch ihm gibt man nicht mehr Chancen für eine zufriedenstellende Lösung der anstehenden Kolonialprobleme, solange Lord Home als Außenminister weiter amtiert. Lord Home macht man auch für die fatalen Entscheidungen, bzw. Stimmenthaltungen Großbritanniens in den UN verantwortlich.

Kein gutes Omen für den Wohnungsbau ist Dr. Charles Hill, bekannt geworden durch seine Anstrengungen, die Leistungen des nationalen Gesundheitsdienstes zu reduzieren. Das Ministerium für Altersversorgung wurde von Margaret Thatcher übernommen ,einer jener Tory-Damen, die sich so sehr für körperliche Züchtigung von Jugendlichen verwenden.

In der Woche vor der Bekanntgabe der Regierungsumbildung fand im Seebad Blackpool der diesjährige Labour-Parteitag statt. Ich will hier nicht in das allgemeine Freudengesäusel der sog. Großpresse einstimmen, die den Sieg des Sozialisten Gaitskell gepriesen hat. Sie hat nämlich gar keinen Grund dazu. Zwar steht jetzt eine Rahmenpolitik, die NATO-freundlich ist. Davon bleibt aber nicht viel übrig, wenn man abzieht: 1.) Labour ist gegen eine unabhängige britische Atom-Abschreckung; 2.) mit 3 611 000 gegen 2 739 000 Stimmen sprach man sich gegen die Polaris-Basen aus; und 3.) mit 3 519 000 gegen 2 733 000 gegen deutsche (sprich jegliche ausländischen Truppenmanöver) auf englischem Boden; 4.) enthält das offizielle Verteidigungsdokument „Policy for Peace" eine ausdrückliche Bestätigung des Wunsches nach einem „Disengagement". Lex specialis derogat legi generali. Und: Die Jahreskonferenz „ist die höchste Autorität in Angelegenheiten der Politik", sagte der Parteivorsitzende Crossman noch in Blackpool. Der angesehene Politologe Robert MacKenzie fügte dem jedoch gleich hinzu „es sei denn, sie trifft Entschei-

dungen, die für den Parteiführer und seine parlamentarischen Kollegen unannehmbar sind". Schon hat Gaitskell in einem Interview angekündigt, daß eine künftige Labour-Regierung sich nicht an die Polaris-Resolution gebunden fühle (Observer). Damit ist der Labour-Parteitag zum Tory-Parteitag degradiert.

In der Wohnungswirtschaft hat man die Pläne für eine Vergemeindung gestutzt, ohne daß das von den meisten Delegierten gemerkt worden ist. Das wesentlichste Versagen der Parteiführung ist darin zu sehen, daß sie nicht die von den Gewerkschaften hingehaltene Hand ergriffen hat und offensichtlich nicht bereit ist, die politische Führung in den bevorstehenden großen Arbeitskämpfen zu ergreifen. Statt dessen hat sie vor, die Erfahrungen ihrer letzten Wahlniederlage und der SPD mißachtend, ihr „streamlining" an die bestehende Ordnung fortzusetzen. So links, wie die Labour-Party im Vergleich zur SPD noch erscheinen mag, sie erfüllt ihre Aufgabe im Zweiparteien-System schon bald nicht mehr, nämlich eine Alternative in der Sache zu sein.

Nach wie vor fordern die sog. Linken die Parteiführung heraus. Sie stellen Konkurrenzkandidaten für alle wichtigen Parteiämter auf. Blackpool hat gezeigt, daß die Mehrheit der Parteimitglieder auf ihrer Seite steht. Im Grunde genommen sind es diese „Linken", die der Opposition in England ihren Sinn geben, und die die Partei am Leben halten. — Ein id, hinter dem ich Carlo Schmid vermute, schrieb in der „Neuen Gesellschaft" von Gaitskells „Campain for Democratic Socialism", daß diese „angetreten mit der Absicht, den tatsächlichen Auffassungen der Mehrheit der Parteimitglieder Geltung zu verschaffen, ein Schutz gegen erneute Majorisierungen der Partei durch Gewerkschaftsapparate" sei. Mit welch unverantwortlicher Dreistigkeit solche Unwahrheiten verbreitet werden. CDS ist gegründet worden mit der klaren Ausrichtung gegen die Parteimehrheit von Scarborough, und hat nicht mehr an Einfluß gewonnen, als die Macht der rechten Gewerkschaftsbosse reicht. Das beweisen die diesjährigen Abstimmungen. Gaitskell ist kein Mann der „Mehrheit der Parteimitglieder", und ebensowenig dient sein „demokratischer Sozialismus" denselben.

Ganz im Sinne des oben erwähnten „streamlining" verlief die außenpolitische Debatte des vorzeitig wieder zusammengerufenen Parlaments. „Mr. Macmillan und Mr. Gaitskell verneigten sich voreinander — zwei Erbsen aus der gleichen Schote. Und wir sind noch immer kein bißchen klüger über die Regierungspolitik zu Ber-Berlin," schreibt der Observer. In der Tat lohnte es sich nicht, über die Debatten zu berichten, wäre nicht ein neues Argument auffallend, mit dem man neuerdings vor einem deutschen Nationalismus warnte. Mr. Mendelson (Labour), der sich selbst für einen Kenner der deutschen Politik hält, fürchtete noch die Politik der Stärke. Denis Healy, der „Schatten-Außenminister", aber sieht weiter. Er zeigt die Schwierigkeiten auf, die einer Neutralisierung und Wiedervereinigung im Wege stehen. „Rußland glaubt nicht, daß ein demokratisches Deutschland neutral bleiben würde, und der Westen scheint nicht zu glauben, daß ein neutrales Deutschland demokratisch bleiben würde."

Man fürchtet jetzt, daß den Deutschen über der Berliner Mauer die Schuppen von den Augen fallen, daß sie genug von der Politik der Stärke haben, die ihnen weder die Unversehrtheit noch die Wiedervereinigung garantiert, daß sie NATO verlassen könnten. In einem solchen Falle müßten erheblich größere Verteidigungsanstrengungen seitens der verbliebenen NATO-Länder gemacht werden. Gleichzeitig wäre Deutschland frei, um auf den Weltmärkten zu konkurrieren. Man vergesse nicht, daß dies einer der Gründe war, mit denen man 1954 die Zustimmung zur deutschen Wiederbewaffnung erwirkte.

Man befürchtet, und nicht ganz zu Unrecht, daß eine Anerkennung der DDR seitens der Westmächte einen Schock in der Bundesrepublik auslösen müßte. Denn soviel ist aus der Debatte klar geworden, de facto ist die DDR schon lange anerkannt. Jetzt geht es um eine Erweiterung dieser Anerkennung, die George Brown nur noch zum Gegenstand eines Ringtausches machen will. Der in der Labour Party sehr einflußreiche Lord Silkin hat gegen eine „de facto-Anerkennung, die evtl. zur de jure-Anerkennung führt, nichts einzuwenden."

Hier möchte ich einige Zitate wiedergeben, die deutlich machen, wie wir uns in diese Lage manövriert haben und um was es geht. „Wir müssen daran denken, daß, was immer Deutschlands jetzige Position sein mag, sie entstanden ist als Resultat

unserer Überzeugung und Ermutigung", erklärte der ehemalige Deutschlandminister John Hynd am 4. 12. 58. „Das Herausputzen von West-Berlin (gemeint ist zur Frontstadt) ist ohne Rücksicht auf die wahren Interessen der West-Berliner Bevölkerung geschehen. Ich hege große Bewunderung für diese Leute und meine, daß es unfair ihnen gegenüber ist, daß sie sozusagen als Werkzeug des Westens im Kalten Krieg benutzt und in eine sehr mißliche Lage gebracht wurden", sagte Lord Chorley am 17. 10. 1961. Sebastian Haffner schrieb einen vielbeachteten Artikel im „Encounter" und sagte u. a.: „Vom deutschen Standpunkt sind diese Klauseln (Unterstützung der Wiedervereinigung und Alleinanerkennung der Bundesrepublik) Zweck und Rechtfertigung der Allianz mit dem Westen. Ohne sie würde die Allianz vom nationalen deutschen Standpunkt bedeutungslos und, in der Tat, selbstmörderisch. Keine Nation kann auch nur im entferntesten ihrer eigenen Teilung zustimmen oder mit Partnern verbündet bleiben, die über ihren Kopf hinweg zu einer solchen Teilung übereinkommen mit einer feindlichen dritten Partei." „Ein anderes Rapallo ist keine Unmöglichkeit", sagte Lord Avon, der frühere Sir Anthony Eden, am 18. 10. im Oberhaus. Und nochmals Denis Healey: „Es besteht die Gefahr, daß, wenn es der deutschen öffentlichen Meinung gestattet ist, sich in dieser Richtung zu entwickeln, Rußland die Gelegenheit einer Regelung über Berlin benutzen könnte, um Westdeutschland von der westlichen Allianz abzuspalten." „Deutsche Moral bedeutet letztendlich europäische Moral, und europäische Moral bedeutet britische Sicherheit. Deshalb ist es lebenswichtig für die britischen nationalen Interessen, daß wir alle praktikablen Schritte unternehmen sollten, um die deutsche öffentliche Meinung zu beruhigen", sagte Desmond Donelly am 18. 10. im Unterhaus.

Man bekommt das Gefühl, als ob man jetzt in England Angst vor einer eigenständigen und die nationalen Interessen des deutschen Volkes vertretenden Politik hat, nicht mehr, weil man fürchtet, von den Deutschen in einen Krieg gezogen zu werden, sondern wegen der Nachteile, die mit einer deutschen Neutralisierung verbunden sind. Bleibt die Bundesrepublik trotz der Berliner Mauer und Anerkennung DDR in der NATO, dann bezahlen die Deutschen den Preis für ihre einseitige Bindung mit der Teilung und dem Aussterben eines funktionslosen Berlins. Die Alternative wäre die Neutralisierung Deutschlands und die damit verbundene Übernahme von vermehrten Verteidigungslasten durch die übrigen NATO-Partner, wenn man sich nicht auf eine umfassende Abrüstung einigen will.

Ein neues Verhältnis zu England wird anbrechen, dessen Basis nicht mehr die tönernen Füße des Kalten Krieges sein werden. Die Versachlichung der Atmosphäre wird zur Schau getragenen Überschwang ebenso abbauen wie NATO-bedingtes Mißtrauen.

Gerd Lauschke

Buchbesprechungen

Wider die Dogmatik

Leszek Kolakowski: „Der Mensch ohne Alternative" (Piper-Verlag, 280 Seiten, 8,50 DM.

Die Essaysammlung des jungen Warschauer Philosophieprofessors handelt von der Freiheit, von einer Freiheit, die nicht abstrakt gesehen, sondern dem Leben verbunden ist und dem Menschen Richtlinie für sein Handeln gibt. Leszek Kolakowski selbst ist ein Handelnder. Seit 1956 gilt er als Wortführer der jungen polnischen Intelligenz, die gegen die schwerlastende Stalinsche Orthodoxie sich erhob. Mit anderen war er Herausgeber der auch im Westen bekannt gewordenen Zeitschrift „Po prostu". Das sind genug Gründe, um ihm bei uns Sympathien zu sichern; wahrscheinlich ist es überhaupt erst ihnen zu danken, daß er zu Wort gekommen ist. Nicht alle Ereignisse, die sich vor und nach Erscheinen des Bandes zugetragen haben, lassen auf lautere Absichten schließen. So wird berichtet, daß der Verlag, entgegen den Protesten des Autors, die Aufsätze nach eigenem Gutdünken ausgesucht habe, wo-

wird, etwa auf der Basis der vor vier Jahren von Rapacki und dann von Botschafter Kennan unterbreiteten Vorschläge.

Das Problem Zentral-Europa kann bei klarer Einschätzung der Realitäten heute nur in einer einzigen Weise gelöst werden: Durch die Bildung einer entmilitarisierten Zone, mit einer Garantie der Integrität der betroffenen Nationen durch die UN.

Es gibt keine Alternative zum Frieden. Und die allgemeine und vollständige Abrüstung durch internationale Vereinbarungen ist der Weg, auf welchem der Weltfrieden realisiert werden muß und realisiert werden kann.

Die Zeit ist nun gekommen, da wir alle, jeder einzelne von uns, jeder Mensch in der Welt, ein aktiver Kämpfer gegen den Krieg werden muß. Ich glaube, daß wir diesen Kampf nicht verlieren werden, sondern daß unser Bemühen, Abrüstung und dauerhaften Frieden in der Welt zu schaffen, erfolgreich sein wird.

Anton Zischka

Wir sind gerüstet, und wir werden beschützt — aber ...

Technische Details, die leicht „vergessen" werden

Generalmajor Medaris, dem Chef des amerikanischen Heeres-Fernlenkwaffen-Amtes, zufolge, beträgt der Nuklear-Sprengstoff-Vorrat der Vereinigten Staaten in Trinitrotoluol-Wirkung umgerechnet zehn Tonnen für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind der gesamten Weltbevölkerung: 30 Milliarden Tonnen TNT-Wirkung also, während die Hiroshima-Bombe 0,02 Millionen Tonnen TNT gleichkam.

Was also sollte uns da passieren können? Um so mehr, als bekanntlich unsere Verbündeten stets 700 Bomber in der Luft haben, die je zwei stets abwurfbereite 24-Megatonnen-„Vorrichtungen" an Bord haben, von denen jede „eine Millionenstadt auslöscht"? Und neben diesen B-52-Bombern besitzen die USA seit 1961 ja auch ihr Modell B-58, den Convair-„Hustler", und damit das schnellste bekannte Bombenflugzeug der Welt: Mit mehr als zwei Mach errang es binnen sieben Monaten sechs Weltgeschwindigkeitsrekorde; war es nach einem Tausendmeilenrennen schon wieder daheim, ehe das nächstschnellste in Dienst befindliche Flugzeug auch nur die Ziellinie erreichte.

Aber zwei Mach oder die doppelte Schallgeschwindigkeit kommen rund 2400 Stundenkilometern gleich. Und viele Raketen machen 20 Mach, legen 24 000 km pro Stunde zurück. Raketen suchen sich, von der Hitze angezogen, heute selber den Weg in die Düsentriebwerke, und so erklärte Dr. Vannevar Bush, der während des Zweiten Weltkrieges die Militärforschung der USA leitete, schon 1950, daß „auch die schnellsten überhaupt denkbaren Bomber Raketen völlig hilflos ausgeliefert" seien, weil sie „sie weder sehen noch ihnen ausweichen können".

Ganz abgesehen davon, daß zwar am 26. Mai 1961 ein Convair B-58-„Hustler" der USAF in 3 Stunden 19 Minuten 41 Sekunden von New York nach Paris flog — aber am 4. Juni 1961 bei seiner Vorführung in Le Bourget abstürzte. Amtlich

„aus ungeklärten Gründen". Wie die meisten Fachleute meinen, aber aus dem gleichen Grund, der in letzter Zeit immer wieder Düsenaggregate aussetzen und Katastrophen verursachen läßt: Eine neue Art Bakterien, die im Düsentreibstoff gedeihen. Und die Leitungs- und Pumpenfilter verstopfen ... Alle chemischen Beimengungen blieben bisher erfolglos. Man versucht es nun mit diesen Bakterien feindlichen, anderen Mikroorganismen. Aber ...

Nicht Bomber, sondern Raketen also — obwohl schon Albert Einstein warnte: „Wenn der Dritte Weltkrieg mit Atom-Raketen ausgefochten wird, werden wir den Vierten wieder mit Holzkeulen austragen müssen ..."

Jedenfalls sind unsere Langstrecken-Raketen wahre Wunderwerke des menschlichen Geistes. Die der Russen vielleicht noch etwas wunderbarer als die amerikanischen, aber das kann sich geben, und vor allem ist da ein „Aber", das für beide Seiten gilt: Raketen sind so wind-empfindlich wie die frühesten Flugzeuge: Beim Abschuß genügen Luftströmungen von 15 km/h, um sie zu kippen, denn fährt das Krangerüst zurück, so steht solch eine leuchtturmhohe Rakete frei auf einer Basis, die der eines aufrechtstehenden Bleistiftes entspricht. Und auf der ersten Weg-Strecke genügen 30 bis 40 Stundenkilometer Wind (und nicht erst Orkane von 120 bis 150 km/h oder gar Jet-Ströme von 500 bis 600 km/h), um auch die allergrößten Raketen aus ihrer Bahn zu wehen.

Das korrigieren natürlich die Lenk-Systeme.

Aber 1958 z. B. wurde eine „Atlas"-Rakete in der Luft nicht durch den Überwacher von Kap Canaveral zerstört, der das zu tun hat, sobald irgendein Kontroll-Signal Gefahr meldet, sondern durch ein Taxi in Miami, dessen Sprech-Funk „zufällig" auf der ganz gleichen (streng geheimen) Wellenlänge arbeitete.

Unsere großen Raketen sind technische Wunderwerke. Aber sie wurden inzwischen so groß, daß z. B. keine der 8000 Unterführungen der amerikanischen Autobahnen die für ihre Spezialfahrzeuge erforderliche Höhe besitzt. Ein Höherlegen der Brücken würde zwar „nur" rund 1700 Millionen $ kosten, aber auch mindestens sechs Jahre Zeit erfordern. So gut wie alle Eisenbahnbrücken der USA sind für so große Lasten ebenfalls nicht geeignet. Man bringt die meisten Raketen nun also von Kalifornien per Flugzeug nach Kap Canaveral und zu anderen Abschußbasen. Aber sind die Pisten von Großflughäfen nicht sehr leicht zu zerstören? Und scheiterte nicht schon die „V-2-Offensive" daran, daß Deutschland zwar über einzigartige Fernwaffen verfügte, nicht aber imstande war, sie in genügender Zahl zu ihren Abschußrampen zu bringen?

Nun gibt es bekanntlich auch die mit je 16 „Polaris"-Raketen von nur je 12 Tonnen Gewicht ausgerüsteten Atom-Unterseeboote der USA. Und wie Präsident Kennedy's Bruder Robert im Sommer 1961 beim Stapellauf des Raketen-Atom-U-Bootes „John Marshall" meinte, könne „das die Sowjetunion allerhand lehren, denn solche U-Boote sind praktisch unzerstörbar und bekanntlich auch unter dem Polar-Eis einsatzfähig ..."

Aber da antwortete die „Istvestia" sofort mit einer wohldokumentierten Aufstellung, derzufolge die SU mehr und schnellere Atom-U-Boote als die USA hat, und nicht mit einer Art Rakete bestückt, sondern mit verschiedenen „für alle möglichen Reichweiten und Zwecke erforderlichen ..."

Und an dieser Behauptung zu zweifeln, besteht keine Ursache. Denn Vize-Admiral Rickover, der „Vater" der amerikanischen Atom-U-Boote, mußte ja am 16. Juni 1961 einem Kongreß-Ausschuß erklären, wer immer es wolle, könne in jedem besseren Spielzeugladen für 2 $ 98 Erkenntnisse und Erfahrungen erwerben, die die amerikanischen Steuerzahler ungezählte Millionen und die Experten viele Jahre härtester Arbeit kosteten: Mit Hilfe der Electric Boat Co. (der Erbauer) und der US-Marine (die Reklame für sich machen wollte) brachten

die „Renwal Blueprints" Kunststoff-Einzelteile und eine detaillierte Zusammensetzanleitung für ein etwa 70 cm langes, maßgetreues Modell des SSB (N) 598 — des „Polaris"-Trägers „George Washington" also — auf den Markt. Auch alle Einzelteile der Raketen-Abschußeinrichtung zeigt dieses Modell . . .

Natürlich gibt es da noch Dutzende von Geheimnissen, die der Modell-„Washington" nicht preisgibt. Neuartige Torpedos z. B., die selber ihren Weg zu feindlichen U-Booten suchen — aber leider von Walen oder gewissen Fischschwärmen mehr als von gut isolierten U-Booten angezogen werden. Da gibt es natürlich neue Sonar-Geräte, Ultraschall-Entdeckungsgeräte, die das Heranschleichen von U-Booten an bedrohte Küsten ebenso verhindern wie das Heranschleichen von Geleitzügen, zumindest dort, wo die Sommersonne die Wasseroberfläche nicht so gut durchwärmt, daß sie wie ein Spiegel auf die Sonar-Strahlen wirkt und bei NATO-Manövern vor der Küste Marokkos z. B. elf Geleit-Jäger von je 2700 Tonnen und 34 Knoten (rd. 63 km/h) Geschwindigkeit und ein Flugzeugträger mit 60 Spezialmaschinen und seinem eigenen Zerstörer- und Sonar-Schutz nicht verhindern konnten, daß zwei U-Boote (und zwar gewöhnliche, nicht etwa Atom-U-Boote) alle Sperren durchbrachen und sechzehn ihrer Schein-Torpedos ins Ziel brachten.

Und überhaupt „Warnung" und „Schutz" . . .

Da gibt es nun Radar-Geräte, wie sie z. B. die US-Army am 28. Juli 1959 vorführte: Sie unterscheiden auf 16 km Entfernung zwischen einem Tank und einem Jeep; entdecken auf 3 bis 4 km Entfernung einen kriechenden Soldaten; und stellen über 500 bis 600 Meter Entfernung bei Nacht und Nebel fest, ob es sich bei einer Person um einen Mann oder um eine Frau handelt. Die Radar-Geräte der B-52-Bomber führen diese über Hunderte von Kilometern hinweg genau dorthin, wo die Luft-Tanker warten, von denen sie dann 3000 Liter Treibstoff pro Minute übernehmen. Aber: Die 1957 fertiggestellte DEW-Linie, die mit Kosten von 600 Millionen $ errichteten 58 Radar-Stationen im äußersten Norden des amerikanischen Kontinents, waren zwei Jahre später überholt, weil sie zwar Bomber, nicht aber Raketen zu entdecken vermögen. Es begann also der Bau der „B-MEWS", des „Ballistic Missile Early Warning System", von drei Riesen-Radar-Anlagen, die 2,4 Milliarden $ kosteten, weil sie riesige, festmontierte, parabolische Antennenwände aus Spezialstahl und trotz ihrer Elektronen-Rechner 2000 Mann Bedienungs-Personal brauchen, die aber auch Raketen auf 5000 bis 6000 km Entfernung zu entdecken vermögen.

Nur: Radarstrahlen sind ultrakurze elektromagnetische Wellen. Und je weitreichender eine Radar-Anlage ist, desto mehr Störungsmöglichkeiten gibt es. Nicht nur durch Meteoriten und Satelliten, sondern auch schon durch die Zündfunken weitentfernter Autos. Blitze rufen große Leuchtflecken auf den Beobachtungsgeräten hervor, und schwerste Störungen verursachen natürlich auch Ionen-Wolken, wie sie jede Sonnen-Eruption bildet.

Und völlig außer Betrieb gesetzt wird jede Radar-Anlage (und die Radio-Kommunikationsmittel, ohne die sie wertlos sind) durch Nuklear-Explosionen: Im August und September 1958 durchgeführte Atomversuche der amerikanischen Marine in der Ionosphäre bewiesen bereits, daß es genügen würde, im Luftraum zwischen den USA und der SU (oder zwischen dieser und Europa) eine einzige Nuklear-Explosion in etwa 480 km Höhe durchzuführen, um binnen 50 Minuten einen „Elektronenschild" oder „Strahlungsschleier" zu schaffen, der alle Warnsysteme lahmlegt. Amerikaner und Russen schufen seither wiederholt „Ionen-Vorhänge", die bis zu 26 Stunden lang alle Radioverbindungen des Gegners unterbrachen, und jeder Luftschutz setzt ja nicht nur das Entdecken des Feindes voraus, sondern auch die sofortige Meldung dieser Entdeckung.

Aber selbst wenn unsere Radar-Stationen nicht außer Betrieb gesetzt werden, sind heute die Warnzeiten in so gut wie allen hochentwickelten Ländern zu kurz: Selbst eine schon beim Abschuß entdeckte Rakete, die z. B. in der Gegend von Posen lanciert wird, ist hundert Sekunden später in Bonn. Selbst in den USA kann keine Großstadt mehr mit mehr als 15 Minuten Warnzeit rechnen. Und selbst wenn es entsprechende Schutzräume gäbe — Millionen Menschen binnen Minuten hier unterzubringen, ist völlig ausgeschlossen ...

Und wieviele Raketen sind zu entdecken? Zu den Haupt-„Fortschritten" der Nuklear-Technik gehört die „Miniaturisierung": Statt eine 45-Millionen-Tonnen-TNT-Bombe durch Flugzeuge mit 2000 km/h Geschwindigkeit „abzuliefern", werden 450 Raketen-Köpfe mit „nur" je 100 000 TNT-Sprengwert verwendet. Das ist noch immer das Fünffache der Hiroshima-Bombe, wird nun aber mit 24 000 bis 30 000 km/h ins Ziel gebracht. Raketen-„Salven" sind geplant (und erprobt), und Hunderte von Projektilen gleichzeitig zu entdecken oder sie gar unschädlich zu machen, ist undenkbar.

Aber hinderte das die Bundesregierung, 1961 ihre „Allgemeine Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst" zu erlassen? Hier wird festgesetzt, daß im Kriegsfall ein Heulton der Luftschutz-Sirenen von einer Minute Dauer die Warnung der Bevölkerung vor einem Luftangriff bedeutet; ein zweimal unterbrochener Heulton von einer Minute Dauer die Warnung vor radioaktiven, biologischen oder chemischen Kampfstoffen. Ein Dauerton von einer Minute Dauer bedeutet das Ende der Gefahr. Und der Bund übernimmt die Anschaffungskosten der Sirenen — 3000 DM pro Stück ...

Was also kann uns da noch passieren?

Und haben wir nun nicht Freunde überall?

Als westdeutsche Panzer im August 1961 nach Castlemartin in England kamen, hatte man da die Zielscheiben, die noch eine Woche zuvor Deutsche darstellten, diskret entfernt und durch (fliehende) Russen ersetzt. Da wurde eine der 2000 Schallplatten mit dem „Starfighter-Marsch" aufgelegt, die das Bundesverteidigungsministerium verschenkt, und niemand erinnerte sich mehr an die „Hunnen". Oder — falls man ihn je zu lesen bekam — an den Satz, der im Memorandum der Sowjetregierung an die der BR vom 5. August 1961 steht:

„Die Sowjetregierung möchte glauben, daß in der Bundesrepublik die klare Einsicht besteht, daß sie nicht einmal einige Stunden eines Dritten Weltkrieges überleben würde, falls er entfesselt wird, und daß die höchsten Lebensinteressen der Bevölkerung Westdeutschlands die Ausschaltung solch einer tragischen Möglichkeit erheischen ..."

Was hier über Radar und Atom-U-Boote, über Bomber und Raketen gesagt wurde, gilt natürlich für die Sowjetunion ebenso wie für den „Westen". Krieg ist für alle zum Selbstmord geworden. Aber immerhin gibt es verschiedene Grade des Gefährdetseins, und für die Bundesrepublik genügen 90 in einer Höhe von 45 Kilometern ausgelöste thermonukleare Ladungen von nur je 10 Megatonnen TNT-Energiegehalt, um auf dem gesamten Staatsgebiet Temperaturen zu erzeugen, die denen entsprechen, die in zwei Zentimeter Abstand eines mit 200 Ampère betriebenen elektrischen Lichtbogens herrschen — und die nicht nur zur Entzündung aller Kleider und allen Holzes, sondern auch zur Entzündung unserer Wälder genügen und binnen Sekunden Brandwunden dritten Grades hervorrufen ...

Wir sind gerüstet, und wir werden beschützt — aber ...

Max Winiger, Zürich:

Die schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung

Maßgebliche Kreise der schweizerischen Armee propagieren seit Jahren die Ausrüstung unserer Armee mit Atomwaffen. In den Wiederholungskursen und in den Rekrutenschulen wird offen und zielbewußt Propaganda für die Atomwaffen gemacht. Im September 1959 ist von offizieller Seite des eidgenössischen Militärdepartements der Presse die Sonderausgabe einer von der Generalstabsleitung herausgegebenen Dokumentation übergeben worden, die in den Schlußfolgerungen die dringende Wünschbarkeit einer solchen wirksamen Ergänzung unserer Bewaffnung unterstreicht.

Der Bombenabwurf auf Hiroshima, die Atombombenversuche in Amerika und der Sowjetunion, sowie später auch Frankreichs, und vor allem die Diskussionen in der ganzen Welt über die Wirkung der Atomwaffen haben auch die schweizerische Bevölkerung aufgerüttelt. Am 18. Mai 1958 kam es in Bern unter Führung prominenter sozialdemokratischer Persönlichkeiten und der Mitwirkung von Frauen und Männern aus bürgerlichen, vor allem pazifistischen und religiösen Kreisen, zur Gründung der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung in der Schweiz.

Auf dieser Tagung wurde beschlossen, eine Verfassungsinitiative zu lancieren, die das Verbot der Herstellung, Einfuhr und Durchfuhr, Lagerung und Anwendung von Atomwaffen auf schweizerischem Gebiet verlangte.

Natürlich reagierten militärische Kreise sehr gehässig, aber auch fast die gesamte bürgerliche Presse und leider zum Teil auch die sozialdemokratischen Zeitungen lehnten diese Initiative ab.

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz nahm an einem Kongreß im Oktober 1958 zu der Initiative Stellung. Mit 381 zu 294 Stimmen lehnte sie unsere Initiative ab. Dieses Resultat konnte nur dadurch erreicht werden, daß seitens des Parteivorstandes im letzten Moment ein Antrag vorgelegt wurde, der die Lancierung einer eigenen Initiative vorsah.

Die Volksinitiative der Sozialdemokratischen Partei sieht vor:

Es sei in der Bundesverfassung festzulegen, ein allfälliger Beschluß über die Ausrüstung der schweizerischen Armee mit Atomwaffen irgendwelcher Art müsse dem Volk obligatorisch zur Entscheidung vorlegt werden.

Diese Initiative ist also kein Ja und kein Nein. Es steht auch der Sozialdemokratischen Partei frei, wenn einmal die Frage der atomaren Bewaffnung akut wird, die Ja- oder die Nein-Parole auszugeben. Diese Initiative ist nicht Fisch und nicht Vogel. Man hat durch Annahme dieser Initiative vielmehr dem gewerkschaftlichen Flügel der Partei Rechnung getragen, der in einer Erklärung, unterzeichnet von 36 prominenten Gewerkschaftern, sich gegen die Absicht wandte, auf die Anschaffung von Kernwaffen zu verzichten.

Das war die Ausgangslage unserer Bewegung im Jahre 1958.

Ende 1958 haben wir mit der Unterschriftensammlung begonnen. Obwohl wir für die Propaganda keine Tageszeitung zur Verfügung hatten, und nur auf das von uns herausgegebene, monatlich erscheinende Bulletin angewiesen waren, konnten wir am 29. April 1960 auf der Bundeskanzlei unsere Volksinitiative von 73 339 stimmberechtigten Bürgern (die Frauen haben bei uns noch kein Stimmrecht) unterzeichnet, abgeben. Die sozialdemokratische Initiative wurde später abgegeben und ist von rund 60 000 Stimmberechtigten unterzeichnet worden.

Im Oktober dieses Jahres nahm der Nationalrat, der neben dem Ständerat die oberste Instanz unseres Landes ist, zu unserer Initiative, die für alle Zeiten jede Bewaffnung unserer Armee mit Atomwaffen ausschließen will, Stellung. Mit 147 gegen 12 Stimmen beschloß der Nationalrat die Ablehnung unserer Initiative. Die definitive Entscheidung liegt nun beim stimmberechtigten Schweizer Bürger. Die Volksabstimmung wird sehr wahrscheinlich im Frühjahr 1962 stattfinden.

Es ist bedauerlich, daß der größte Teil der sozialdemokratischen Fraktion dem Antrag des Bundesrates auf Ablehnung zustimmte. Ich bin überzeugt, daß die Agitation gegen die sozialdemokratische Initiative mit den gleichen Schlagworten, wie sie jetzt schon gegen unsere Initiative angewandt werden, geführt wird. „Vaterlandsverräter", „kommunistisch gesteuert", oder „Agenten des Weltkommunismus" sind Anwürfe, die sich die Freunde der Initiative jetzt schon gefallen lassen müssen. Vier sozialdemokratische Nationalräte haben im Nationalrat unsere Initiative verteidigt. Ich will an dieser Stelle nicht im Detail auf die mutigen Worte dieser Kämpfer eingehen. Ich setze voraus, daß die Wirkungen der Atomwaffen in der ganzen Welt bekannt sind. Der bernerische Regierungsrat Dr. Giovanoli widerlegte überzeugend die oberflächliche Weisung des Bundesrates und zeigte an Hand von Dokumenten, wie auch bei uns vor allem gewisse Offiziersgesellschaften und hohe Offiziere unserer Armee die Atomwaffen verlangen. Er warnte davor, daß die Schweiz den Wahnsinn des Wettlaufens in der Atomrüstung mitmacht.

Nationalrat Max Arnold, Zürich, erklärte am Schlusse seiner Rede:

„Eine Tat ist fällig. Heute entscheiden unsere Taten darüber, ob morgen Krieg oder Frieden sein kann. Die Bemühungen unseres Landes um den Frieden sind ein wesentlicher Teil unserer Landesverteidigung. Die Gefahren eines neuen Krieges lassen uns erkennen, daß dem weltweiten Kampf um den Frieden nur Erfolg beschieden sein wird, wenn das Gleichgewicht des Schreckens durch ein Gleichgewicht des Vertrauens aller Völker abgelöst wird. Für unser Volk ist der ausdrückliche Verzicht auf Atomwaffen eine Legitimation, um eine Friedensmission zu erfüllen. Diese Mission der Schweiz steht in unserm Zeitalter der Wirklichkeit näher und ist daher realistischer und unserm eigenen Volke nützlicher als eine militärische Metaphysik, die nicht mehr fähig ist, Realitäten zu erkennen. Auf eine Waffe zu verzichten, die keine Waffe, sondern ein Mord- und Selbstmordinstrument ist, bedeutet für unser Land einen moralischen und politischen Gewinn und militärisch mindestens keinen Verlust. Eine Tat ist fällig. Sie mag so klein sein wie unser Land, aber sie soll der Größe, der lauteren und ehrlichen Absicht unseres Volkes, dem Frieden zu dienen, entsprechen."

Die Schweiz ist wohl das einzige Land, in dem der Bürger, dank der von uns lancierten Initiative, den Entscheid für oder gegen die atomare Aufrüstung der Armee fällen kann.

Im September 1961 hat der Ausschuß unserer Bewegung zur Situation nach der Abstimmung im Nationalrat Stellung genommen und einmütig beschlossen, das Schweizer Volk bis zur Abstimmungstag aufzuklären und den Kampf gegen die Atomwaffen weiterzuführen.

Wir stehen vor einer unendlich schweren Aufgabe. Unsere Bewegung ist getragen von einer großen Zahl Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, denen trotz des Ablehnungsbeschlusses der Partei die Mitarbeit in der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung gestattet ist. Sie stützt sich ferner auf religiöse und pazifistische Organisationen und verdienstvolle Wissenschaftler. Von Anfang an haben wir eine Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei (PdA) abgelehnt. Die Richtigkeit dieses Beschlusses zeigt sich gerade in diesem Augenblick, wo die russischen Atombombenversuche von der KP gedeckt, von uns aber aufs

schärfste v e r u r t e i l t werden. Wir haben das auch in einem Brief an die russische Gesandtschaft in der Schweiz zum Ausdruck gebracht.

Wir wollen den Kampf gegen die Atomwaffe in unserm Land als Kampf zur Erhaltung der Menschheit und des Friedens führen. Wir haben gute Zeugen für die Notwendigkeit dieses Kampfes in der ganzen Welt, aber auch bei uns.

Es war neben einer Reihe von schweizerischen Wissenschaftlern niemand anders als der jetzige Bundespräsident Prof. W a h l e n , der als Ständerat am 8. Oktober 1946 folgendes gesagt hat:

„Entweder gelingt es, die Verwendung der Atomenergie für Kriegszwecke zu ächten und die notwendigen rechtlichen und materiellen Sicherungen zur Innehaltung dieser Ächtung zu schaffen, oder es entsteht ein Rüstungswettlauf, dessen Ende mit dem Ende nicht nur der Menschlichkeit, sondern der Menschheit überhaupt zusammenfallen müßte." Folgerichtig stellt er fest: „Gerade unserm Lande steht es zu, den ersten Schritt zu machen, um die Ächtung der Atomenergie als militärische Waffe herbeizuführen. Mag man einen solchen Schritt angesichts der Kleinheit unseres Landes auch nur als Geste beurteilen, sicher wird er seinen Zweck nicht verfehlen, und er kann eine Tragweite bekommen, die für das Schicksal des Menschengeschlechtes bedeutungsvoll ist." Und anschließend forderte er „eine eindeutige Willenserklärung von Parlament und Bundesrat, grundsätzlich und ohne Rücksicht auf die von den Großmächten zu treffenden Entschlüsse auf die Verwendung der Atombombe zu verzichten."

Wenn Herr Bundespräsident Wahlen auch heute nicht mehr zu seinen Ausführungen steht, so haben seine damals ausgesprochenen Worte heute mehr denn je Gültigkeit. Hoffen wir, daß es uns gelingt, das Schweizer Volk in seiner Mehrheit von der Richtigkeit der von Ständerat Wahlen aufgestellten Thesen zu überzeugen. Das würde der Schweiz im Hinblick auf unsere Tradition und als Sitz des Internationalen Roten Kreuzes gut anstehen.

G e r d L a u s c h k e

England und die EWG (I)

Entgegen aller optimistischen Zweckberichterstattung hat England noch keineswegs seinen Beitritt zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschlossen. Auch die im vergangenen Monat abgehaltenen Parteitage haben die sybillinischen Erklärungen der britischen Politiker nicht zu erläutern vermocht. Man kann ihre Haltung vielleicht jetzt auf einen kürzeren Nenner bringen: Die Liberalen sagen uneingeschränkt „Ja", die Konservativen „Ja, unter der Bedingung, daß" und Labour „Nein, es sei denn, daß". Zugeständnisse sind in der Sache noch nicht gemacht worden.

Die Geschichte der Quängeleien um die Errichtung eines gemeinsamen westeuropäischen Marktes geht zurück bis in die Mitte der fünfziger Jahre, als man die Errichtung einer sog. Großen Freihandelszone versuchte. Damals wie heute standen die Sonderwünsche der Engländer — d. h. ihre Commonwealth-Interessen — und der Neutralen einer Einigung im Wege. Die Große Freihandelszone scheiterte an der Alles- oder Nichts-Haltung der sechs Kontinentalstaaten, die Wirtschaft sagten, damit aber auch Kalten Krieg meinten. Das Ende jener

Bemerkungen

Dr. Hildegard F o r r e s hat Volkswirtschaft und Psychologie studiert. Sie war Leiterin der Berufsberatungsstelle der Schülerinnen der höheren Lehranstalten Groß-Berlins. Ostern 1939 von den nationalsozialistischen Behörden aus Deutschland ausgewiesen, lebt sie seither in Großbritannien. Sie ist als Psychologin, Pädagogin und Schriftststellerin tätig.

Max W i n i g e r, Zürich, ist, als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), Präsident der „Bewegung gegen die atomare Aufrüstung in der Schweiz". Gleichzeitig vertritt er die SPS im Kantonsrat des Kantons Zürich.